

Interview:

Erwerbslos, nicht arbeitslos

Der ÖGB-Arbeitsmarktsprecher
Rudolf Kaske im Gespräch

8

Schwerpunkt:

Ohne Arbeit, was nun?

Jede Menge Zahlen – Daten –
Fakten zum Jobverlust

12

Internationales:

Auf die Straße gesetzt

Wie es dem engagierten
Salvatore Palumbo erging

44

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 11 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Arbeits-Los: Wer will mich?

ab Seite 8

Schwerpunkt:**Unter Druck** **11**

Als Folge der Krise steigt die Arbeitslosigkeit – für Unternehmen Anlass, von den Beschäftigten Zugeständnisse zu verlangen.

Zahlen – Daten – Fakten **12**

Alle aktuellen Informationen zum Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld im europäischen Vergleich.

Trotz Krise fette Beute **15**

Während die ArbeitnehmerInnen die Wirtschaftskrise deutlich spüren, bleiben Ausschüttungen auch 2009 auf Rekordniveau.

Am Arbeits-Markt **16**

Jeder ist seines Glückes Schmied sagt ein altes Sprichwort. Aber ist das so, oder ist Arbeitslosigkeit nur das Glück des Schmiedes?

Typische Arbeitslose? **18**

Die Risiken von Brüchen in der Erwerbsbiografie sind von Branchen sowie von persönlichen Merkmalen abhängig.

Zwischen den Stühlen **20**

Frustrierte KursteilnehmerInnen, Sparmaßnahmen etc.: Viele AMS-TrainerInnen arbeiten nahe am Burn-out.

Am »Arbeitsstrich« **22**

Es gibt noch immer Tagelöhner. Sie kommen aus Polen und Rumänien. Tag für Tag bieten sie ihre Arbeitskraft auf der Straße an.

Krisenregion Waldviertel **24**

Ließe man den Reichtum in der Region, sagen KennerInnen des Waldviertels, könnte man sich selbst Fördergelder sparen.

Bildung schützt **26**

Je besser gebildet, desto geringer das Risiko der Arbeitslosigkeit. Klingt einfach, ist es aber nicht.

Krank und antriebslos? **28**

Erwerbslosigkeit kann die Gesundheit gefährden, psychische und körperliche Probleme nehmen deutlich zu.

Klimawandel kostet Jobs **30**

Die Erderwärmung hat auch Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Jetzt verlangen die Gewerkschaften menschenwürdige »Green Jobs«.

Abhängig vom AMS **32**

Kürzungen der Sozialleistungen, wie sie manche gerne möchten, wären konjunktur- und sozialpolitisch unverantwortlich.

Die Uni brennt **34**

Studierende in ganz Österreich kämpfen für mehr Geld für Bildung und gegen Ausbeutung in allen Lebensbereichen.



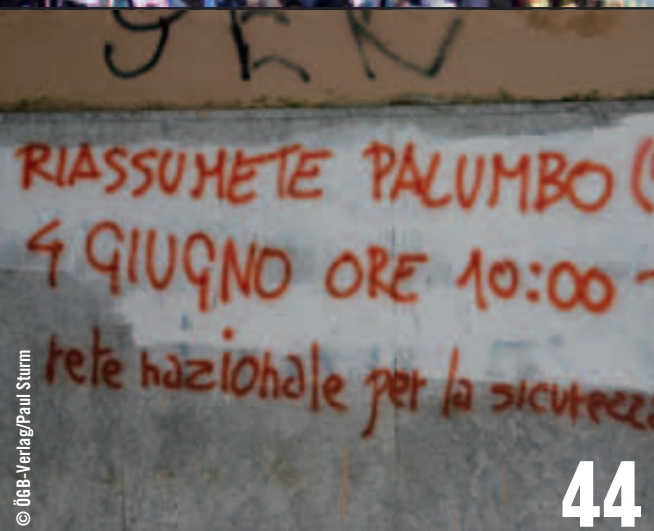
8



14



34



44

Interview:**Die Sorge steigt 8**

Der ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske fordert eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes.

Internationales:**Lebende Zeitgeschichte 43****Kampf um die Würde 44****Wirtschaft & Arbeitsmarkt:****Kommt die Inflation? 36****Kranke Kassen? 38****50 Jahre bfi 40****Standards:****Standpunkt: Jede Menge Arbeit 4****Veranstaltung: Soziale Krise verhindern 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Verbraucherpreise 42****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

Wenn der Job verloren geht**Redaktion intern**

»Das Arbeitslosengeld muss endlich auf EU-Niveau angehoben werden«, fordert vda-Vorsitzender und ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske im Interview mit der »Arbeit&Wirtschaft« 11/2009. Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist: »Arbeits-Los: Wer will mich?«. 806 Euro betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld im Jahr 2008 – diese Summe liegt deutlich unter der Armutsschwelle. Weitere Zahlen, Daten, Fakten zum Themenschwerpunkt finden Sie ab Seite 12. Dass Arbeitslosigkeit nicht sein müsste, erfahren Sie auf Seite 15. Dort

rechnet AK-Experte Markus Oberrauter vor, dass ein Verzicht auf Ausschüttungen der ATX-Kapitalgesellschaften 80.000 Arbeitsplätze sichern würde.

Aber vielleicht ist die hohe Arbeitslosenquote manchen nicht so unrecht, immerhin sorgt sie für so manches Schnäppchen am Arbeitsmarkt (Seite 16). Ab Seite 20 erfahren Sie mehr über AMS-TrainerInnen, die unter Hochdruck stehen. Dabei wirken gerade Bildung und Qualifizierung am effizientesten gegen Arbeitslosigkeit (26). Mehr Geld für Bildung fordern auch die Studierenden seit

Wochen, darüber lesen Sie auf Seite 34. Weitere Themen sind die Inflationsangst (S. 36), unser Gesundheitssystem (S. 38), und das Schicksal eines italienischen Arbeiters, der sich für Arbeitnehmerschutz engagierte (S. 44).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Jede Menge Arbeit

Und plötzlich war ich arbeitslos. Ein Vertrag war ausgelaufen, ich wollte nicht verlängern. Bis zu diesem Tag hatte sich immer ein freier Dienstvertrag an den nächsten gereiht, unterbrochen von zwei Anstellungen. Eine davon würde mir jetzt meine nähere Zukunft sichern, denn damals bekamen freie DienstnehmerInnen nicht selbstverständlich Arbeitslosengeld. Und so suchte ich meine Papiere zusammen und machte mich auf den Weg in die zuständige AMS-Niederlassung. Winter war es und grau und kühl. Grau und kühl wirkten auch die Menschen, die hier auf den Gängen warteten. Manche scheinbar schon routiniert, gar mit Thermoskanne und mitgebrachtem Kaffee. Andere zwischen verlegen und neugierig wie ich. Sicher, ich hatte schon ein Arbeitsamt von innen gesehen – als Journalistin voll neugieriger Distanz, und jetzt war ich selbst eine von denen, die hier warteten. Ich musste warten, bis ich dran kam.

Acht Wochen Arbeitslosengeld

Meine Betreuerin war nett und hat mir doch gleich vermittelt, dass sie nur wenig für mich tun könnte. Wenn ich weiter als Journalistin arbeiten wolle, müsse ich mich schon selbst darum kümmern. Dann gab sie mir ein Formular zum Ausfüllen fürs Arbeitslosengeld. Ich müsse

noch warten, erklärte sie mir, weil das Dienstverhältnis im Einverständnis aufgelöst worden war. Ich bezog es nicht länger als acht Wochen. Viel war es nicht, erinnere ich mich, ein Taschengeld.

Das Gefühl arbeitslos zu sein, habe ich nicht vergessen. Morgens, wenn mein Partner das Haus verließ, beneidete er mich oft, dass ich noch länger liegenbleiben durfte – ich beneidete ihn noch mehr: Er konnte/durfte/musste zur Arbeit gehen. Ich nicht. Und so werkte ich in der Wohnung herum, brachte meine Bewerbungsunterlagen in Ordnung, studierte Stellenanzeigen und aktivierte Netzwerke.

Schon bald setzte die Verunsicherung ein. Nutzlos kam ich mir vor. Während mein Mann mir abends von der Arbeit erzählte, konnte ich allerhöchstens ein erfolgloses Bewerbungsgespräch schildern, mehr nicht. Überhaupt hatte ich damals den Eindruck, dass FreundInnen und Verwandte von fast nichts anderem reden konnten als von der Arbeit. Ich fühlte mich ausgeschlossen, verlor die Lust auszugehen und zwang mich, trotzdem Termine wahrzunehmen, um zumindest neue Kontakte zu knüpfen, oder die bestehenden um Unterstützung bei der Arbeitssuche zu bitten.

Sehr bald beschloss ich schließlich, eine Fortbildung zu machen, den Journalismus an den Nagel zu hängen und eine Gastgewerbekonzessionsprüfung zu machen. Die geplante Flucht in die Selbst-

ständigkeit wurde mir vom AMS gefördert, so weit ich mich erinnere. Ohne private Rücklagen und die Unterstützung meiner Eltern wäre das nicht gegangen. Kaum hatte ich die Ausbildung abgeschlossen, stellte sich aber endlich ein neuer Job ein.

Kein Honiglecken

Das alles ist etwa zehn Jahre her. Seither waren viele meiner FreundInnen und Bekannten zumindest einmal arbeitslos. Für die meisten war es ein ziemlicher Einschnitt in ihrem Leben, fast allen war die Situation peinlich und unangenehm. Für alle war es eine Umstellung, plötzlich mit viel Zeit und wenig Geld auskommen zu müssen. Der Job ist weg, die Fixkosten bleiben. Und Zukunftsangst kommt dazu. Arbeitslosigkeit ist kein Honiglecken.

Und darum werde ich wütend, wenn in einem der reichsten Länder der Erde in Zeiten wie diesen, wo viele unschuldig ihren Arbeitsplatz verlieren, Sozialschmarotzerdebatten vom Zaun gebrochen werden. Ich werde wütend, wenn Unsummen da sind, um Banken zu retten, aber das Geld angeblich nicht reicht, um Menschen vor der Armutsfalle zu schützen. Wir können uns eine Anhebung des Arbeitslosengeldes leisten, wir können uns die Mindestsicherung leisten. Im Einsatz für mehr Gerechtigkeit werden wir noch lange nicht arbeitslos.

Soziale Krise verhindern

Am 10. November fand in der ÖGB-Fachbuchhandlung in Kooperation mit ÖGB, VÖGB und AK Wien eine Podiumsdiskussion zur Armutsbekämpfung statt.

»Wir müssen dringend über Reichtum reden«, sagte ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser im Rahmen der Podiumsdiskussion »Soziale Krise verhindern«. Das sei nur möglich, wenn man die Frage der Verteilung ernsthaft angehe, so Oberhauser. ArbeitnehmerInnen, StudentInnen, PensionistInnen usw. dürften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Rolf Gleißner, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit in der WKÖ, warnte, dass man den Bogen bei der Umverteilung nicht überspannen dürfe, »denn um etwas verteilen zu können,

muss ich es zuerst jemandem anderen wegnehmen«. Josef Wöss, Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der AK, meinte hingegen, dass die Umverteilung gerade in Zeiten der Krise überfällig sei: »So bleibt ein großer Teil der Kaufkraft erhalten, die Auswirkungen der Krise werden gedämpft. Ohne soziales Netz, ohne Arbeitslosenversicherung wären die Auswirkungen viel dramatischer.«

Der Philosoph Manfred Füllsack kritisierte, dass gerade diejenigen, die vom sozialen Netz profitieren sollten, das System mit seinen zahlreichen Fördermöglichkeiten oft gar nicht durchschauen. Er

BUCHTIPP

Manfred Füllsack

Arbeit. Profile (UTB), Band 3235

Utb GmbH, 2008, 128 Seiten, € 10,20,
ISBN-10: 3-8252-3235-2

Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

plädiert für eine Ausweitung der gesellschaftlich anerkannten Arbeit, zum Beispiel um private Pflegetätigkeiten.



Am Podium: Manfred Füllsack, Josef Wöss, Katharina Klee, Rolf Gleißner und Sabine Oberhauser (v. l. n. r.).



»Reden wir einmal über den Reichtum im Land und nicht über Sozialabbau«, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser.



Füllsack: Wir müssen Arbeit neu definieren. Auch das Bildungssystem ist zu stark auf die Qualifikation von Erwerbsarbeit ausgelegt.



T-Shirts wie dieses können Sie am 9. Dezember bei einer Benefizveranstaltung in der ÖGB-Fachbuchhandlung kaufen.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzko (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,
Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Lucia Bauer,
Ruth Bauer, Kai Biehl, Adolf Buxbaum, Günther Chaloupek,
Astrid Fadler, Christoph Höllriegel, Konrad Hofer, Angela Huemer,
Barbara Lavaud, Wilfried Leisch, Pia Lichtblau,
Franz Mangelberger, Gabriele Müller, Markus Oberrauter,
Reinhold Russinger, Michael Sturm, Thomas Varkonyi,
Petra Völckerer, Josef Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

vida:

Tatort Arbeitsplatz

Gib der Gewalt im Job keine Chance!

Weltweit nimmt Gewalt am Arbeitsplatz zu. Kein Wunder, schließlich setzt der steigende Wettbewerb die Menschen immer mehr unter Druck. Dabei sind Formen und Folgen von Gewalt im Job unterschiedlich. Gewalt hat viele Gesichter.

Besonders betroffen von Gewalt am Arbeitsplatz sind Beschäftigte in Dienstleistungsberufen und im Verkehrssektor. Als österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft hat vida die Initiative »Tatort Arbeitsplatz. Gib der Gewalt im Job keine Chance!« ins Leben gerufen, um Bewusstsein für das Thema zu schaffen, aber auch konkrete Informations- und Serviceleistungen zu bieten. Wir hoffen, dass Sie nie mit Gewalt an Ihrem Arbeitsplatz konfrontiert sind. Für den Fall des Falles ist es aber sinnvoll, auf solche Situationen vorbereitet zu sein. Es gibt zwar keine Patentrezepte zur Bewältigung von Aggression und Gewalt. Die

Gewerkschaft vida versucht aber mit dieser Informationsplattform, Hinweise und Empfehlungen zu geben, was jede/r selbst dagegen tun kann. Denn es ist wichtig, Gewalt oder Einschüchterung am Arbeitsplatz nicht einfach hinzunehmen.

Der Betriebsrat ist Partner bei der Bekämpfung von Gewalt am Arbeitsplatz. Er kann gegenüber dem Arbeitgeber Mobbing, hohen psychischen Druck und Übergriffe leichter ansprechen, innerbetriebliche Schulungen und Vorschläge zur Gewaltprävention anregen. Viele BetriebsrätInnen machen mit der Gewerkschaft vida das Problem der Gewalt im Job zum Thema. Denn nur, wer genau weiß, wann, wo und in welcher Form Gewalt passiert, kann wirksame Gegenmaßnahmen setzen. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Alle Infos:

www.tatortarbeitsplatz.at

GPA-djp:

Der Job ist weg!

Aktionswoche für höheres Arbeitslosengeld von 23. bis 27. November.

Arbeitslosigkeit ist kein Randgruppenthema. In der Krise wird sie weiter steigen. Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen und ihre Familien eine extreme finanzielle und psychische Belastung.

Arbeitslose Menschen dürfen nicht in eine existenzbedrohende Situation schlittern. Sie brauchen finanzielle Sicherheit, um sich beruflich neu orientieren zu können. Bei der Bankenrettung hat die Regierung mit einem milliardenschweren Paket reagiert. Jetzt benötigen die von der Krise am härtesten Betroffenen schnelle Hilfe.

Die GPA-djp setzt sich deshalb in einer österreichweiten Aktionswoche von 23. bis 27. November für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ein. In Österreich ist das Arbeitslosengeld im Verhältnis zum letzten Nettoeinkommen relativ niedrig. Arbeitslose Menschen sind daher stark

armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag 2008 bei nur EUR 806,- (Notstandshilfe EUR 603,-), das ist deutlich unter der Armutsschwelle. Wir brauchen daher eine bessere finanzielle Absicherung von Arbeitslosen und ihren Familien. Die GPA-djp fordert, dass das Arbeitslosengeld in einem ersten Schritt von derzeit 55 Prozent auf mindestens 60 Prozent des letzten Nettoeinkommens und mittelfristig auf 70 Prozent erhöht wird.

Informieren Sie sich über den Blog »Leben mit dem Arbeitslosengeld!« über die Situation der Arbeitslosen in Österreich und diskutieren Sie mit:

blog.gpa-djp.at/arbeitslosengeld

Berechnen Sie mit dem Arbeitslosengeld-Rechner des AMS mit wie wenig Arbeitslosengeld Sie auskommen müsst(en): ams.brz.gv.at/ams/alrech

Arbeiterkammer:

Spenden auf Nummer sicher

Wer sich am Spendengütesiegel orientiert, geht auf Nummer sicher, rät die AK.

Wer sicher spenden will, sollte sich also erkundigen, ob es sich um seriöse Anbieter mit Spendengütesiegel handelt. Informationen über entsprechende NPOs gibt es unter www.osgs.at. Außerdem rät die

AK: Vom Beitritt zu einer Fördermitgliedschaft kann man innerhalb einer Woche schriftlich zurücktreten. Eine Einzugsermächtigung kann bei Rücktritt innerhalb von acht Wochen widerrufen

werden. Spenden an begünstigte Spendenempfänger können bis zu 10 Prozent des Vorjahreseinkommens als Sonderausgaben abgesetzt werden. Nähere Informationen unter www.bmf.gv.at

»Selbstbewusst. Kämpferisch. Solidarisch«:

Gründung der PRO-GE

Ab 26. November 2009 bilden die GMTN und GdC gemeinsam eine neue Gewerkschaft.

Die PRO-GE wird eine unabhängige überparteiliche Gewerkschaft im ÖGB, die für alle ArbeitnehmerInnen aus den Bereichen Produktion, Technik und Dienstleistung, insbesondere der Branchen Metall, Bergbau, Energie, Textil, Bekleidung, Leder, Nahrung, Genuss, Mineralöl, Chemie, Papier, Glas, der Ar-

beitskräfteüberlassung sowie der Land- und Forstwirtschaft offen ist.

Als Interessenvertretung und Kampforganisation wird sie sich für die Rechte der ArbeitnehmerInnen sowie der in Ausbildung befindlichen Menschen, der Arbeitslosen und der im Ruhestand befindlichen Mitglieder einsetzen. Die PRO-GE

wird mit rund einer viertel Million Mitglieder die größte ArbeiterInnengewerkschaft und insgesamt die zweitgrößte Gewerkschaft innerhalb des ÖGB sein. Die PRO-GE wird jährlich über 140 Kollektiv- und Lohnverträge in 16 Branchen verhandeln.

Alle Infos: www.gewerkschaftstag.at

»Krise – welche Krise?«

Podiumsdiskussion

Die Finanzkrise trifft die arbeitenden Menschen mit voller Wucht

Die derzeitige weltweite Finanzkrise trifft mit voller Wucht die Lebens- und Arbeitssituation der arbeitenden Menschen! Vieles deutet darauf hin, dass die Milliardenverluste aufgrund der Casinospiele der FinanzspekulantInnen von den ArbeitnehmerInnen bezahlt werden müssen. Um dies zu erkennen und eventuelle Gegenstrategien zu entwickeln ist es notwendig, dass sich die Betroffenen und ihre Vertretungen mit der Situation kritisch auseinandersetzen.

Datum: Montag, 30. November 2009, 10 Uhr

Ort: Handelsakademie St. Pölten, 3100 St. Pölten, Waldstraße 1

Am Podium: ÖGB-Präsident Erich Foglar, Sozialminister a. D. Dr. Erwin Buchinger, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Sepp Leitner, Soziologe Dr. Hans Harms, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Beamtenversicherung (ÖBV) Mag. Josef Trawöger

Datum: Dienstag, 1. Dezember 2009, 17 Uhr

Ort: Steinhalle Lannach, 8502 Lannach, Hauptstraße 6

Am Podium: ÖGB-Vizepräsidentin NAbg. Dr. Sabine Oberhauser, LGF AMS Steiermark Mag. Karl Heinz Snobe, Soziologe Dr. Hans Harms, Sozialminister a. D. Dr. Erwin Buchinger

Datum: Donnerstag, 3. Dezember 2009, 18 Uhr

Ort: AK-Bildungshaus Jägermayrthof, 4020 Linz, Römerstraße 98

Am Podium: Sozialminister a. D. Dr. Erwin Buchinger, Soziologe Dr. Hans Harms

Moderation: Katharina Klee, Chefredakteurin Arbeit&Wirtschaft

Nähere Informationen: veranstaltung@oegbverlag.at



Die Sorge steigt

Der ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske fordert eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes.

ZUR PERSON



Rudolf Kaske

vida-Vorsitzender und Vorsitzender der vida-Sektion Private Dienstleistungen
Geboren: 22. Mai 1955 in Wien

1970–1973: Kochlehre im Hotel Intercontinental, Jungkoch

1970–1974: Jugendvertrauensrat im Hotel Intercontinental

1995–2006: Vorsitzender der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

Mitglied des Verwaltungsrates und Präsidiums des AMS, Kammerrat der AK Wien

Seit 2003 stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Arbeit&Wirtschaft: *Die Krise wirkt sich natürlich auch auf den Arbeitsmarkt aus. In den 16 Euro-Ländern erreichte die Arbeitslosenquote im September mit 9,7 Prozent den höchsten Stand seit Anfang 1999. In den 27 EU-Staaten wurde laut EU-Statistikamt Eurostat mit 9,2 Prozent der höchste Wert seit Einführung der Statistik im Jänner 2000 erreicht. Österreich liegt mit 4,8 Prozent an zweitbesten Stelle. Gute Nachrichten für den Arbeitsmarktsprecher des ÖGB, Rudolf Kaske. Leben wir auf einer Insel der Seligen?*

Rudolf Kaske: Natürlich geht es uns besser als manch anderen europäischen Ländern – trotzdem besteht kein Grund zum Jubeln. Vergleiche mit Deutschland oder Spanien interessieren vielleicht die Politik, die Arbeitslosen hierzulande weniger, sie bleiben ja trotzdem weiter arbeitslos. Und jetzt wo der Winter vor der Tür steht, haben wir natürlich berechtigte Sorge, dass die Arbeitslosigkeit in den be-

kannten Branchen wieder steigt. Im Tourismus und am Bau gibt es immer Wellenbewegungen.

Wir haben gerade jetzt die Oktoberzahlen zum Tourismus bekommen. Da stellen wir fest, dass knapp 44.000 Menschen arbeitslos sind. Das bedeutet eine Zunahme von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wir wissen auch, dass aufgrund der engen Finanzlage viele Bauvorhaben derzeit noch nicht realisiert werden. Das bedeutet, dass die Winterarbeitslosigkeit zusätzlich steigt.

Die Situation der KollegInnen im industriellen Bereich ist nach wie vor angespannt – Mitte November waren 37.140 ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit. Und wöchentlich erreichen uns Hiobsbotschaften wie der Quelle-Konkurs, von dem in Österreich 1.100 MitarbeiterInnen betroffen sind. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf den Dienstleistungsbereich – mittel- bis langfristig, das betrifft nicht nur den Tourismus, sondern auch den Handel. Man hört

ja bereits erste Prognosen zum Weihnachtsgeschäft: Die Wirtschaftskammer geht von einer »schwarzen Null« aus. Schauen wir einmal – abgerechnet wird nach Weihnachten.

Ich glaube aber, dass die Sorge der Menschen steigt – das macht sich auch bemerkbar im Arbeitsklimaindex der AK Oberösterreich: Sorge um den Arbeitsplatz und Angst vor Arbeitslosigkeit. Das ist nicht unberechtigt. Auch wenn wir im internationalen Vergleich gut dastehen, ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Das sage nicht ich, das sagen die ForscherInnen von Synthesis. Laut deren Untersuchung werden wir wahrscheinlich 2010 mit der höchsten Arbeitslosenrate seit 1953 konfrontiert sein. Das heißt also rund 400.000 Erwerbsarbeitslose.

Du betonst »erwerbsarbeitslos«?

Mir gefällt der Begriff erwerbslos eigentlich wesentlich besser, weil er umfas-

Das Arbeitslosengeld muss auf EU-Niveau angehoben werden, in einem ersten Schritt muss eine Erhöhung auf 60 Prozent erfolgen. Jeder kann sich ausrechnen, dass man mit 55 Prozent eines mittleren bzw. kleineren Einkommens nur schwer oder nicht über die Runden kommt.



sender ist. Die Menschen arbeiten ja in der Familie, freiwillige Arbeit etc.

Im Jahr 2008 hatten wir ca. 3,3 bis 3,4 Mio. unselbstständig Erwerbstätige. Wenn ich den sogenannten öffentlichen Dienstleistungsbereich wegrechne, kann man sagen, dass eigentlich nach Köpfen gerechnet, und nicht nach Durchschnitt, jeder Dritte zumindest einmal einen Tag im Jahr arbeitslos war. Es waren ca. 800.000 Menschen, die zumindest einmal im Jahr arbeitslos waren. Berechne ich es mittels der Beschäftigungsverhältnisse, so waren es sogar 1,1 Mio. Beschäftigungsverhältnisse. Manche Menschen haben bzw. brauchen ja mehr als ein Beschäftigungsverhältnis, um über die Runden zu kommen. Das ist eine erschreckende Zahl, wenn man Industrie, Handel und Dienstleistung hernimmt. Da haben nicht nur ein paar einfach Pech gehabt, sondern jede/r Dritte. Das ist eine dramatische Entwicklung.

Auch finanziell gesehen ...

Wir haben ja ein gutes Sozialversicherungssystem, das sich in den vergangenen Jahren auch dank der Gewerkschaften gut entwickelt hat. Aber wir müssen dieses System auch armutsfest machen. Der ÖGB wird gemeinsam mit den Gewerkschaften am 23. November eine Initiative zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes starten. Da geht es um eine Erhöhung der Nettoersatzrate, die derzeit bei 55 Prozent liegt, im EU-Schnitt sind es 64 Prozent. Das Arbeitslosengeld muss auf EU-Niveau angehoben werden, in einem ersten Schritt muss eine Erhöhung auf 60 Prozent erfolgen. Jeder kann sich aus-

rechnen, dass man mit 55 Prozent eines mittleren bzw. kleineren Einkommens nur schwer oder nicht über die Runden kommt. Da müssen wir eine Überbrückung schaffen, die verhindert, dass Menschen in die Armutsfalle geraten.

Aus ähnlichen Gründen setzt sich der ÖGB für die Mindestsicherung ein. Nun fragen manche – z. B. in der Wirtschaftskammer – wer soll das bezahlen?

Dazu möchte ich anmerken, dass es eigentlich kaum Diskussionen über die Bankenpakete oder Konjunkturpakete gegeben hat. Da kann ich es nicht gelten lassen, dass es heißt, wir können uns Arbeitsmarktpakete nicht leisten. Ganz offen: Vorschläge unseres Herrn Finanzministers à la Transferkonto schüren nur Neid. Man weiß doch, was an Sozialleistungen ausgegeben wird. Außerdem möchte ich betonen, dass sich z. B. im Pensionssystem die ArbeitnehmerInnen 90 Prozent ihrer Pension selbst finanzieren. Dem gegenüber stehen die Pensionen der Bauern und UnternehmerInnen, die sich nur zu 40 Prozent selbst finanzieren. Da bleibt die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ein spannendes Thema, daher lasse ich solche Argumente nicht gelten. Noch dazu, wo wir ja immer gerne stolz darauf hinweisen, dass wir eines der reichsten Länder dieser Welt sind. Abgesehen davon, dass Sozialleistungen, Arbeitslosengeld, Pensionen auch eine konjunkturelle Stütze sind. Denn es ist nachgewiesen, dass gerade dieses Geld – notgedrungen – gleich wieder in den Konsum fließt – darüber sollte die Wirtschaft eigentlich froh sein.

Im Zuge der Krise sind viele Arbeitsplätze verschwunden, Unternehmen sind in Konkurs gegangen, abgewandert, etc. Was tut man mit den Menschen?

Das ist eine der großen Herausforderungen der näheren Zukunft. Allein im Automobilzuliefererbereich schätzen ExpertInnen, dass rund 30.000 Arbeitsplätze verloren gehen, die nie wieder kommen werden. Der Schlüssel für die Zukunft dieser ArbeitnehmerInnen ist Qualifikation. Hier muss Geld vom Staat in die Hand genommen werden für Qualifizierungsoffensiven und Arbeitsstiftungen, wie z. B. bei Quelle. Die Menschen müssen schnell wieder fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden, um Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Das wird nicht einfach in den nächsten Jahren.

Die Qualifizierungsmaßnahmen des AMS werden häufig kritisiert. Wie sinnvoll ist es, wenn Menschen immer wieder in die gleichen Maßnahmen geschickt werden?

Diese Anwürfe höre ich immer wieder. Ich finde es auch nicht wünschenswert, dass jemand fünfmal in eine Maßnahme »Wie bewerbe ich mich richtig« geschickt wird. Davon halte ich nichts. Das abzustellen ist auch ein erklärtes Ziel der ArbeitnehmerInnenvertretung im AMS-Verwaltungsrat. Der Punkt ist aber, dass manche Maßnahmen, die nachhaltig wirken sollen – und das wollen wir – mehr Geld kosten. Das AMS hat zwar jetzt ein wenig mehr an finanzieller Zuwendung von der Bundesregierung bekommen, gleichzeitig hat uns aber die Arbeitslosigkeit

WEBLINK

Gewerkschaft vida:
www.vida.at

keit wie eine Welle überschwappt. Ich glaube, dass man, wenn man effektivere, nachhaltige Maßnahmen will, mehr Geld in die Hand nehmen muss. Und das fordern wir auch. Mit den vorhandenen finanziellen Mitteln, aber auch mit den Personalressourcen im AMS wird das nicht zu bewerkstelligen sein. Da muss man sich nur Deutschland oder die skandinavischen Länder anschauen – dort wird ein Vielfaches an BeraterInnen und TrainerInnen eingesetzt. Der Schlüssel zu effektiver Arbeitsmarktpolitik liegt in der Qualität und der Nachhaltigkeit.

Was könnten denn sinnvolle, nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen sein?

Wir stehen in unserer Gesellschaft vor spannenden Herausforderungen. Eines meiner Lieblingsthemen ist die Generationenfrage: Wir werden – und das ist gut so – immer älter. Heute haben wir, wie bekannt, 300.000 80-Jährige, 2050 werden das geschätzt eine Million sein. Das heißt natürlich nicht, dass wir dann den dreifachen Betreuungsbedarf haben werden, aber er wird in etwa doppelt so groß sein wie heute. Die Gesellschaft hat sich geändert, früher hat die Betreuung vor allem in der Familie stattgefunden, heute geht man von professioneller Betreuung aus. Hier entsteht ein Bedarf, der gedeckt werden muss – dafür müssen aber auch die Mittel bereitgestellt werden. Das heißt einerseits Qualifizierungen und Schulungen, die finanziert werden müssen. Andererseits muss es auch darum gehen, den Vereinen und Institutionen, die die Betreuung anbieten, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, dass sie ihr Personal anstellen und fair bezahlen können. Gerade der überaus wichtige Pflegebereich soll keine Fluchtbranche werden mit schlechten Arbeitsbedingungen und ebensolcher Entlohnung.

Ein Problemfeld sind auch ältere ArbeitnehmerInnen, die sich ja besonders schwer tun, einen neuen Job zu finden.

Heute werden schon 45- bis 50-Jährige zum alten Eisen gezählt und gar nicht einmal so selten wird versucht, die KollegInnen mit den verschiedensten Methoden – z. B. Mobbing – los zu werden. Da muss die Wirtschaft umdenken. Neben Leistung müssen auch Know-how, Erfahrung und Wissen zählen. Da sind die Unternehmen gefragt, Ältere müssen länger beschäftigt werden.

Wenn die Älteren länger beschäftigt werden, was ist dann mit den Jungen, die auf den Arbeitsmarkt streben?

Natürlich ist es extrem wichtig, die jungen Menschen am Arbeitsmarkt zu integrieren – Stichwort: Ausbildungsgarantie. Denn wenn das Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnt ist das politischer Sprengstoff. Aber Erfahrung muss auch etwas wert sein. Ich bin mir sicher, dass es gelingen kann, den Bogen zu spannen zwischen ausreichenden Ausbildungsplätzen für die Jungen, ohne die Älteren vom Arbeitsmarkt zu verdrängen.

Du kommst ursprünglich aus der Tourismusbranche, in der es ausreichend Arbeitsplätze für die Jugend gäbe. Die wollen aber nicht. Und so finden sich in den Tourismusregionen immer mehr Lehrlinge aus den neuen deutschen Bundesländern.

Die Situation der Jugendlichen in Thüringen etwa und in Österreich kann man nicht vergleichen. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit im Osten der Bundesrepublik gilt dort bereits seit Jahren das Motto: Besser einen schlecht bezahlten Job in Österreich als gar keinen daheim. In den neuen Bundesländern beträgt die Jugendarbeitslosigkeit in manchen Landstrichen bis zu 50 Prozent. Da geht es um eine Chance zur Ausbildung, die es dort gar nicht gibt. In Österreich schaut das anders aus. Hier sind Tourismusausbildungsplätze für viele junge Menschen nicht erste, sondern dritte oder vierte Wahl. Das hat mehrere Gründe: Die Ausbildungsqualität ist im Tourismus in einigen Betrieben ein Problem, das spricht sich herum. Dann steht der Tourismus in Konkurrenz mit anderen Branchen, in denen es überschaubare Ausbildungsbedingungen gibt. Im Tourismus gibt es oft Dienstplanpro-

bleme, d. h. die ArbeitnehmerInnen wissen oft nicht, wie ihre Wochenarbeitszeit aussieht, geschweige denn die Monatsarbeitszeit und können auch Urlaube etc. oft nur sehr schwer planen. Es ist leider auch noch immer so, dass es in dieser Branche doch einige ArbeitgeberInnen gibt, die in ihren MitarbeiterInnen moderne Lohnsklaven sehen.

Warst du selbst jemals erwerbsarbeitslos?

Ich habe das Glück, dass meine Berufslaufbahn in den goldenen 1970ern begann. Das war die Zeit von Bruno Kreisky, der ja gesagt hat, dass ihm ein paar Milliarden Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten als ein paar Hunderttausend Arbeitslose. Davon habe eben auch ich profitiert. Ich war in meinem Berufsleben noch keinen Tag arbeitslos, vermisste es aber nicht. Ich habe in meiner Familie und im Freundeskreis aber Arbeitslosigkeit in unterschiedlicher Ausformung kennengelernt. Ich weiß, wie schlimm das für die Menschen ist, wie sehr es psychisch belastet. Die Betroffenen fühlen sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen. So hat ein Verwandter seiner Familie längere Zeit verschwiegen, dass er seinen Job verloren hat und ist jeden Tag wie gewohnt aus dem Haus gegangen. Arbeitslosigkeit kann krank machen. Es ist eine schwierige Erfahrung, die leider immer mehr Menschen machen müssen.

Der ÖGB hat sich ja nicht immer auch um Arbeitslose gekümmert.

In den vergangenen Jahren gab es ein notwendiges Umdenken. Wir sind nicht nur eine Organisation der ArbeitsplatzbesitzerInnen, wir müssen uns auch um jene kümmern, die erwerbslos sind.

Wir danken für das Gespräch.

Katharina Kleefür »Arbeit&Wirtschaft«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Redaktion
aw@oegb.at

Unter Druck

Als Folge der Krise steigt die Arbeitslosigkeit weltweit auf neue Rekordwerte – für viele Unternehmen Anlass, von den Beschäftigten Zugeständnisse zu verlangen.

Autor: Mag. Josef Zuckerstätter

AK Wien, Lohn- und Einkommensentwicklung,
Lohnstruktur, Arbeitsmarkt

Auch wenn Österreich mit 5,5 Prozent Arbeitslosenrate (nach EU-Methode) zu den Ländern mit vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit gehört, ist diese Arbeitslosenrate ein absoluter Rekordwert für unser Land. Es ist keine Erleichterung für die ArbeitnehmerInnen in Österreich zu wissen, dass es KollegInnen in anderen europäischen Staaten noch schlechter geht. Prognostizierte 24 Mio. arbeitslose Menschen in der EU sind ein wirtschaftlicher Verlust und ein sozialer Skandal über den derzeit wieder steigende Börsenkurse und ein nicht mehr schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt nicht hinwegtrösten können.

Als vor einem Jahr die Finanzkrise ihren ersten Höhepunkt erreichte, waren die Regierungen aller Industriestaaten bereit, Milliarden in Bankenrettungen zu investieren, um den Untergang des Finanzsektors zu verhindern. Jetzt wo der Arbeitsmarkt in einer historischen Krise steckt lässt sich eine ähnliche Bereitschaft, gegen die Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen in der EU vorzugehen, nicht erkennen.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Die Frage nach Ursachen von Arbeitslosigkeit kann einen ersten Ansatzpunkt für Lösungen bieten. Es gibt verschiedenste

Gründe für Arbeitslosigkeit. Ein geringes Maß an Arbeitslosigkeit entsteht durch normalen Arbeitsplatzwechsel, der ein wenig Zeit braucht, und damit kommt es zu kurzfristiger Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus gibt es Entwicklungen im Außenhandel und in der Technologie, die dazu führen, dass gewisse Produkte woanders oder mit anderer Technologie hergestellt werden. Die Menschen aus diesen schrumpfenden Branchen brauchen dann Zeit und Unterstützung, um in neue Gebiete zu wechseln.

Ungleichgewichtige Entwicklung

Derzeit steigt die Arbeitslosigkeit jedoch aus einem anderen Grund, nämlich als Folge von ungleichgewichtiger Entwicklung im internationalen Handel, zunehmender Ungleichheit der Einkommensverteilung, und weil unverantwortliche Entscheidungen auf den Finanzmärkten zu schweren Fehlentscheidungen von Unternehmen geführt haben.

InvestorInnen haben von Produktionsbetrieben Renditen verlangt, wie sie an den Börsen durch die Spekulationsblase möglich waren. Renditen von 15 bis 25 Prozent im Jahr lassen sich aber nicht aus dem regulären Wachstum einer Wirtschaft erzielen. Langfristig kann die Kapitalverzinsung nicht über der Wachstumsrate der Wirtschaft liegen, außer es gelingt den Unternehmen, von den Lohnabhängigen zu den KapitaleignerInnen umzuverteilen.

Diese Umverteilung funktioniert nur, wenn die ArbeitnehmerInnen durch hohe Arbeitslosigkeit so stark unter Druck gesetzt werden, dass sie Zugeständnisse

WEBLINK

Mehr Infos unter:
www.akwien.at

machen müssen. Dabei ist es nicht notwendig, dass die Unternehmen einen koordinierten Plan haben.

Rückkehr zum Realismus

Es reicht, wenn jedes Unternehmen nur Projekte umsetzt von denen es so hohe Rendite erwarten kann und alle anderen ebenfalls ertragreichen Projekte unterlässt. Allein durch die eingeschränkte Investitionstätigkeit kommt es dann zu Arbeitslosigkeit, die Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen erzeugt. Wenn jedoch alle Unternehmen Druck auf die Löhne ausüben, dann sinkt gleichzeitig auch die Kaufkraft ihrer eigenen Kunden/-innen. Statt höherer Profite produzieren sie nur mehr Arbeitslosigkeit. Der Kern der Krisenbewältigung liegt daher in einer Rückkehr zu realistischen Gewinnerwartungen bei den Unternehmen und der kurzfristigen Stabilisierung der Kaufkraft durch koordinierte Konjunkturmaßnahmen der Staaten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
josef.zuckerstaetter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

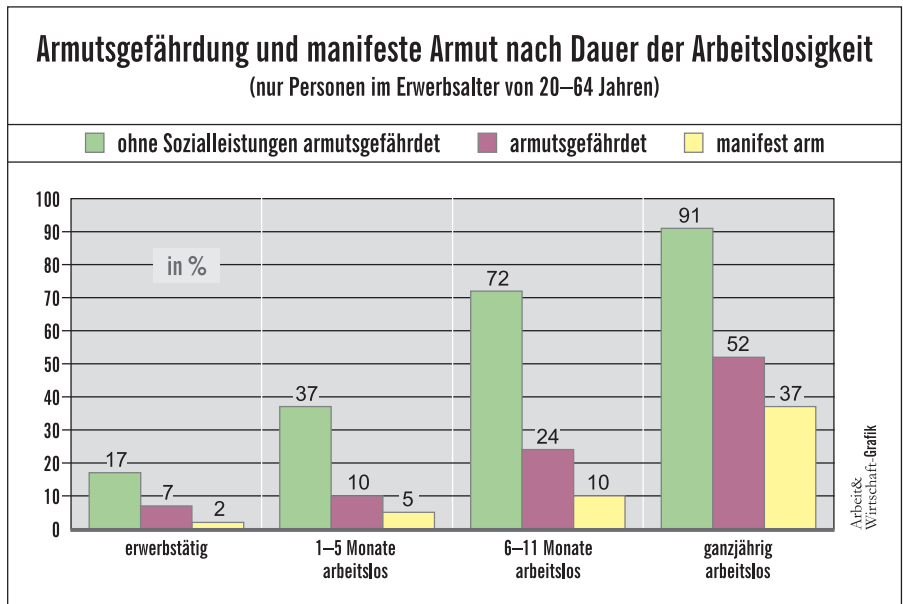
Zahlen – Daten – Fakten

*Alle aktuellen Informationen zum Thema
Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld im europäischen Vergleich.*

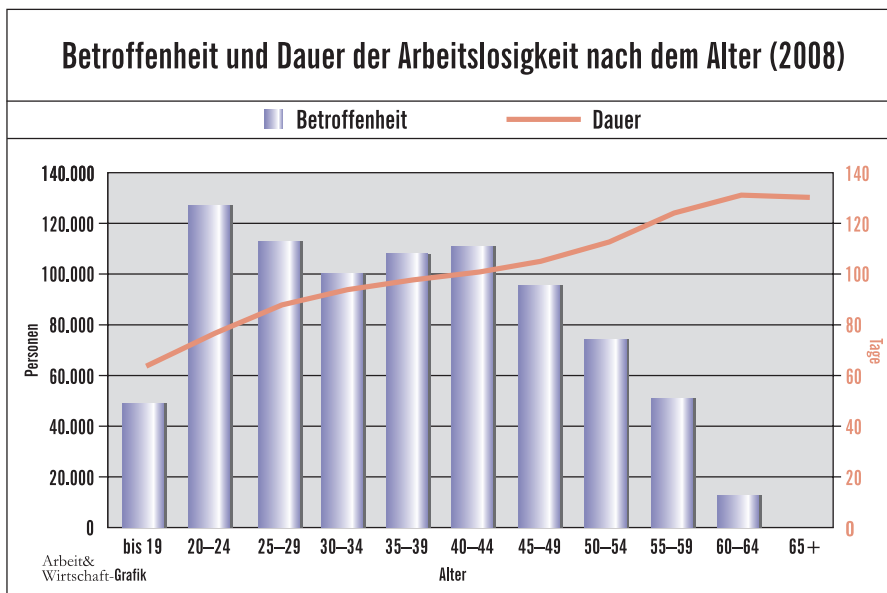
Autorin: Mag. Lucia Bauer

Büro des Vorsitzenden GPA-djp

3 19.320 Menschen waren im Oktober 2009 einschließlich der TeilnehmerInnen an Schulungen arbeitslos gemeldet, um etwa 62.000 oder 24 Prozent mehr als vor einem Jahr. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent (4,8 Prozent) nach EU-Definition steht Österreich im EU-Schnitt zwar immer noch an zweitbesten Stelle. Die Tendenz ist allerdings nach wie vor steigend und eine längerfristige seriöse Prognose kaum möglich. Getroffene Prognosen mussten in den vergangenen Monaten immer wieder nach oben korrigiert werden.



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007, Sozialleistungen inklusive Pensionen



Quelle: AMS

So weit die Momentaufnahme. Die Gesamtbetroffenheit von Arbeitslosigkeit ist aber noch wesentlich höher. Jede/r vierte der etwa 3,5 Mio. unselbstständig Beschäftigten in Österreich ist pro Jahr zumindest einen Tag arbeitslos, also von Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt in Österreich 103 Tage. Frauen sind im Schnitt etwas länger arbeitslos – 106 Tage, Männer nur 101 Tage. Mit zunehmendem Alter nimmt die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwar ab, jedoch dauert es immer länger bis die Betroffenen wieder einen Job finden. Menschen über 45 waren 2008 im Schnitt 121 Tage arbeitslos. Ungefähr 90 Prozent aller als arbeitslos gemeldeten Menschen bezogen 2008 Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung – also Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Im Vergleich zu den Män-

nern, bei denen immerhin mehr als 93 Prozent der Arbeitslosen Geldleistungen bezogen, waren es bei den arbeitslosen Frauen nur knapp 87 Prozent.

2008 betrug das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld 806 Euro, die durchschnittliche Notstandshilfe 603 Euro, das maximale Arbeitslosengeld für alleinstehende Personen ohne Kinder 1.316 Euro. Deutlich ist auch hier das Gefälle zwischen Männern und Frauen: Im Schnitt bekommen Frauen ein um etwa 160 Euro geringeres Arbeitslosengeld als Männer.

Wer Anspruch hat

Alle unselbstständigen Erwerbstätigen und freien DienstnehmerInnen haben bei Arbeitslosigkeit Anspruch auf Arbeitslosengeld. Allerdings nur, wenn das Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze von brutto 357,74 Euro (Stand 2009) liegt. Seit 1. 1. 2009 können sich auch selbstständig Erwerbstätige im Rahmen eines »**Opting-in**«-Modells gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit versichern lassen. Wie lange Arbeitslosengeld bezogen werden kann, hängt von der Dauer der vorangegangenen Beschäftigung und vom Alter ab. Grundsätzlich haben alle ArbeitnehmerInnen Anspruch, die innerhalb der letzten zwölf Monate insgesamt 28 Wochen über der Geringfügigkeitsgrenze gearbeitet haben.

Nach 20 bzw. maximal 52 Wochen ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft. Dann kann auf Antrag Notstandshilfe gewährt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass eine soziale Notlage vorliegt und der/die Betroffene arbeitsfähig und arbeitswillig ist. Anders als beim Arbeitslosengeld ist bei Bezug der Notstandshilfe jede Tätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze zumutbar, es gibt keinen Entgelt- oder Berufsschutz. Bei der Beurteilung, ob eine Notlage vorliegt, wird das gesamte Haushaltseinkommen, also auch das des Partners/der Partnerin, herangezogen. Verdient diese/r mehr als 488 Euro, dann wird das PartnerInneneinkommen (abzüglich Freibetrag) von der Notstandshilfe abgezogen. In den meisten Fällen mit der Konsequenz, dass diese dann wegfällt. Betroffen sind von dieser Anrechnung des PartnerInneneinkommens vor allem Frauen, die damit ihr eigenständiges Ein-

INFO & NEWS

Arbeitslosengeld im internationalen Vergleich

Laut aktueller Statistik der OECD ist die **Nettoersatzrate** beim Arbeitslosengeld von den europäischen OECD-Ländern nur in Griechenland und Irland niedriger als in Österreich.

Nettoersatzrate OECD-Vergleich – alleinstehende NiedrigverdienerInnen mit 67 Prozent des Durchschnittseinkommens – 2007 (Quelle: OECD 2009, Tax-Benefit-Models) – Anfangsphase der Arbeitslosigkeit.

Ein Blick auf die Spitzenreiter:

Dänemark

In Dänemark gibt es keine Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit. ArbeitnehmerInnen können sich bei einer Arbeitslosenkasse (arbejdsløshedskasse) freiwillig versichern. Derzeit gibt es 37 Arbeitslosenkassen. Sie sind zwar eng mit den Gewerkschaften verbunden, man muss aber kein Gewerkschaftsmitglied sein, um in die Versicherung aufgenommen zu werden. In die ausgewählte Kasse zahlen dann ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen jeweils einen Pauschalbeitrag. Einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat in Dänemark, wer innerhalb der letzten drei Jahre 52 Wochen gearbeitet hat und ein Jahr Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenkasse nachweisen kann. Erfüllt man die Anspruchsvoraussetzungen, kann man in einem Zeitraum von 6 Jahren für maximal 4 Jahre Arbeitslosengeld in der Höhe von maximal 90 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der letzten drei Monate beziehen. Es gibt jedoch einen Höchstsatz von 89,40 Euro pro Tag und wöchentlich 438,30 Euro. Wegen der rigiden Zumutbarkeitsbestimmungen ist der Anspruch für 4 Jahre eher theoretisch, und dänische Arbeitslose werden in Regel gezwungen, rasch einen Arbeitsplatz anzunehmen.

Schweiz

In der Schweiz müssen alle ArbeitnehmerInnen bis zum Erreichen des Rentenalters in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber zahlen je zur Hälfte die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung (assurance chômage) und werden direkt durch den Arbeitgeber von ihrem Brutto Gehalt abgezogen. Um Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, muss man in der Schweiz innerhalb der letzten zwei Jahre insgesamt mindestens 12 Monate gearbeitet haben. Auch in der Schweiz müssen Arbeitslose grundsätzlich für eine neue Arbeit zur Verfügung stehen und aktiv nach einem neuen Job suchen. Anspruchsberechtigte erhalten eine Arbeitslosenentschädigung von 70 Prozent des im Durchschnitt der letzten sechs Monate erzielten beitragspflichtigen Einkommens. Liegt dieses Einkommen unter 3.797 Franken, ist der/die Betroffene invalid oder sind Kinder vorhanden, dann erhöht sich dieser Anteil auf 80 Prozent. Die Arbeitslosenentschädigung wird in Tagesgeldern ausbezahlt. Normalerweise hat man Anspruch auf bis zu 400 Tagesgelder. Menschen über 55 Jahre, die mindestens 18 Monate lang Beiträge gezahlt haben, können bis zu 520 Tagesgelder beziehen.

Luxemburg

Alle ArbeitnehmerInnen müssen in Luxemburg verpflichtend in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Um in Luxemburg Anspruch auf Arbeitslosengeld zu haben, muss man in den letzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen beschäftigt gewesen sein. Das Arbeitslosengeld beträgt 80 Prozent des Bruttogehaltes der letzten drei Monate, sofern dieses nicht höher als das 2,5-fache des »sozialen Referenzmindestlohns« ist. Sind unterhaltspflichtige Kinder vorhanden, steigt das Arbeitslosengeld auf 85 Prozent des Bruttogehalts. Übersteigt das Einkommen des Ehepartners das 2,5-fache des »sozialen Referenzmindestlohns«, kann das Arbeitslosengeld gekürzt werden. Arbeitslosengeld kann man höchstens 365 Tage innerhalb eines Zeitraumes von 24 Monaten beziehen. Die maximale Bezugszeit hängt von verschiedenen Faktoren wie Alter, Beruf und Familienstand ab.

kommen und ihre Selbsterhaltungsfähigkeit verlieren. Die Folge ist, dass wesentlich weniger Frauen als Männer Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen und diese auch niedriger ausfallen.

Der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes beträgt 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens. Berechnungsgrundlage ist für Personen, die in der ersten Jahreshälfte arbeitslos werden, das Einkom-

INFO & NEWS

Rechenbeispiele: Höhe des Arbeitslosengeldes

- **Teilzeitbeschäftigte, Bruttoeinkommen € 700,-**
Keine Kinder, netto € 594,51, Arbeitslosengeld: € 396,60
2 Kinder, netto € 594,51, Arbeitslosengeld mit Familienzuschlag für 2 Kinder: € 528,60
 - **SozialarbeiterIn, Bruttoeinkommen € 1.700,-**
Keine Kinder, netto € 1.253,61, Arbeitslosengeld: € 801,30
2 Kinder (wenn AVAB: € 1.309,36) Familienzuschlag für 2 Kinder: € 859,50
 - **Industrieangestellter, Bruttoeinkommen € 3.000,-**
Keine Kinder, netto € 1.905,86, Arbeitslosengeld: € 1.246,80
2 Kinder (wenn AVAB: € 1.961,61) Arbeitslosengeld inkl. Familienzuschlag für 2 Kinder: € 1.305,-
 - **Abteilungsleiter, Bruttoeinkommen € 4.020,-; Verdienst an der Höchstbeitragsgrundlage**
keine Kinder netto € 2.380,42, Arbeitslosengeld € 1.316,10
2 Kinder, AVAB – netto: € 2.436,17, Arbeitslosengeld mit 2 Familienzuschlägen: € 1.374,30
- Berechnungen: David Mum, GPA-djp-Grundlagenabteilung

INFO & NEWS

Forderungen

- Der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes beträgt 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens. Viele geraten dadurch in die Armutsfalle. Die Gewerkschaften verlangen daher rasch eine bessere soziale Absicherung von Arbeitslosen:
- Anhebung der Nettoersatzrate auf 60 Prozent als ersten Schritt
 - Erhöhung der Mindestbezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 30 Wochen
 - Entfall der Partnereinkommensanrechnung bei der Notstandshilfe
 - Rasche Einführung der Mindestsicherung für alle, die trotzdem keine existenzsichernden Leistungen erhalten

men des vorvorigen Jahres (seit dem Arbeitsmarktpaket II aufgewertet um die Inflationsrate), und für Personen, die im zweiten Halbjahr arbeitslos werden, das Einkommen des Vorjahres. Wenn der sich daraus ergebende Grundbetrag unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz, also unter 772 Euro liegt, kann man zusätzlich einen Ergänzungsbetrag bis 60 Prozent – bzw. wenn unterhaltspflichtige Angehörige vorhanden sind bis 80 Prozent – des täglichen Nettoeinkommens beantragen.

Die Notstandshilfe beträgt 95 Prozent des vorher bezogenen Grundbetrages des

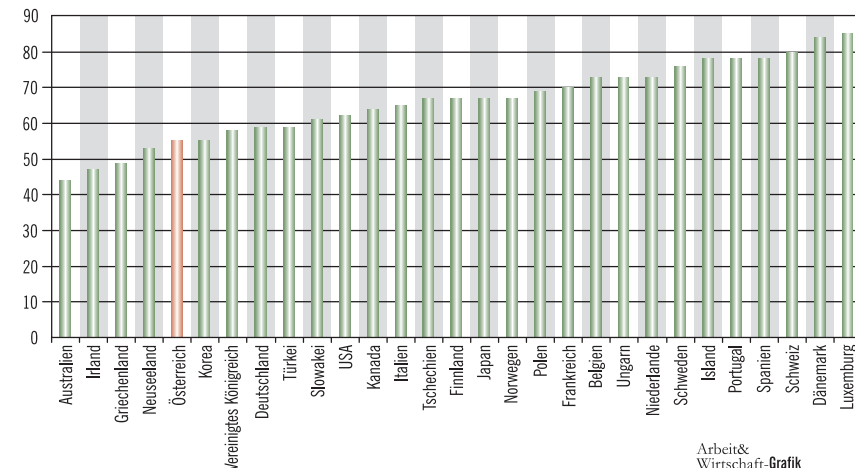
Arbeitslosengeldes, wenn dieser den **Ausgleichszulagenrichtsatz** nicht übersteigt. In den übrigen Fällen gebührt als Notstandshilfe 92 Prozent des Grundbetrages des Arbeitslosengeldes.

Laut Sozialbericht waren 2007 eine Mio. Menschen (= 13 Prozent der Bevölkerung) in Österreich armutsgefährdet. Laut EU-SILC lag die Armutsgefährdungsquote 2007 bei knapp über 900 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Dieses Einkommen erreichen viele Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen bei weitem nicht. Je nach Dauer der Arbeitslosigkeit steigt die Gefahr, in die Armut abzurutschen. Von den rund einer Million armutsgefährdeten Personen lebten rund 400.000 (das sind fünf Prozent der Bevölkerung) in manifester Armut¹. Von den ganzjährig Arbeitslosen hatten 52 Prozent ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, rund 37 Prozent waren manifest arm.²

Dass arbeitslos zu werden auch subjektiv als Risikofaktor für Armut wahrgenommen wird, bestätigt die aktuelle **Eurobarometer**befragung³. Mehr als die Hälfte der EuropäerInnen sagen, dass sie Arbeitslosigkeit für die Hauptursache von Armut in ihrem Land halten.

Ein Blick auf die Spitzenreiter

in %



Arbeit&Wirtschaft-Grafik

¹ Definition laut EU-SILC-Befragung 2007. Manifest arm ist jemand dann, wenn er/sie sich zwei oder mehr der folgenden Dinge nicht leisten kann: die Wohnung angemessen warm zu halten, regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen, notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen, unerwartete Ausgaben (z. B. für Reparaturen) finanzieren, neue Kleidung zu kaufen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen, Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

² EU-SILC-Erhebung 2007, bei der (im Jahr 2007) 6.806 Haushalte befragt wurden.

³ Commission, Eurobarometer Survey on Poverty and social Exclusion, 2009

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin lucia.bauer@gpa-djp.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Trotz Krise fette Beute

Während die ArbeitnehmerInnen die Wirtschaftskrise sehr deutlich zu spüren bekommen, bleiben Ausschüttungen auch 2009 auf Rekordniveau.

Autor: Mag. Markus Oberrauter

AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft

Trotz großzügiger Staatshilfe für Banken kämpfen die Unternehmen nach wie vor mit rigoroser Kreditvergabe und Liquiditätseingpässen. Gerade vor diesem Hintergrund muss die Liquiditätspolitik der Unternehmen von zentraler Bedeutung sein, das Gegenteil ist aber der Fall: Dividendenbeschlüsse in Milliardenhöhe wurden in den Monaten April bis Juli 2009 gefällt, in einem Zeitraum in dem das volle Ausmaß der Krise bereits bekannt war. In prekären wirtschaftlichen Zeiten sind hohe Ausschüttungen nicht angebracht, denn gerade dann sollten – im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmensführung – Geldmittel als Krisenpolster im Unternehmen belassen und notwendige Investitionen vorgenommen werden. Gerade jetzt ist für die Sicherung und den Erhalt von Arbeitsplätzen eine vermehrte **Thesaurierung** des erwirtschafteten Kapitals besonders wichtig. Auch für AktionärInnen ist dies kein Nachteil, da das Einbehalten von Gewinnen den Unternehmenswert nachhaltig steigert.

Steigende Ausschüttungsquote

Die Arbeiterkammer hat im September eine Untersuchung zur Ausschüttungspolitik heimischer Unternehmen im Krisenjahr 2009 durchgeführt. Es wurden in diesem Zusammenhang sowohl die im ATX notierten Konzerne als auch bedeu-

tende österreichische Kapitalgesellschaften analysiert.

Während die ATX-Konzerne aufgrund der aufkommenden Krise bereits im Bilanzjahr 2008 deutliche Gewinnrückgänge (–19 Prozent) hinnehmen mussten, wurden im Krisenjahr 2009 Ausschüttungen in nahezu unveränderter Höhe von 2,2 Mrd. Euro vorgenommen. Damit könnten für die Beschäftigten in diesen Unternehmen spielend vier gute Lohnrunden finanziert werden. Die effektive Ausschüttungsquote steigt damit erneut deutlich von 29,9 Prozent auf 33,3 Prozent der Jahresüberschüsse an.

Unter Konzerndruck

Die Ausschüttungsquote bei den untersuchten Einzelabschlüssen von rund 250 bedeutenden österreichischen Kapitalgesellschaften liegt mit 80 Prozent deutlich über jenen der ATX-Konzerne. Nicht einmal ein Viertel der erwirtschafteten Gewinne verbleibt demnach in den Unternehmen. Noch höher liegen die Ausschüttungen in der Metallbranche. Rund 90 Prozent der erzielten Gewinne werden sofort an die AktionärInnen bzw. an das Mutterunternehmen weitergereicht.

In Konzernverbänden ist es Usus geworden, dass fast der ganze Gewinn an das Mutterunternehmen fließt. Diese gängige Praxis des »Aussaugens« von produktiven, solide aufgestellten Tochterunternehmen kann sich besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als Bumerang erweisen: In Zeiten der Hochkonjunktur und eines bei der Kreditvergabe großzügigen Bankensektors stellen Dividendenzahlungen kein unmittelbares

Problem für den Bestand der Tochterunternehmen dar. Bei Geldbedarf durfte man mit Geldflüssen von der Mutter (**Cash Pooling**) rechnen. In Krisenzeiten kommen aber auch Muttergesellschaften in finanzielle Schwierigkeiten, der Druck auf die Tochtergesellschaften erhöht sich.

Kein Umdenken zu erwarten

Die in die AK-Untersuchung einbezogenen rund 250 Kapitalgesellschaften beschäftigen 164.000 Menschen. Von diesen Unternehmen haben 80 Prozent bzw. rund 200 Kapitalgesellschaften Dividenden in Höhe von 4,1 Mrd. Euro beschlossen: Diese Ausschüttungen machen etwa die Hälfte der gesamten Personalkosten aus. Ein genereller Verzicht auf Ausschüttungen würde 80.000 Arbeitsplätze in diesen Unternehmen finanzieren, allein die Hälfte des Ausschüttungsvolumens könnte bereits rund 40.000 Arbeitsplätze sichern. Doch von Arbeitgeberseite ist derzeit kein Umdenken in Richtung verantwortungsvolle, nachhaltige Unternehmensführung zu erwarten: Während viele ArbeitnehmerInnen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bangen und die Arbeitslosenzahlen stark ansteigen, freuen sich AktionärInnen über fette Dividenden. Sieht so Verteilungsgerechtigkeit aus?

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
markus.oberrauter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Am Arbeits-Markt

*Jeder ist seines Glückes Schmied sagt ein altes Sprichwort.
Aber ist das so, oder ist Arbeitslosigkeit nur das Glück des Schmiedes?*

Autor: Dr. Franz Mangelberger

Freier Journalist

Gesellschaftsmodelle vergangener Zeiten haben Arbeitslosigkeit noch etwas abgewinnen können. Maschinen sollten die Arbeit übernehmen und das haben sie mittlerweile auch weitestgehend. Der ursprüngliche Denkansatz von der Aufteilung des materiellen Wohlstands unter den Menschen hat sich verflüchtigt, weggespült von neoliberalen Modellen.

Heute weiß man zwar, dass der technische Fortschritt gewaltige Produktionsschübe ermöglicht hat, sodass sich der Wohlstand im Vergleich zu den Vorzeiten industrieller Produktion vervielfacht hat. Der Arbeitsaufwand, die Grundbedürfnisse zu bedienen, ist weniger geworden. Neue komplizierte Produktionsstrukturen haben sich etabliert, beispielsweise Erwerbsarbeit durch immaterielle Güter wie etwa Dienstleistungen. Besonders erfinderisch: Die virtuellen Produkte der Finanzmärkte, in denen die »klassische« Lohnarbeit eine strategische Rolle spielt.

Diskrepanzen am Arbeitsmarkt

Eine Studie über Diskrepanzen am regionalen Arbeitsmarkt im Ballungsraum Hamburg stellt beispielweise fest, dass »je größer die Zahl der Arbeitslosen und/oder der offenen Stellen in einer Region ist, desto größer wird auch die Zahl der neuen Beschäftigungsverhältnisse sein,

weil aus der Sicht der Arbeitsnachfrage (d. h. der Unternehmen) die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass innerhalb kurzer Frist geeignete BewerberInnen gefunden werden. Aufgrund sinkender Erträge führt eine anhaltende Zunahme der Arbeitslosenzahl bei konstanter Zahl der offenen Stellen allerdings zu einer immer geringeren Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse.«

Entlassungswelle rollt

Bei vielen Konzernen rollt trotz guter Konjunktur eine neue Entlassungswelle. Der Kapitalmarkt erwartet satte Renditen. InvestorInnen schauen nicht auf die Zahl der MitarbeiterInnen, sondern auf den Gewinn. Wenn man von Unternehmensführern hört »Strukturen müssen schlanker und effektiver werden«, ist meist Feuer am Dach. So sollten etwa bei der deutschen Firma Henkel mit weltweitem Abbau von Arbeitsplätzen pro Jahr 150.000 Mio. Euro eingespart werden. Um die Rendite zu steigern, hat der Konzern zwischen 2001 und 2004 schon einmal insgesamt 4.500 Jobs abgebaut.

»Die Gier des Kapitalmarktes ist unersättlich und zwingt die Unternehmen zu handeln«, sagt Gustav Horn, vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftsnahen deutschen Hans-Böckler-Stiftung, und schlägt vor, das Kapital langsamer zu machen, den Kapitalverkehr stärker als bisher besteuern, um einen schnellen Abzug von Kapital kostspieliger zu machen und das kurzfristige Denken in Quartalen müsste langfristigen Planungen und Entscheidungen weichen.

Viele produzierende Unternehmen haben ihren »Unternehmenszweck« verlassen und sind in erster Linie zu Finanzkapitalisten geworden. Sie setzen bei stagnierender Wirtschaft auf Bewertungsgewinne als Profitquelle, etwa wenn es einem Investor gelingt, durch Lohnkürzungen den Unternehmenswert zu steigern. So stellt Wirtschaftsexperte Stephan Schulmeister fest: »Das Profitstreben des ›non-financial business‹ hat sich somit in den vergangenen 25 Jahren von der Realkapitalbildung zu Finanzveranlagung und -spekulation verlagert. Dieser ›schleichende‹ Prozess stellt die ›strukturelle‹ Hauptursache für das langsame Anwachsen der Arbeitslosigkeit dar.«

Arbeitslosigkeit kann nur dann verringert werden, so Schulmeister weiter, »wenn der Kapitalstock rascher wächst als das Arbeitsangebot«. Läuft es umgekehrt, sind Arbeitsproduktivität und Realeinkommen entsprechend niedriger. Reallohnsenkungen oder Ausweitung von Niedriglohnssektoren setzen eine entsprechende Nachfragestruktur sowie ein entsprechend hohes Angebot an schlecht qualifizierten Arbeitskräften voraus.

Durch die neoliberale Brille

Die Wirtschaftseliten betrachten die Welt mit »neoliberaler Brille« mit mehreren gravierenden Folgen. Um nur eine zu nennen: Steigende Arbeitslosigkeit wird nicht als Mangel an Arbeitsplätzen infolge unzureichender Realkapitalbildung wahrgenommen. Zudem wird die »Abstinenz« des Staates von einer aktiven Wirtschaftspolitik nicht als zusätzliche Krisenursache erkannt. Schulmeister



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Mit anderen Worten, eine bestimmte Quantität an Arbeitlosen ist günstig, wenn nicht sogar notwendig, diese Anforderungen zu bedienen. Vergleichbar etwa mit einem Wühlkorb für Textilien, je mehr im Korb ist umso eher findet sich die richtige Größe, die gefällige Farbe oder das gewünschte Muster.

führt als Beispiel dafür die Politik in Deutschland an, die auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit mit der Reduktion der Arbeitslosenunterstützung (Hartz IV) und der massiven Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse reagiert hat (Ich-AGs, Ein-Euro-Jobs etc.).

»Die Arbeitslosen wurden dadurch billiger, die Arbeitenden auch, die Zahl sozialversicherter Jobs sank, jene der atypischen Jobs stieg. Mit all diesen Maßnahmen passte sich das System an den Mangel an (produktiven) Arbeitsplätzen als Folge unzureichender Realkapitalbildung an. Produktionstheoretisch betrachtet: Die Arbeitslosigkeit soll durch Schaffung von »workingpoor-Arbeitsplätzen« verringert werden, welche mit wenig Kapital ausgestattet auch wenig produktiv sind.

Für einen nachhaltigen Erfolg dieses Rezepts sind allerdings Sozialstaat und Gewerkschaften in Deutschland (noch) zu stark, das Bildungssystem (noch) zu gut, die Einkommensverteilung (noch) nicht ungleich genug und die Wirtschaft generell (noch) nicht »finanzkapitalistisch« genug.«

Matchingprozess am Arbeitsmarkt

Die »Fürsorge« des Staates, eine bestimmte Zahl von Arbeitslosen in Weiterbildungsprogrammen unterzubringen, ist gerechtfertigt. Unternehmen klagen über den Mangel an qualifizierten »freien« Arbeitskräften in ausreichender Zahl. Letztlich verhilft die staatliche Weiterbildung, dass Unternehmen auf einen gut »gewachsenen« Topf an Humankapital zurückgreifen können, ohne

selbst Mittel in die Hand nehmen zu müssen. Leiharbeitsvermittler Trenkwalder beschreibt die Zukunft der Arbeit als eine »neue Herausforderung an den Matchingprozess am Arbeitsmarkt – entscheidend ist der richtige Mitarbeiter zur richtigen Zeit am richtigen Ort«. Mit anderen Worten, eine bestimmte Quantität an Arbeitlosen ist günstig, wenn nicht sogar notwendig, diese Anforderungen zu bedienen. Vergleichbar etwa mit einem Wühlkorb für Textilien, je mehr im Korb ist umso eher findet sich die richtige Größe, die gefällige Farbe oder das gewünschte Muster.

Unternehmen in Warteposition

Stellt sich die Frage, ob nicht auch Betriebe in der Qualifizierung zukünftig eine deutlich veränderte Rolle übernehmen und sich an der Entwicklung von lokalen arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungsprogrammen beteiligen sollten. Geht man davon aus, dass Arbeitslosenzahlen steigen und so die Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme aufgefüllt werden, dann sind Unternehmen jetzt in »Warteposition«. Verbessert sich nämlich die Wirtschaftslage steht ein mit staatlichen Mittel besser ausgebildetes »Arbeitslosenheer« zur Verfügung. Je größer die Zahl der BewerberInnen auf eine offene Stelle ist, desto größer ist im Regelfall auch die Vielfalt, und umso eher wird der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin seine/ihre speziellen Vorstellungen in einem/einer der BewerberInnen wiederfinden.

Arbeitslosigkeit wird aus staatlicher und wirtschaftlicher Perspektive mit »verlorenem« Konsumpotenzial ver-

WEBLINK

Homepage von Stephan Schulmeister:
stephan.schulmeister.wifo.ac.at

knüpft. Einmal sind es die sinkenden Steuereinnahmen dann die schleppende Konjunktur. Nicht Einzelschicksale spielen eine Rolle, sondern die Gesamtmenge an Arbeitslosen ist strategisch von Bedeutung.

Einerseits ist der Konsum die Zentrifuge der Rendite, andererseits kann man die Arbeitslosigkeit nicht so weit treiben, dass der Konsum verflacht, denn Arbeitslose sind keine guten KäuferInnen. Auch die Gefahr, dass zu viel Arbeitslosigkeit den sozialen Frieden, das soziale Gleichgewicht aus der Balance bringen könnte, wird das Gewissen der Jobkiller nicht »beunruhigen«, denn schon Paul. F. Lazarsfeld hat in seiner berühmt gewordenen Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal« festgestellt, dass »Arbeitslose, vor allem Langzeitarbeitslose, nicht aufrührerisch sind, sondern dass die Arbeitslosigkeit auf sie eine lähmende Wirkung ausübte und den psychologischen Raum des Arbeiters noch weiter einengte.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
fmang@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Typische Arbeitslose?

Die Risiken von Brüchen in der Erwerbsbiografie sind von Branche bzw. Arbeitsplatz so abhängig wie von persönlichen Merkmalen.

Autor: Mag. Kai Biehl

Abt. Statistiken der AK Wien

Die Frage, ob es so etwas wie »typische Arbeitslose« gibt, wird meist so verstanden – und oft auch so gemeint –, dass bestimmte Personenmerkmale die Arbeitslosen möglicherweise von den besser integrierten, in Dauerbeschäftigung befindlichen Menschen unterscheiden. Vielfach wird auch unterstellt, dass die Arbeitslosen an einer dauerhaften Beschäftigung gar nicht interessiert wären. Es steht außer Frage, dass es eine ganze Reihe von persönlichen und/oder familiären Konstellationen gibt, welche die Betroffenen aus der Sicht des Arbeitsmarktes bzw. der Institutionen des Arbeitsmarktes zu ProblemkandidatInnen macht. Die Probleme können sich schon in Form von mehr oder minder stark ausgeprägten Vermittlungsschwierigkeiten zeigen, oder aber erst später, in der Wahrscheinlichkeit sich auf einem Arbeitsplatz halten zu können. Solche problematischen Konstellationen können vorübergehende Lebensabschnitte darstellen oder aber dauerhaft bestehen.

Arbeitsplätze ohne Perspektive

Eine detaillierte Untersuchung der sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes soll jedoch nicht der Gegenstand dieses Artikels sein. Zum einen, weil sie entgegen vieler Behauptungen nicht die große Mehrheit der Arbeitslosen stellen,

und zum anderen auch, weil die meisten Menschen aus eigener Erfahrung wissen, dass es sehr wohl gelingen kann, dass Menschen auch in problematischen Konstellationen in Beschäftigung sind.

Der Fokus soll vielmehr sein, dass der Arbeitsmarkt selbst Merkmale aufweist, welche die Arbeitslosigkeit immer wieder reproduzieren. Es gibt eine Reihe von Gründen, warum nicht alle angebotenen Arbeitsplätze jahresdurchgängige Beschäftigung ermöglichen. Außerdem gibt es Arbeitsplätze, welche für die Beschäftigten keine langfristige Perspektive bieten; oft gibt es nicht einmal eine mittelfristige, weil es entweder beabsichtigt ist diese Arbeitsplätze immer wieder neu zu besetzen, oder weil die hohe Fluktuation wegen der schlechten Arbeitsbedingungen zu erwarten ist. Es ist jedenfalls festzuhalten, dass auch Arbeitsplätze problembehaftet sein können, und dass Problemkumulierungen in manchen Branchen eher die Regel als die Ausnahme darstellen.

Scheinbar träger Markt

Wenn man nur die regelmäßig veröffentlichten Arbeitsmarktkennzahlen betrachtet, ergibt sich – außer in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise – das Bild eines scheinbar ziemlich trägen Marktes: Die jahresdurchschnittlichen Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosenzahlen verändern sich im Zeitablauf nur sehr langsam. Die Veränderungen zur Vorperiode liegen meist im einstelligen Prozentbereich, oft sogar nur im Promillebereich. Mit solchen oder ähnlichen Kennzahlen wird immer wieder versucht,

das Bild eines eher rigiden Marktes zu erzeugen und irgendeine Forderung in Richtung weiterer Flexibilisierung zu untermauern.

Der österreichische Arbeitsmarkt ist aber von starken Fluktuationen geprägt. Das zeigen andere Kennzahlen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich alle auf die sozialversicherungspflichtige unselbstständige Beschäftigung, weil die Flexibilität von geringfügiger Beschäftigung und freien Dienstverträgen als bekannt vorausgesetzt werden kann.

Nach der Zählung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger gab es im Juli 2008 erstmals über 3,5 Mio. Arbeitsplätze. Allerdings waren nur etwas mehr als 2,4 Mio. davon ganzjährig von denselben Personen besetzt. Das heißt, dass etwa ein Drittel aller Arbeitsplätze im Jahresverlauf von Fluktuationen betroffen ist. Das beinhaltet einerseits Arbeitsplätze, die vom Markt verschwinden, wie auch solche, die neu besetzt werden. Als ungefähre Richtwert wird angenommen, dass in entwickelten Volkswirtschaften pro Jahr etwa zehn Prozent der Arbeitsplätze verloren gehen – und durch neue ersetzt werden.

In diesem Fall ist die Fluktuation, von Ausnahmen abgesehen, eine unvermeidlich Folge der wirtschaftlichen Dynamik. Dazu kommen Arbeitsplätze, die im Jahresverlauf (teilweise sogar mehrfach) neu besetzt werden.

Ein Viertel wechselt

Insgesamt wurden im Jahr 2008 mehr als 1,6 Mio. Beschäftigungsverhältnisse beendet. In rund einem Viertel der Fälle



Insgesamt waren 776.000 Personen im Verlauf des Jahres 2008 von Arbeitslosigkeit betroffen. Vier von zehn Betroffenen hatten sogar mehr als eine Arbeitslosigkeitsepisode in dem Jahr. Die durchschnittliche Dauer betrug knapp 15 Wochen.

gelang den Betroffenen der direkte Arbeitsplatzwechsel, und ein weiteres Viertel der Beendigungen führte in die registrierte Arbeitslosigkeit. Somit waren in knapp der Hälfte aller Fälle die von einem Arbeitsplatzverlust Betroffenen danach weder beschäftigt noch offiziell als arbeitslos registriert, das entspricht definitorisch einem zumindest vorübergehenden Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt.

Aus der Perspektive der Betroffenen wird dies aber oft ebenfalls als Arbeitslosigkeit erlebt. Ein beträchtlicher Teil des Mangels an Beschäftigungsmöglichkeiten bzw. dauerhaften Arbeitsplätzen wird aus den Statistiken der Arbeitslosen somit gar nicht sichtbar. Je nach Interessenlage wird beim Arbeitsplatzwechsel bzw. -verlust von Chancen und Risiken gesprochen. Die oben genannten Zahlen – welche sowohl insgesamt als auch in den Anteilen für andere Jahre auch als typisch gelten können – zeigen jedoch, dass für die Betroffenen die Risiken klar überwiegen.

15 Wochen arbeitslos

Die Arbeitslosenzahl lag im Jahr 2008 im Jahresdurchschnitt bei 212.000. Dieser Jahresdurchschnitt wird durch unterschiedlich lange Arbeitslosigkeitsepisoden erzeugt. Insgesamt waren 776.000 Personen im Verlauf des Jahres von Arbeitslosigkeit betroffen. Vier von zehn Betroffenen hatten sogar mehr als eine Arbeitslosigkeitsepisode in dem Jahr. Die durchschnittliche Dauer betrug knapp 15 Wochen. Etwa drei von vier Arbeitslosen waren auch im jeweiligen Folgejahr von Arbeitslosigkeit betroffen.

Es spricht wenig dafür, dass es so etwas wie typische Arbeitslose gibt, denn die Risiken von Brüchen im Erwerbsleben sind von der Branche bzw. dem konkreten Arbeitsplatz genauso abhängig wie von persönlichen Merkmalen. Zunehmend spielt auch die Biografie eine eigenständige Rolle, was die zukünftigen Erwerbschancen betrifft. Viele ArbeitnehmerInnen sind selten oder nie von Arbeitslosigkeit betroffen, während für andere die Arbeitslosigkeit ein regelmäßiger wiederkehrender Begleiter des Erwerbslebens ist.

Saisonale Schwankungen

In den Saisonbranchen ist die Zahl der Arbeitsplätze mit ganzjähriger Beschäftigung in Österreich begrenzt: In der Bauwirtschaft ist jeder zweite Arbeitsplatz von den Saisonschwankungen betroffen und im Beherbergungs- und Gaststättenwesen sogar zwei von drei. Aber auch in den wirtschaftlichen Dienstleistungen und im Bereich Kunst und Unterhaltung bieten weniger als zwei Drittel der Arbeitsplätze jahresdurchgängige Beschäftigung; im Handel sind es nur gut 70 Prozent. Für die übrigen Beschäftigten sind jährlich wiederkehrende Berufsunterbrechungen eine Begleiterscheinung der branchenspezifischen Saisonalität. Dazu kommt, dass auch Unternehmen in Branchen ohne ausgeprägte Saisonschwankungen, mehr und mehr aus Kostenüberlegungen dazu übergehen, auf Auslastungsschwankungen mit vorübergehenden Kündigungen zu reagieren.

Aus dem Blickwinkel der Betroffenen ist das Arbeitslosigkeitsrisiko allerdings

sehr ungleich verteilt. Je geringer die schulische und berufliche Qualifikation, umso mehr ist man auch mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert. 44 Prozent der Arbeitslosen des Jahres 2008 hatten lediglich einen Pflichtschulabschluss und weitere 38 Prozent eine abgeschlossene Lehre.

Prinzipiell lässt sich also feststellen, dass eine höhere Qualifikation das Risiko der Arbeitslosigkeit stark verringert. Allerdings haben PflichtschulabsolventInnen, aber insbesondere auch Personen mit Lehrabschluss oft auch genau jene Arbeitsplätze, die eine Ganzjahresbeschäftigung nicht bieten können – z. B. in der Bauwirtschaft und im Tourismus. In solchen Fällen kann nicht unterschieden werden, ob die Qualifikation tatsächlich der ausschlaggebende Faktor ist.

Ausreichend gute Arbeitsplätze

Die Arbeitslosigkeit durch eine Qualifikationsoffensive zu reduzieren kann damit letztlich nur gelingen, wenn es ausreichend gute Arbeitsplätze gibt, um die Menschen den höheren Qualifikationen adäquat zu beschäftigen. Überdies sollten es Ganzjahresarbeitsplätze sein, welche auch Perspektiven bieten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
kai.biehl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zwischen den Stühlen

Frustrierte KursteilnehmerInnen, Sparmaßnahmen, kaum soziale Absicherung und knappe Ressourcen. Viele AMS-TrainerInnen arbeiten nahe am Burn-out.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Die gute Nachricht zuerst: Zumindest punkto sozialer Absicherung wurde einiges erreicht. In einem unabhängigen Rechtsgutachten wurde vor kurzem festgestellt, dass TrainerInnen in AMS-Maßnahmen durch die Art und Weise der Beschäftigung in der Regel weder freie DienstnehmerInnen noch Werkvertragspartner sein können, sondern angestellt werden müssen. Das AMS hat seine Vergabekriterien entsprechend angepasst. Werkverträge und Ähnliches wird es nur noch in Ausnahmefällen geben.

80 Prozent Qualifizierungskurse

150 unterschiedliche Bildungsträger führen im Auftrag des AMS Schulungen für Jobsuchende durch. Der Wettbewerb um die vom AMS ausgeschriebenen Bildungsmaßnahmen ist naturgemäß groß – und läuft wie überall sonst zum Teil über den Preis. Rund 80 Prozent der AMS-Kurse sind Qualifizierungsmaßnahmen, die der fachlichen Aus- und Weiterbildung dienen (Computer- oder Sprachkurse u. ä.). Selbst in diesem Bereich ist mitunter das Lernziel durch unzureichendes Equipment und Platzmangel gefährdet. Hinzu kommen frustrierte Jobsuchende, Verständigungsschwierigkeiten mit MigrantInnen oder extrem unterschiedliches Ausgangswissen der KursteilnehmerInnen. Nicht selten besu-

chen Langzeitarbeitslose Kurse mehrmals und daher widerwillig, gesundheitlich schwer angeschlagene 57-Jährige müssen zum Bewerbungstraining usw. Theoretisch werden die Kurse vom AMS-Berater und den Arbeitssuchenden gemeinsam ausgewählt. Praktisch landet so mancher Jobsuchender dann dort, wo grad ein Platz frei ist. Überlastete AMS-BeraterInnen, System- und Organisationsmängel führen unter anderem dazu, dass ein vom AMS ausgebildeter 54-jähriger Berufsorientierungstrainer keine fixe Anstellung findet (weil er zu alt ist) – und dann vom AMS in einen Berufsorientierungskurs geschickt wird!

Im »Deppenkurs«

Fälle wie dieser – vom AMS als bedauerliche Einzelfälle bezeichnet – kommen gar nicht so selten vor. Dementsprechend sind TrainerInnen täglich mit Widerstand konfrontiert. Trainerin Helga S., 48: »Das gibt sich zwar manchmal nach kurzer Zeit, weil dann doch das Positive überwiegt – die Tage bekommen wieder eine Struktur, Kontakte, Erfolgserlebnisse etc. Trotzdem, manche TeilnehmerInnen bleiben einfach weg oder sind die meiste Zeit im Krankenstand. Oder sie sabotieren auf die eine oder andere Weise den Unterricht.« Was außerdem die Arbeit erschwert: In den meisten Kursen sind die Leute bunt zusammengewürfelt, AkademikerInnen sitzen neben HilfsarbeiterInnen, BerufsanfängerInnen neben 55-Jährigen. »Das ist rein gruppenspezifisch schon eine Herausforderung, wenn man den Leuten dann noch was beibringen soll ...«

Um ihre Arbeitswilligkeit zu beweisen, müssen Arbeitssuchende alle sechs Monate einen der Aktivierungs-Kurse besuchen. Vor diesen sogenannten »Deppenkursen« flüchten nicht wenige in die Krankheit. Wer zum dritten Mal persönliches Telefonmarketing oder Lebenslauf schreiben übt, seine Stärken und Schwächen analysiert, ist verständlicherweise nicht mehr besonders motiviert. Karl F., 61, seit fünf Jahren arbeitslos: »Zusätzlich bekommt man immer wieder vermittelt, dass ich irgendwas falsch machen muss, weil ich keinen Job finde. Und wenn ich Erfolgsmeldungen des AMS lese, frag ich mich, wer das glauben soll. So lange die Arbeitslosenzahlen nicht wirklich sinken, ist das keine Vermittlungs-, sondern eine Rotationsquote. Die Firmen stellen billigere Leute ein und zum AMS kommt dann der, der mehr verdient hat.«

Auf der Internet-Plattform für Erwerbsarbeitslose www.soned.at können Betroffene ihren Frust loswerden. So schreibt dort eine Doris: »Heute sitz ich von 12.45 bis 16.45 da rum außer Kartenspielen und mensch ärgert dich nicht am pc 5 rauchpausen sonst nix produktives ...« Die TrainerInnen sitzen zwischen den Stühlen: Sie müssen sowohl dem Leistungsdruck der jeweiligen Bildungseinrichtung als auch dem Frust und Widerstand der Arbeitssuchenden standhalten.

Supervision als Luxus

In vielen Kursen werden die TrainerInnen (und KursteilnehmerInnen) mit schwerwiegenden Problemen und Schicksalsschlägen konfrontiert. Trainerin Sabine K., 42: »Viele haben eigentlich gar nicht



Die TrainerInnen sitzen zwischen den Stühlen: Sie müssen sowohl dem Leistungsdruck der jeweiligen Bildungseinrichtung als auch dem Frust und Widerstand der Arbeitssuchenden standhalten.

die Kraft zur Arbeitssuche. Sie sind depressiv, stehen noch unter dem Schock des Jobverlustes oder sind traumatisiert, wie manche MigrantInnen, die flüchten mussten und deren Ausbildung hier nicht anerkannt wird.« So mancher Jobsuchende ist aber auch einfach froh, unter Gleichgesinnten über seine Probleme reden zu können, weil Arbeitslosigkeit überall anders stigmatisiert ist. Um einen Kurs halbwegs am Laufen zu halten, sehen sich viele TrainerInnen in die Sozialarbeiter- oder Therapeuten-Rolle gedrängt. Trotzdem ist bei den meisten Einrichtungen die früher übliche Supervision dem Sparstift zum Opfer gefallen. Diese professionelle Unterstützung müssten sich die TrainerInnen dann bei Bedarf selbst finanzieren.

Anstellung ist besser

Nach wie vor sind sehr viele TrainerInnen (noch) nicht angestellt – zum Teil durchaus freiwillig. Viele haben ein zweites Standbein, freier Coach oder TrainerIn. Katja S., 43, hat sieben Jahre mit Jobsuchenden gearbeitet: »Einen Fulltime-Job mit Fixanstellung wollte ich nie, das hätte ich unter diesen Bedingungen auf die Dauer nicht verkraftet. So hatte ich zwischen den AMS-Projekten immer wieder ein paar Wochen Pause.« Außerdem befürchten viele, bei einer Fixanstellung finanziell schlechter auszusteigen.

»Diese Mär höre ich immer wieder«, meint Anita Stavik, Sekretärin im Bereich Interessenvertretung der GPA-djp, »aber man kann in einer aktuellen Broschüre von work@education konkrete Einkommensvergleiche zwischen Angestelltenver-

hältnis und freiem Dienstvertrag nachlesen. Die Vorteile: 20 Prozent der 38,5 Stunden werden für Vor- und Nachbereitung eingerechnet, Urlaubsanspruch, fünf Tage Bildungsfreistellung etc.«

Knappe Ressourcen

So mancher fragt sich jetzt schon, woher das Geld für diese »Anstellungswelle« kommen soll bzw. wo dieses eingespart werden wird. Denn die Situation ist jetzt schon keineswegs rosig. Computer und Drucker funktionieren wochenlang gar nicht, aus Platzmangel müssen Einzelgespräche zu viert geführt werden. »Ich musste mir dann mit einer Kollegin und ihrem Klienten einen Raum teilen«, erzählt Sabine K., die schon für mehrere Bildungseinrichtungen tätig war. »Und in die Cafeteria durften wir aus versicherungstechnischen Gründen nicht gehen.«

Mit einem Zehn-Punkte-System für TrainerInnen, Zielvorgaben, Standards und Feedbackmöglichkeiten für alle TeilnehmerInnen will das AMS Qualität garantieren und gibt einen guten Teil der Verantwortung für drastische Sparmaßnahmen an die Bildungseinrichtungen weiter. AMS-Sprecherin Dr. Beate Sprenger: »Unsere Kurse wurden von den TeilnehmerInnen auf einer Skala von 1 bis 6 im Durchschnitt mit der guten Note 1,9 bewertet. In Einzelfällen verläuft vielleicht nicht immer alles optimal. Das muss man dann thematisieren. Wenn tatsächlich einmal jemand in einem ungeeigneten Kurs sitzt, dann sollte sich der Trainer oder die Trainerin an den Vorgesetzten wenden.« Selbstverständlich finden sich nicht alle TrainerInnen sofort stillschweigend mit

WEBLINK

Mehr Infos unter:
www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_4.5

der Situation ab, wenden sich zum Teil sogar direkt an die AMS-BetreuerInnen. Sabine: »Nur wenn du dann jedes Mal hörst, tut mir leid, aber das geht eben nicht anders, mir sind die Hände gebunden, dann gibst du's irgendwann auf und versuchst eben, das Beste daraus zu machen.« Einen formellen, direkten Draht zum AMS, ähnlich wie jener für die KursteilnehmerInnen in Form der Feedbackbögen, gibt es für TrainerInnen nicht. Die guten Noten für das AMS können sich viele Jobsuchende leicht erklären: »Nach mehreren Wochen gemeinsam im Kurs kennt man schließlich die Schrift der TeilnehmerInnen. Von Anonymität kann da keine Rede sein.« Theoretisch kann die Bewertung auch online auf der AMS-Website erfolgen. Tatsächlich werden, so eine Trainerin »die Bögen vorzugsweise dann ausgeteilt, wenn die Stimmung in einem Kurs gerade gut ist.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
afadler@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Am »Arbeitsstrich«

Es gibt noch immer Tagelöhner. Sie kommen aus Polen und Rumänien. Tag für Tag bieten sie ihre Arbeitskraft auf der Straße an.

Autor: Dr. Konrad Hofer

Soziologe

Vor kurzem meldete sich bei mir ein ARD-Redakteur, der eine Dokumentation über den »Arbeitsstrich« machen will, ein Phänomen, das es seinen Angaben zufolge so nur in Wien geben würde. Nirgendwo sonst würden sich Männer am helllichten Tag auf die Straße stellen und damit Arbeitsbereitschaft signalisieren. Ein paar Tage später bat mich »Arbeit & Wirtschaft« um einen Artikel zum »Arbeitsstrich«. Da ich mich mit diesem Thema in letzter Zeit nur am Rande beschäftigt habe, begab ich mich, um mir einen aktuellen Überblick zu schaffen, in die Herbststraße. Dort hatte sich Ende der 80er-Jahre der »Arbeitsstrich« rund um das damals größte Arbeitsamt Österreichs etabliert. Rund 200 Männer und einige Frauen, überwiegend aus Polen, standen damals täglich am Straßenrand und hofften auf einen Job. Auch ich stellte mich damals als »Rumäne« auf die Straße und machte viele Erfahrungen, die ich im Buch »Arbeitsstrich – Unter polnischen Schwarzarbeitern« 1992 veröffentlicht habe. Heute steht das rundum erneuerte Bürogebäude in der Herbststraße leblos da. An den beiden Ecken des Komplexes setzen an diesem sonnigen Freitagmittag rund zwanzig Männer die alte Tradition des Arbeitsstriches fort.

Noch am gleichen Tag suche ich den zweiten »Arbeitsstrich« auf, der inzwischen dem in der Herbststraße den Rang abgelaufen hat. Er befindet sich in der Triester-

straße stadtauswärts, unmittelbar vor einem großen Baumarkt. Gleich doppelt so viele potenzielle Schwarzarbeiter wie in der Herbststraße stehen hier am Straßenrand. Ihre meist privaten Auftraggeber besorgen sich im Baumarkt Werkzeug und Material, und gleich um die Ecke wählen sie die entsprechenden Handwerker und Hilfskräfte aus. Kein Wunder, dass sich gerade hier ein neuer »Arbeitsstrich« entwickeln konnte.

Lokalausweis

Ein eisiger Wind weht durch die Herbststraße, dennoch stehen rund zwei Dutzend Männer an den verschiedenen Kreuzungen. Ich geselle mich zu einer Gruppe von acht Männern, stelle mich kurz vor und frage, ob jemand Deutsch spricht und sich mit mir unterhalten will. Kaum miteinander ins Gespräch gekommen, laufen meine Gesprächspartner plötzlich weg. Ich schaue auf und erkenne weit entfernt einen Streifenwagen, der sich nähert. Zwei Männer winken mir, ihnen zu folgen. Sie haben keine Lust kontrolliert zu werden, obwohl sie sich ausweisen können. Wenn sie in der Herbststraße ihre Papiere zeigen müssen, ist dies mit einer Strafe von sieben Euro verbunden. Deswegen ziehen sie sich lieber in die Seitengassen zurück. Die Verwaltungsstrafe, das erfahre ich später, wird ihnen wegen »Störung der öffentlichen Ordnung« verhängt.

Nach einer kurzen Runde um den Häuserblock gelangen wir zum Ausgangspunkt zurück. Meine Gesprächspartner kommen aus Rumänien und Serbien, sie halten sich bereits ein halbes bis eineinhalb Jahre in Österreich auf. Alle verfügen

über eine Schlafgelegenheit bei Verwandten, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben. Für die Lebenshaltungskosten braucht der 35-jährige Samel € 500,- pro Monat, alles was er darüber hinaus verdient, schickt er seiner Familie in Rumänien, wo seine Frau mit dem 16-jährigen Sohn lebt.

In Rumänien liegt der Durchschnittslohn bei 200 €. Dieses Einkommen reicht nicht aus, um sich eine Zukunft aufzubauen. Ein 24-jähriger Mann erzählt: »Wenn ich in Rumänien arbeite, kann ich mir nichts leisten und muss immer bei meinen Eltern wohnen. Wenn du eine eigene Familie gründen, ein Haus bauen und ein Auto kaufen willst, musst du nach Österreich oder sonst wohin. Ich bin hierher gekommen, weil meine Tante hier wohnt, und ich ein halbes Jahr in einer Firma arbeiten konnte. Leider hat mir der serbische Chef in den letzten zwei Monaten kein Geld bezahlt, und so habe ich dort aufgehört und versuche seither so Arbeit zu finden. Ein-, zweimal die Woche bekomme ich einen Job.«

»Arbeiten nicht Zapzarap«

Ein anderer, der frühmorgens eine Dose Bier in der Hand hält, beschwert sich: »Wir wollen hier arbeiten und nicht Zapzarap machen. Wir stellen uns in der Kälte auf die Straße, weil wir ehrliche und fleißige Leute sind. Leider gibt es für uns keine legale Arbeit. Das verstehen wir nicht. Wir leben alle in der EU. Gehört die Türkei zur EU? Gehört China zur EU? Gehört Afrika zur EU? Die dürfen hier arbeiten, aber wir nicht. In Italien dürfen wir arbeiten, in Spanien, in Finnland und

DBI
 in die
 mehr wollen.



Gleich doppelt so viele potenzielle Schwarzarbeiter wie in der Herbststraße stehen hier am Straßenrand. Ihre meist privaten Auftraggeber besorgen sich im Baumarkt Werkzeug und Material, und gleich um die Ecke wählen sie die entsprechenden Handwerker und Hilfskräfte aus.

Dänemark, aber sonst nirgendwo. Erst 2011 wird es für uns erlaubt sein, normal in Österreich zu arbeiten, bis dahin müssen wir schwarz arbeiten.«

Ein rund 40-jähriger Mann aus Polen, den ich am nächsten Tag treffe, erzählt: »Ich bin Elektriker, ich kenne eine Firma, die mich sofort aufnehmen würde, aber leider bekomme ich keine Beschäftigungsbewilligung. In der Zeitung habe ich gelesen, dass Schwarzarbeit die Wirtschaft ruiniert. So ein Blödsinn. Wir arbeiten schnell und billig. Wenn eine Firma ein Haus baut, arbeitet einer und zwei schauen zu, das ist sehr teuer. Viele Österreicher können sich keine Firma leisten, sie wären ruiniert, wenn sie uns nicht hätten. Wenn ich für Österreicher arbeite, vereinbare ich eine Pauschale, wenn ich für andere arbeite, rechne ich nach jedem Arbeitstag ab, weil ich sonst kein Geld bekomme.

Wir verlangen für eine Stunde acht bis zehn Euro, je nach dem was zu tun ist. Für weniger arbeiten wir nicht. Wir leben hier, zahlen für Wohnung und Essen. In der Triesterstraße stehen fast nur Rumänen, die arbeiten sogar für vier Euro pro Stunde. Die können nichts, können nur einfache Arbeiten machen, wie Gipsplatten in den 4. Stock tragen.«

Hoffnung auf 2011

Aus diesen und ähnlichen Gesprächen lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

■ Der »Arbeitsstrich« ist männlich. Die Männer sind zwischen 20 und 45 Jahre alt und kommen gegenwärtig überwiegend aus Rumänien, aber auch aus den anderen EU-Staaten Osteuropas.

■ Auf den »Arbeitsstrich« sind vor allem unqualifizierte Arbeiter und Neuankömmlinge angewiesen. Qualifizierte Facharbeiter und Allroundkräfte, die schon länger hier sind, verfügen meist über gute Kundenkontakte. Alle haben ein Handy, über welches sie Arbeitsaufträge lukrieren. Einige Facharbeiter stellen sich manchmal bei einer Auftragspause kurz auf den »Arbeitsstrich«.

■ Alle sehnen das Jahr 2011 herbei, dann wird der Arbeitsmarkt in Österreich für die neuen EU-BürgerInnen geöffnet. Vor allem Facharbeiter geben an, bereits Zusagen für normale Arbeitsverhältnisse zu haben. Bis dahin arbeiten sie schwarz und versuchen, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern.

■ Die Schwarzarbeiter vom »Arbeitsstrich« sehen nicht ein, warum Menschen aus Nicht-EU-Ländern in Österreich im Vergleich zu ihnen bevorzugt werden. Einige führen ihren katholischen Glauben an, der ihnen in Österreich ein Vorzugsrecht vor Menschen mit anderen Religionsbekenntnissen einräumen sollte.

■ Schwarzarbeiter aus Polen sehen sich als Avantgarde. Sie haben den »Arbeitsstrich« etabliert und fühlen sich im Vergleich etwa zu den Rumänen sehr gut qualifiziert.

■ Österreich liegt derzeit, was die Arbeitslosenrate im EU-Vergleich anlangt, hinter den Niederlanden auf Platz zwei. Schwarzarbeiter registrieren das ganz genau. Sie ziehen daraus den Schluss, es mit ihrem Zielland gut getroffen zu haben und sind

WEBLINK

IQUAL – Institut für qualitative Arbeits- und Lebensweltforschung:
iqual.rokell.com

voll des Lobes über die gute Wirtschaftspolitik unseres Landes.

■ In ihren Herkunftsländern verdienen sie im Durchschnitt vier- bis fünfmal weniger als in Österreich, die Preise vieler Waren unterscheiden sich jedoch kaum von unseren. Ihrem politischen System stellen sie durchwegs schlechte Noten aus.

■ Von der freien Arbeitsplatzwahl im Jahr 2011 werden vor allem diejenigen Schwarzarbeiter profitieren, die sich bereits jetzt in Österreich aufhalten und aufgrund ihrer guten Kontakte normale Arbeitsverhältnisse begründen werden können. Der »Arbeitsstrich« erfüllt für Neuankömmlinge eine wichtige Funktion. Über ihn kann sich eine langfristige berufliche Perspektive in Österreich entwickeln, eine Garantie dafür gibt es allerdings nicht.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
konrad_hofer@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Krisenregion Waldviertel

Ließe man den Reichtum in der Region, sagen KennerInnen des Waldviertels, könnte man sich selbst Fördergelder sparen.

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Mit Erica aus Bratislava geht die Besucherin aus Wien Milch holen. Zwei Liter, frisch von der Kuh, ein Euro. Erica wohnt hier, zwei Wochen pro Monat, sie betreut die alte Nachbarin, 24 Stunden, Tag und Nacht. Erica genießt hier Respekt, im kleinen Zeilendorf an der Lainitz, 90 km östlich von Linz, 150 km westlich von Wien, 20 km südlich von der Grenze zur Tschechei. Die Kanne der Besucherin, sagt die Bäuerin, etwa im Alter der betreuten Nachbarin, die Kanne hat innen einen Fleck. Die Pflegerin beschwichtigt, die Milch wird eingefüllt. Mit heftigem Hin und Her des Zeigefingers rettet die Slowakin gleich wieder die Lage. Man gibt nicht zwei Euro, wenn es einen geheißten hat. Im Waldviertel, heißt es, gehen die Uhren anders.

Das Waldviertel?

»Die Region gilt als strukturschwach, wirtschaftlich benachteiligt, wegen der Grenze, sagt man: Vor 1989, weil sie geschlossen war, danach, weil sie offen ist. Dabei war es seit mindestens 200 Jahren die Abhängigkeit von Zentralräumen, die das Waldviertel schwächte und es immer noch tut«, schreibt Karl A. Immervoll, seit 1983 Betriebsseelsorger im Oberen Waldviertel in einem Aufsatz.

Die Zahlen sind alarmierend: Von den vier Bezirken Niederösterreichs mit stärks-

tem Anstieg an vorgemerkten Arbeitslosen des Monats September liegen drei im Waldviertel: Gmünd (+24,8 Prozent), Zwettl (+13,7 Prozent) und Waidhofen/Thaya (+12,8 Prozent). »Die 1.800 neuen Arbeitsplätze, die für das Waldviertel in den letzten zwei Jahren zusätzlich geschaffen worden sind, gibt es nicht«, kommentierte der SP-Bundesrat Karl Boden die Situation. Es seien statistische Zahlenspielerien. Die Einkommen der Region liegen unter dem niederösterreichischen Durchschnitt, weitere Abwanderungswellen sind nicht auszuschließen.

»Für das Waldviertel als **periphere** Region Österreichs können mehrere Probleme konstatiert werden«, heißt es in der Studie der AK-Niederösterreich »Waldviertel: Alles gleich, oder doch verschieden?«, die Ende Oktober in Schrems vorgestellt wurde. Eines der zentralsten Themen ist der Bevölkerungsrückgang, der seit 1951 zu verzeichnen ist. »Vor allem Perspektivenlosigkeit als Kombination aus mangelnden Jobaussichten und Ausbildungsmöglichkeiten haben zu diesem Schwund geführt«, konstatiert Studienautor Jürgen Figerl.

Regionalwährung

Im Korb des Pfarrcafés, das nach der Sonntagsmesse in Heidenreichstein veranstaltet wird, liegen Münzen, Euroscheine und lila und grüne Scheine: »Der Waldviertler«. Im Jänner 2005 war die Regionalwährung von einer kleinen Gruppe engagierter Waldviertler, darunter der Betriebsseelsorger Karl A. Immervoll und der nunmehrige Betreiber der Schuhfabrik Gea in Schrems, Heini Stau-

dingler, ins Leben gerufen worden. Derzeit werden neue Scheine gedruckt, Zentrum der Neuauflage ist Heidenreichstein, wo an der lokalen Volksbank die Rechengeschäfte abgewickelt werden. Die Idee dahinter: Das Abfließen des Geldes zu verhindern und die lokale Wirtschaft zu fördern. Ähnlich wie im Tiroler Wörgl 1932 die Krise durch das »Freigeld« erfolgreich bekämpft werden konnte, hofft man auch in Heidenreichstein, mit dem Gutscheinsystem das Monopol des herrschenden Geldes zu brechen.

Ausbeutung

»Ich behaupte: Das Waldviertel wird systematisch beraubt«, sagt Karl A. Immervoll, der vom Orgelspiel während der Messe ins Pfarrcafé kommt. »Als erstes geht das Geld weg, als zweites die Arbeitsplätze und als drittes die Leute.«

Verstärkt wird diese Tendenz durch die Konzernbetriebe und Großmärkte. Nach einer vorsichtigen Kalkulation bedeutet das für eine Kleinstadt wie Heidenreichstein (mit knapp 5.000 EinwohnerInnen) und deren Umland jährlich mindestens zwölf Mio. Euro, Geld, das nicht annähernd zurückfließt, meint Karl A. Immervoll.

Auffallend ist die hohe Anzahl der geringfügig Beschäftigten in Horn, vermerkt die erwähnte AK-Studie. Warum gerade hier? »Weil es in Horn ein riesiges Einkaufszentrum gibt«, sagt Karl A. Immervoll. »Wo alle aus dem Waldviertel hinfahren. Riesige Mengen an Geld werden hingetragen, ohne dass Arbeitsplätze entstehen.« Auch die verkauften Produkte kommen nicht aus der Region.

»Ich behaupte: Das Waldviertel wird systematisch beraubt«, sagt Karl A. Immervoll, der vom Orgelspiel während der Messe ins Pfarrcafé kommt. »Als erstes geht das Geld weg, als zweites die Arbeitsplätze und als drittes die Leute.«

»Was derzeit durch die Mechanismen der neoliberalen Marktwirtschaft dem Waldviertel täglich an Geld verloren geht, kann niemals durch Förderungen ausgeglichen werden«, meint der **Pastoralassistent**, der mit Arbeitslosen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen in der Region viele Projekte initiiert hat, von der Eggenburger Lehrwerkstätte, der **Heidenreichsteiner Arche** bis zu Waldviertel: Arbeit und Integration. In den 27 Jahren seiner Arbeit im Oberen Waldviertel sind so mehr Arbeitsplätze entstanden als etwa in einem mittleren Betrieb.

Hier ticken die Uhren anders

So zum Beispiel die Schuhfabrik Gea in Schrems, die vor 25 Jahren mit Fördermitteln des damaligen Sozialministers Alfred Dallinger als Initiative für Arbeitslose entstanden war. Die hier produzierten Schuhe haben »10.000 Kilometergarantie«. »Eines Tages werden wir merken, dass Arbeit und gute Produkte einen realen Nutzen und einen Wert haben«, sagt der alternative Unternehmer Heini Staudinger. Zusammengearbeitet wird mit Firmen in Tschechien und Ungarn. Rund zwei Drittel der Arbeit an einem Schuh werden im Waldviertel geleistet.

Die Schuhwerkstatt ist eine der vielen Initiativen aus der »Blütezeit« des Waldviertels, den 80er-Jahren. »Autobusweise sind damals die Leute hergekommen, um die vielen Sozialinitiativen kennenzulernen. Hier gab es die ersten Berufsorientierungskurse, die ersten Arbeitsloseninitiativen und die ersten Selbstverwaltungsbetriebe, erinnert sich Karl A. Immervoll.

Derzeit wird von der Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel in Zusammenarbeit mit ÖGB und AK unter dem Titel »Was möchtest du von Herzen gerne tun?« eine neue Aktion gestartet. »Denn ich erlebe, dass die Arbeitslosen bemüht sind, einen Arbeitsplatz zu finden, koste es was es wolle. Bei vielen müsste man aber sagen: Vergiss es, du bekommst keinen Arbeitsplatz in dem System.« Vor allem Menschen mit einfacherer Bildung fallen heraus. »Dabei sind das Menschen mit Fähigkeiten, die so verloren gehen«, sagt Karl A. Immervoll. So haben etwa sämtliche Vereine im Waldviertel mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen. »Aber wer wird sich ehrenamtlich engagieren, wenn er sich die Existenz nicht leisten kann?«

Im Waldviertel ticken die Uhren anders: In Zeiten der Hochkonjunktur wird es als letztes, in Zeiten der Krise als erstes erfasst. Interessant, so belegt die Studie der AK-Niederösterreich, dass sogar in früheren, konjunkturell guten Zeiten (2005 bis 2007) in der Region Gmünd und Waidhofen an der Thaya die sogenannten **Stellenandrangsziffern** gestiegen waren. Die Arbeitslosenquote in den beiden Bezirken war im Zeitraum 2000 bis 2008 um zwei bis drei Prozentpunkte höher als in Restniederösterreich.

Seit Anfang September gibt es in der Region einen mobilen Sozialmarkt. Als politisches Programm etwas dürftig, meinen die Leute aus der Umgebung.

Ein gutes Leben ist möglich

Im Oberen Waldviertel wird es demnächst nicht nur die neu gedruckten Scheine der Waldviertler Regionalwäh-

W E B L I N K S

Studie der AK-Niederösterreich über die aktuelle Situation im Waldviertel:
noe.arbeiterkammer.at/online/waldviertel-51027.html
 Waldviertler Alternativen
www.waldviertler-alternativen.at

rung mit dem Slogan »Ein gutes Leben ist möglich« geben. Mit einer eigenen Netzwerkstatt sollen die einzelnen Initiativen noch besser miteinander kommunizieren.

Arbeitsmarkt öffnen

Mit einem Pilotprojekt, das von der Fachhochschule St. Pölten begleitet wird, soll ein soziales Netzwerk entstehen, um die von Arbeitslosigkeit und Armut bedrohten Familien zu stützen.

Ganz dringend bedürfe es einer Öffnung des Arbeitsmarktes für Bereiche, die nicht dem ökonomischen Zwang unterworfen sind, meint Karl A. Immervoll. »Denn der sogenannte erste Arbeitsmarkt hat weder die Kapazität noch den Willen, für alle Platz zu machen.«

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Bildung schützt

*Je besser gebildet, desto geringer das Risiko der Arbeitslosigkeit.
Klingt einfach, ist es aber nicht.*

Autorin: Mag. Petra Völkerer

Mitarbeiterin der Abteilung Bildungspolitik
der AK Wien

Der Arbeitsmarkt als Sorgenkind: Schon vor Ausbruch der Finanzkrise im September 2008 sagte die OECD in ihren Mitgliedsstaaten für das Jahr 2009 einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen voraus. Seit Ausbruch der Krise ist noch viel weniger abzusehen, wie sich die Wirtschaft und somit auch die Arbeitsmärkte entwickeln werden. Doch eines scheint unbestritten: Für viele Gruppen, wie etwa IndustriearbeiterInnen, Ältere und MigrantInnen, erhöht sich das Risiko, längerfristig erwerbsarbeitslos zu werden, drastisch.

Schlüssel Qualifizierung

Umso interessanter ist die Frage, wie dem Risiko der Arbeitslosigkeit sinnvoll entgegengewirkt werden kann. In Österreich, wie in den meisten westlichen Industrieländern, werden Qualifizierungsmaßnahmen als ein entscheidendes Mittel angesehen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen bzw. in Beschäftigung zu halten. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass (Weiter-)Bildung und Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit schützt. Ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen scheint diese Annahme zu bestätigen: Es gibt also einen starken Zusammenhang zwischen der höchsten abgeschlossenen Schulbildung und dem Risiko arbeitslos zu werden. Die Daten für den September dieses Jahres weisen ein

Geschlecht	Ausbildung kategorisiert (6)	AL-Quote
Männer	Pflichtschulausbildung	17,3
	Lehrausbildung	5,1
	BMS	3,2
	AHS	4,1
	BHS	4,3
	Akadem. Ausbildung, FH	2,5
Frauen	Pflichtschulausbildung	14,4
	Lehrausbildung	5,8
	BMS	3,2
	AHS	3,4
	BHS	4,1
	Akadem. Ausbildung, FH	2,5

beinahe siebenmal so hohes Arbeitslosigkeits-Risiko für Männer mit Pflichtschulabschluss aus als für jene mit akademischer Ausbildung, Universität oder Fachhochschule. Frauen mit Pflichtschulabschluss haben zwar ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko als Männer gleicher Qualifikation, ihre Lehrabschlüsse führen hingegen häufiger in die Arbeitslosigkeit (5,1 Prozent Frauen, 5,8 Prozent Männer). Aber egal, ob Mann, ob Frau: Je höher der Bildungsabschluss, umso geringer ist das Risiko arbeitslos zu werden.

Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt seit Ausbruch der Finanzkrise mit in Betracht gezogen werden: So ging die Beschäftigung bei den PflichtschulabsolventInnen in Österreich um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Bei den Hochqualifizierten hingegen stieg die Beschäftigung im Vergleichszeitraum

ebenso um 6,8 Prozent an. Folgt daraus, dass verstärkte Aus- und Weiterbildung ein Königsweg ist, Arbeitslosigkeit zu beseitigen? Und dass, wie es die Humankapitaltheorie behauptet, die unzureichend (aus-)gebildeten Arbeitskräfte für das Risiko der Arbeitslosigkeit selbst verantwortlich sind? Dazu gibt es eine Reihe von Einwänden. Beginnen wir am Anfang, bei der Schule.

Bildungsvererbung

Vielfach wird angenommen, dass der erreichte Bildungsabschluss einen geeigneten Maßstab für Ehrgeiz und Leistung des oder der Einzelnen darstellt. In Österreich werden Bildungsabschlüsse jedoch im höchsten Maße vererbt, das heißt der Bildungsabschluss sagt in erster Linie etwas über die Herkunft, über armes oder reiches, bildungsnahes oder bildungsfernes

Schlussendlich stellt das »lebenslange Lernen« die/den Einzelne/n zunehmend vor einen Widerspruch: Zwar ständig aufgefordert zu werden, immer länger zu lernen, bei gleichzeitig immer ungewisser werdenden Ziel und Nutzen dieses Lernens.

Elternhaus aus. Auswertungen des EU-SILC belegen eine enge Verknüpfung von Bildungsressourcen der Eltern mit den Bildungsentscheidungen und Erwerbschancen der Kinder und zeigen eine deutliche Armutsspirale für bildungsferne Haushalte auf. Somit setzt sich auf dem Arbeitsmarkt eine Entwicklung fort, die viel früher begonnen hat, nämlich mit der Geburt in ein entsprechendes Elternhaus.

LLL: vom Faktum zur Forderung

Aller Bildungsvererbung zum Trotz: »Lebenslanges Lernen« ist seit jeher ein Faktum: ArbeitnehmerInnen lern(t)en schon immer am Arbeitsplatz, sei es, um neue Produktionsmethoden anwenden zu können oder um ihnen geläufige Produktionsschritte effizienter zu gestalten. Schon 1962 hat der Ökonom **K. J. Arrow** den Begriff des »Learning by Doing« geprägt. Doch dieses Lernen war zielgerichtet.

Die heute globalisierte und zunehmend dynamische Wirtschaft erfordert hingegen häufige Berufs- und/oder Qualifikationswechsel: Ein immer größerer Teil der Gesellschaft wird von diesen Veränderungsprozessen ergriffen, die es erschweren, konkrete Lern-/Qualifikationsziele festzumachen. »Lebenslanges Lernen« wird so vom Faktum zur Forderung: Der Forderung nach der Bereitschaft, sich auf gänzlich neue Tätigkeiten umzustellen, sich auf neue Berufe einzulassen. Dabei entstehen aber neue Problemgruppen, wie Rudolf Tippelt, Professor für Erwachsenenbildung an der Universität München, herausstreicht, etwa bei jenen, bei denen der »Imperativ des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens in unversöhnlichem Wi-

derspruch zu eigenen vorwiegend negativen Lernerfahrungen in Schule und Ausbildung steht.« Beschäftigungszahlen allein sagen noch nichts darüber aus, ob die ArbeitnehmerInnen gemäß ihrer Qualifikation beschäftigt werden. Im Laufe der letzten Jahre ist eine zunehmende »überqualifizierte« Beschäftigung festzustellen: Was bis vor wenigen Jahren bspw. Aufgaben und Jobs für HAK-AbsolventInnen waren, wird nun immer häufiger von AbsolventInnen eines Betriebswirtschaftsstudiums erledigt. Die Bezahlung entspricht jedoch immer noch der eines/r HAK-AbsolventIn. Denkt man diese Entwicklung konsequent weiter, zeigt sich: Wenn Personen mit Lehrabschluss immer öfter in Hilfstätigkeiten zu finden sind, dann bleibt für jene mit Pflichtschulabschluss keine Beschäftigung mehr übrig; Unternehmen profitieren von besseren Abschlüssen, ohne dafür zu zahlen. Die Bildungsanstrengung der Einzelperson kann nicht Beschäftigung durch »lebenslanges Lernen« erreichen und sichern. Auf individueller Ebene wirkt sie eher als ein Signal gegenüber ArbeitgeberInnen und verbessert die eigene Position im Wettbewerb um Arbeitsplätze. Dementsprechend werden neben der Humankapitaltheorie andere Theorien wie die **Signaltheorie** und die **Arbeitsplatzwettbewerbs-Theorie** vertreten.

Den bedeutenderen Einfluss auf die Beschäftigung und somit auf die Wirkung der Bildungsanstrengungen haben die Unternehmen und ihre Investitionsentscheidungen in Finanz- oder Sachkapital bzw. in Arbeitskräfte, für sie: »Humankapital«. Im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Konzepts der »Wissengesellschaft« wird argumentiert, dass Investitionen in

die Qualifikation der Beschäftigten Wachstum und damit mehr Beschäftigung erzeugen. Diese Botschaft scheint jedoch noch keineswegs im ausreichenden Maß bei den Unternehmen angekommen zu sein. Wie sonst ist es zu erklären, dass Weiterbildung zwar, wie eine von der AK beauftragte Untersuchung erwiesen hat, hohe Produktivitätszuwächse und Erträge bringt, dennoch aber die Hälfte der Unternehmen in Österreich gar nicht in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investiert?

Fazit

Schlussendlich stellt das »lebenslange Lernen« die/den Einzelne/n zunehmend vor einen Widerspruch: Zwar ständig aufgefordert zu werden, immer länger zu lernen, bei gleichzeitig immer ungewisser werdenden Ziel und Nutzen dieses Lernens. Hier sind die Unternehmen, aber vor allem der Staat gefordert: Unternehmen, indem sie ihre Verantwortung für die Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen wieder verstärkt übernehmen, und der Staat, indem er seinem bildungs- und sozialpolitischen Auftrag umfassend für alle Lebensphasen – »von der Wiege bis zur Bahre« – ungeachtet der sozialen Herkunft seiner BürgerInnen nachkommt.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
petra.voelkerer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Krank und antriebslos?

Erwerbslosigkeit kann die Gesundheit gefährden, psychische und körperliche Probleme nehmen deutlich zu. Einzelne Projekte helfen, greifen aber zu kurz.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Jobverlust ist für viele – unabhängig von ihrer Arbeitseinstellung – erst mal ein Schock. Hinzu kommt später meist Geldmangel, der irgendwann dazu führt, dass man mit Freunden und Bekannten nicht mehr mithalten kann, das Gefühl, irgendwas falsch zu machen oder nicht mehr gebraucht zu werden. Das sind nur einige der unangenehmen Aspekte von Arbeitslosigkeit. Und was kränkt, das macht irgendwann krank.

Scham macht krank

Die Liste lässt sich fortsetzen, die gesellschaftliche Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit – eigentlich Erwerbslosigkeit – macht alles noch schlimmer. Viele Betroffene schämen sich. Dieser Stress führt unter anderem dazu, dass Erwerbslose mehr als doppelt so häufig an psychischen Störungen leiden wie Erwerbstätige. Nach einer Studie der Europäischen Kommission bestehen in fast allen EU-Ländern und den USA signifikante Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und erhöhter Herz-Kreislauf-Mortalität sowie Suizidraten. Die Frage, ob diese Zahlen dadurch entstehen, dass so mancher eben aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos wurde, ist mit Hilfe entsprechender Studien geklärt: Erwerbslosigkeit ist ein Risikofaktor. Wie stark die Belastung tatsächlich ist, wurde unter anderem an der

Arbeitsmedizinischen Ambulanz der MedUni Wien vier Jahre hindurch an mehr als 300 Jobsuchenden (darunter zwei Drittel Langzeitarbeitslose) untersucht. Es zeigte sich, dass bereits nach sechs Monaten Erwerbslosigkeit der Alkoholkonsum drastisch zunimmt, Blutdruck und Gewicht unabhängig von Alter und Geschlecht ansteigen, während die körperliche Leistungsfähigkeit sinkt. Der Stress-Indikator Cortisol im Blut stieg im Laufe des Untersuchungszeitraums deutlich an. Dr. Evelyne Wohlschläger, Co-Autorin der Untersuchung: »Vielfach fördert Arbeitslosigkeit die Ausprägung von Konfliktmustern, die ohne aktive und professionelle Intervention von den Betroffenen nur sehr schwer zu durchbrechen sind.«

Frustration und Resignation führen zu Veränderungen im Ernährungs- und Bewegungsverhalten, Aktivitäten werden eingeschränkt. So sind 43 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen körperlich aktiv, aber nur 29 Prozent der erwerbslosen Frauen. Bei den Männern ist dieser Effekt weniger ausgeprägt. Sozialer Rückzug und sinkende Aktivität über längere Zeit können körperliche und psychische Probleme verursachen bzw. verstärken. Das Ganze ist ein Teufelskreis, der bei Menschen, die wegen einer Krankheit den Job verloren haben, besonders deutlich ist.

Messbare Erfolge

Mit einem speziellen Interventionsprogramm wurde versucht, den Belastungen durch die Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken: körperliches Training dreimal pro Woche, Ernährungs- und Suchtberatung,

Coaching mit Potenzialanalyse etc. Nach drei Monaten war der Blutdruck bei allen Belastungsstufen in der Interventionsgruppe deutlich niedriger als in der Kontrollgruppe. 95 Prozent fühlten sich besser als vorher, der Medikamentenverbrauch sank. Acht Monate danach hatten die Teilnehmer des Gesundheitsprogramms dreimal häufiger eine neue Anstellung gefunden als die Personen der Vergleichsgruppe.

Projekt (F)itworks

Ähnlich gute Erfolge verzeichnete ein zweijähriges Modellprojekt zur Gesundheitsförderung Arbeitssuchender mit rund 1.000 TeilnehmerInnen der Schulungsgruppen der Personalservice GmbH itworks (gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung).

Das Projekt (F)itworks startete 2007 in Zusammenarbeit mit dem AMS, der Wiener Gebietskrankenkasse und einigen Gesundheitseinrichtungen. Gesundheitskurse und -sprechstunden, Gesundheitstage mit Schnupperangeboten kamen bei der Mehrzahl der TeilnehmerInnen sehr gut an. Vor dem Projekt hatten 70 Prozent der Männer und 84 Prozent der Frauen körperliche (z. B. Kopf- oder Kreuzschmerzen) oder psychische Probleme (Schlaflosigkeit, Unruhe, Depressionen). Danach fühlte sich die Mehrheit ausgeglichener, weniger verspannt, Probleme wie Kreuzschmerzen waren deutlich reduziert. 91,4 Prozent der anonym Befragten bezeichneten die Gesundheitskurse als sehr gut. Itworks plant, einen Großteil der Angebote weiterzuführen.

In einer großen Metaanalyse über die psychosozialen Folgen von Arbeitslosigkeit

Sozialer Rückzug und sinkende Aktivität über längere Zeit können körperliche und psychische Probleme verursachen bzw. verstärken. Das Ganze ist ein Teufelskreis, der bei Menschen, die wegen einer Krankheit den Job verloren haben, besonders deutlich ist.

keit haben Wissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg festgestellt, dass nach rund neun Monaten ohne Job das Maximum der Belastung erreicht ist. Danach setzt häufig eine Verbesserung und Stabilisierung ein. Über die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit über mehr als 2,5 Jahre, wo sich auch bei finanziell besser Gestellten der Geldmangel bemerkbar machen dürfte, gibt es noch zu wenig Datenmaterial. Wie man nach dem ersten Schock über den Jobverlust mit der neuen Situation umgeht, ist von entscheidender Bedeutung. Wem es gelingt, das Mehr an Zeit positiv zu nützen, der wird in jeder Hinsicht weniger Probleme haben. Mag. Maria Hintersteiner untersuchte in ihrer Diplomarbeit¹ die Lebensgestaltung Erwerbsloser.

Die Arbeitslosen von Marienthal

Weltbekannt ist die 1933 entstandene Erhebung von Marie Jahoda, Hans Zeisel und Paul Lazarsfeld »**Die Arbeitslosen von Marienthal**«. Betroffene konnten das Übermaß an freier Zeit nicht nützen, alles verlangsamte sich, das Interesse an Kultur, Politik und gemeinsamen Aktivitäten ging deutlich zurück. Dieses überwiegend triste Bild war vermutlich schon damals nicht wirklich repräsentativ. Denn – so gaben auch Jahoda und Lazarsfeld zu bedenken – die aktiven, positiver eingestellten Menschen hatten wahrscheinlich schon davor mit der ersten Auswanderungswelle den Ort verlassen. Dementsprechend fand Maria Hintersteiner in ihrer aktuellen Ar-

¹ Erfahrungshorizonte bei Tätigkeiten Erwerbsarbeitsloser unter Einschluss von Muße

beit, dass Menschen ganz unterschiedlich mit Erwerbslosigkeit umgehen. Rund ein Drittel beginnt relativ rasch, die gewonnene Zeit zu nutzen, ja sogar zu genießen. Sie engagieren sich sozial, kulturell oder politisch, werden künstlerisch tätig etc. Die zweite Gruppe versucht, die positiven Seiten zu sehen, setzt aber den Fokus auf Jobsuche und Weiterbildung. Der Rest ist voll auf die Erwerbsarbeit konzentriert, fühlt sich für die Arbeitslosigkeit verantwortlich und sucht verzweifelt nach einem Job. Hier stimmt der Eindruck mit den Ergebnissen der Metaanalyse der Uni Erlangen überein: Am meisten leiden jene, für die Arbeit einen besonders hohen Wert hatte.

Phasen der Depression oder Untätigkeit kommen zwar immer wieder vor. »Während der Arbeitslosigkeit war mein Haushalt unordentlicher als je zuvor«, ist nur eines der typischen Zitate. Doch es ist keineswegs unausweichlich, dass Erwerbslose krank, übergewichtig, depressiv und antriebslos werden. Dass der Tagesablauf nur durch Fernsehen und Essen strukturiert wird, ist nicht unbedingt typisch. Für diese Gruppe der Erwerbslosen wären Gesundheitsprogramme unter Mitwirkung des AMS, die derzeit nur punktuell durchgeführt werden, sicher hilfreich.

Erwerbslosigkeit als Chance

Schon Marie Jahoda hat festgestellt, dass Erwerbsarbeit neben dem Einkommen auch sogenannte latente Funktionen hat. Zeitstruktur, Sozialkontakte, Teilhabe an kollektiven Zielen, Status und Identität, regelmäßige Aktivität zählen dazu. Sozialkontakte werden aus Geldmangel we-

WEBLINK

Weitere Infos unter:
www.oesb.at/2432.0.html

niger, viele haben das Gefühl, über ihre aktuelle Situation mit erwerbstätigen Freunden und Bekannten nicht wirklich reden zu können. Zusätzlich wird vor allem Langzeitarbeitslosen von AMS & Co. immer wieder vermittelt, dass sie sich nur mehr bemühen müssten, um wieder dazuzugehören. Aber wem es gelingt, neue Kontakte zu knüpfen, Wertschätzung zu erleben, neue Ziele zu finden – kurz, wer sich weiter als wertvolles Mitglied der Gesellschaft betrachten kann, für den kann Erwerbslosigkeit auch eine Chance sein.

Begriff Arbeit überdenken

Last but not least wäre es – auch angesichts sinkender Beschäftigungszahlen – erstrebenswert, den Begriff Arbeit neu zu überdenken, der Stigmatisierung Erwerbsloser als Tachinierer, Unfähige, Unzulängliche entgegenzuwirken.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Klimawandel kostet Jobs

Die Erderwärmung hat auch Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Jetzt verlangen die Gewerkschaften menschenwürdige »Green Jobs«.

Autorin: Mag. Pia Lichtblau

weltumspannend arbeiten – ÖGB

Ab 7. Dezember trifft sich die politische Elite der Welt in Kopenhagen, um über ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zur Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen zu verhandeln. Die Erwartungen sind gelinde gesagt gedämpft. Dabei wäre ein positiver Abschluss des Klimagipfels von immenser Bedeutung – die Auswirkungen der Erderwärmung sind schon jetzt massiv spürbar.

An das Thema Arbeitsmarkt denkt man im Allgemeinen nicht sofort, wenn man an die Folgen des Klimawandels denkt. Bedrohung der Artenvielfalt, die Ausbreitung von Wüsten und Steppen oder das Ansteigen des Meeresspiegels sind da wesentlich tiefer im allgemeinen Bewusstsein verankert. Dennoch wirkt sich der Klimawandel, wenn auch nicht so offensichtlich, auch auf die Arbeitsmärkte dieser Welt aus.

Arbeitsplätze in Gefahr

»Millionen Arbeitsplätze durch Klimawandel gefährdet« lautet der Titel einer Aussendung der Vereinten Nationen. So einfach ist die Sache allerdings nicht, wie bereits im zweiten Satz klargestellt wird, da die Auswirkungen auf Arbeitsmärkte abhängig von regionalen Bedingungen und den jeweiligen Sektoren sehr unterschiedlich sind. Während zum Beispiel in

der Landwirtschaft in heißen Regionen ein Rückgang der Produktivität droht, werden kühlere Regionen durch einen Anstieg der Temperaturen überhaupt erst fruchtbar. Während einerseits Arbeitsplätze vernichtet werden, können also andererseits auch neue entstehen – das Problem ist, dass sie nicht zur gleichen Zeit und am gleichen Ort geschaffen werden.

Veränderung für Landwirtschaft

Betrachtet man die einzelnen Sektoren, sind natürlich jene besonders betroffen, die in engem Zusammenhang mit klimatischen Bedingungen stehen: Neben Forstwirtschaft und Fischfang unterliegt in erster Linie die Landwirtschaft besonders starken Veränderungen. Eine vom Europäischen Gewerkschaftsbund in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Erwärmung von zwei Grad Celsius im südlichen Europa dazu führen könnte, dass 20 Prozent weniger Wasser zur Verfügung stehen und extreme Hitzewellen die Ernten um bis zu 30 Prozent verringern. Weltweit leben rund 22 Prozent der Bevölkerungen in ländlichen Gegenden und hängen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab – dem Sektor, der gleichzeitig die höchste Konzentration an Armut aufweist: Drei Viertel jener Menschen, die weniger als einen US-Dollar täglich zur Verfügung haben, arbeiten in und von der Landwirtschaft. Dass für diese Menschen schon **marginale** Einbußen lebensbedrohend sind, liegt auf der Hand.

Ein Sektor, in dem die Folgen des Klimawandels auch in Österreich bereits spürbar sind, ist der Tourismus. Das Ab-

INFO & NEWS

Wie die ILO »menschenwürdige Arbeit« definiert:

Menschenwürdige Arbeit ist produktive Arbeit von Frauen und Männern unter Bedingungen, bei denen Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und die menschliche Würde gewahrt sind. Menschenwürdige Arbeit beinhaltet daher Beschäftigungsmöglichkeiten, die

- produktiv sind und ein gerechtes Einkommen sichern;
- mit Sicherheit am Arbeitsplatz und der sozialen Absicherung der Beschäftigten und ihrer Familie verbunden sind;
- Aussichten auf persönliche Weiterentwicklung bieten und soziale Integration fördern;
- den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anliegen vorzubringen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und an den für ihr Leben relevanten Beschlüssen mitzuwirken;
- die allen Chancengleichheit und Gleichbehandlung garantieren.

schmelzen der Gletscher – in den letzten 150 Jahren haben Österreichs Gletscher rund 60 Prozent ihrer Masse eingebüßt – und mangelnder Schneefall stellen Wintertourismus-Regionen vor ernsthafte Probleme. Die dadurch verlorenen Arbeitsplätze können in den meist ländlichen Gebieten gerade im Winter kaum durch andere Arbeitsmöglichkeiten er-

Ein Sektor, in dem die Folgen des Klimawandels auch in Österreich bereits spürbar sind, ist der Tourismus. Das Abschmelzen der Gletscher – in den letzten 150 Jahren haben Österreichs Gletscher rund 60 Prozent ihrer Masse eingebüßt – und mangelnder Schneefall stellen Wintertourismus-Regionen vor ernsthafte Probleme.

setzt werden. Global betrachtet ist der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftszweige überhaupt: 2004 wurden weltweit 263 Mrd. Euro durch Tourismus umgesetzt.

Auch auf den Arbeitsmärkten in den Bereichen Energiewirtschaft, Gesundheit, Versicherungen und Infrastruktur wird es zu Verschiebungen in Zusammenhang mit dem Klimawandel kommen. Und schlussendlich werden auch Lebensräume und somit Arbeitsplätze dadurch vernichtet, dass ganze Regionen unbewohnbar werden: Rund 330 Mio. Menschen werden durch den Anstieg des Meeresspiegels und Überflutungen zu Umweltflüchtlingen werden.

In einigen der betroffenen Sektoren – insbesondere Landwirtschaft und auch im Tourismus arbeiten mehrheitlich Frauen – warnt die ILO davor, dass negative Veränderungen in diesen Sektoren sich besonders stark auf Frauen auswirken und somit eine generelle Verschlechterung der Lebenssituation von Frauen nach sich ziehen werden. Und generell werden unter den Folgen des Klimawandels jene am meisten leiden, die ihn am wenigsten verursacht haben: die Menschen in Entwicklungsländern.

»Green Jobs« für die Zukunft

Der Kampf gegen den Klimawandel muss endlich ernsthaft aufgenommen werden, die finanziellen Mittel dafür – momentan ist die Rede von rund 100 Mrd. US-Dollar – müssen bereitgestellt werden. Allerdings sollten diese Aufwendungen nicht lediglich als Kosten, sondern vielmehr als Investition in die Zukunft verstanden

werden: Es bietet sich die Chance, das Wirtschaftssystem in Richtung Nachhaltigkeit umzugestalten und gleichzeitig sinnvolle Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen zu schaffen.

Das ist auch der Grundtenor einer Studie mit dem Titel »Green Jobs: **Towards decent work in a sustainable, low-carbon world**«, die unter anderem von ILO und ITUC veröffentlicht wurde. Mit der Schaffung von »Green Jobs« können der Klimawandel samt seiner Folgen und Arbeitslosigkeit gleichzeitig bekämpft werden.

Sozial und umweltverträglich

Green Jobs tragen dazu bei, Umweltauswirkungen in verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren bis auf ein nachhaltiges Niveau zu minimieren: durch die Umstellung der Energieproduktion auf erneuerbare Energiequellen, sinnvolle Abfalltrennung und Recycling, die Isolierung von Gebäuden etc. Allerdings sind Jobs, die der Umwelt gut tun nicht automatisch auch gut für jene, die sie ausführen – das Recycling von Computerschrott in Entwicklungsländern Afrikas ist ein gutes Beispiel dafür: ArbeiterInnen, unter ihnen viele Kinder und Jugendliche, brechen die Geräte mit bloßen Händen auf, um an die verwertbaren Metalle zu kommen und verbrennen die wertlosen Kunststoffteile. Dass sie dabei gefährlichen Chemikalien ausgesetzt sind, wissen sie oft gar nicht. Eine nachhaltige Wirtschaft kann aber soziale und Umweltkosten nicht länger voneinander trennen – weshalb die Green Jobs-Initiative auch für die Schaffung von men-

WEBLINKS

Weitere Infos:

climate.ituc-csi.org
www.1000000taten.at

schenwürdigen Arbeitsplätzen im Sinne der ILO eintritt.

Für menschenwürdige Arbeit

Der internationale Gewerkschaftsbund **ITUC** hat, um die Umsetzung der Green Jobs-Strategie voranzutreiben, eine eigene **Task Force** eingerichtet, die sich aktiv in den Diskussionen um die Gestaltung des Kyoto-Nachfolgeabkommens einbringt. Erstmals sollen so die sozialen Auswirkungen des Klimawandels und die Rechte von betroffenen ArbeitnehmerInnen Eingang in ein multilaterales Umweltabkommen finden. Präsent sein wird die ITUC am Klimagipfel in Kopenhagen: Gemeinsam mit dem Dänischen Gewerkschaftsbund organisiert sie den **World of Work (WoW)** Pavillon. Damit ein fairer Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft wahr werden kann.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
pia.lichtblau@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Abhängig vom AMS

Kürzungen der Sozialleistungen, wie sie manche gerne möchten, wären konjunktur- und sozialpolitisch unverantwortlich.

Autor: Mag. Adolf Buxbaum

Abteilung Sozialpolitik Arbeiterkammer Wien

Arbeit ist der Umweg zu allen Genüssen« – dieses Zitat wird **Willy Brandt** (1913–1992) nachgesagt. Zu den Genüssen würden viele Menschen gerne gehen, können aber angesichts der aktuellen Wirtschaftslage, geringer Qualifikation, mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder anderer Hindernisse diesen »Umweg« nicht beschreiten. Arbeitslosigkeit stellt heute kein Randgruppenphänomen dar, sondern ist für österreichische Verhältnisse zum Massenphänomen geworden und wird dies auch in den kommenden Jahren bleiben. Diese These wird durch folgende Kennzahlen belegt:

- Fast 800.000 Personen sind pro Jahr zumindest einen Tag arbeitslos gemeldet,
- die **Register-Arbeitslosigkeit** wird im Jahresdurchschnitt von 212.300 (2008) auf 302.700 (2010) steigen (vgl. WIFO-Prognose),
- nur bei einem realen Wirtschaftswachstum von mehr als plus 2,5 Prozent

WEBLINK

Österreichisches Institut
für Wirtschaftsforschung:
www.wifo.at

Wohin fließen Mittel der Arbeitslosenversicherung?

	Arbeitslosengeld & Notstandshilfe	Aktive Arbeitsmarktpolitik
Werte für 2005		
Einkommens-Bereiche	kumulierte Anteile	kumulierte Anteile
1. EK-Viertel	73,9%	74,9%
2. EK-Viertel	17,5%	16,4%
3. EK-Viertel	5,0%	5,2%
4. EK-Viertel	3,6%	3,5%
1. EK-Drittel	81,6%	80,9%
2. EK-Drittel	13,3%	13,7%
3. EK-Drittel	5,2%	5,4%
Insgesamt	100,0%	100,0%

Quelle: WIFO, eigene Darstellung

sinkt die Arbeitslosigkeit, d. h. bei den aktuellen Prognosen für 2009 (minus 3,4 Prozent) und 2010 (plus ein Prozent) ist also eine noch drastischere Situation am Arbeitsmarkt absehbar.

Dass es sich bei der »Register-Arbeitslosigkeit« nicht um das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit handelt, ist bekannt – mit den geläufigen AMS-Zahlen werden ausschließlich jene Personen erfasst, die sich auch beim AMS gemeldet haben. Die »Reservearmee« der Arbeitslosen müsste u. a. um SchulungsteilnehmerInnen, PensionsvorschussbezieherInnen, Arbeitslose im Krankenstand etc. erweitert werden, um das »zusätzliche« Arbeitskräfteangebot abzuschätzen, dem derzeit keine (existenzsichernden) Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Es stellt

sich somit die Frage, ob die Arbeitslosenversicherung (ALV) der Herausforderung gewachsen ist, der steigenden Zahl an arbeitssuchenden Personen z. B. durch Qualifizierungsmaßnahmen eine neue Perspektive für den Arbeitsmarkt zu geben, ohne dass arbeitslose Personen der »Armutsfalle« ausgeliefert werden. Die Problemlage des AMS ist augenscheinlich: Sinkende Beitragsleistungen stehen stark steigenden Ausgaben gegenüber. Die ALV ist vorwiegend (ca. 90 Prozent) über Beiträge finanziert, der Rest wird aus dem allgemeinen Budget abgedeckt.

Aus der aktuellen WIFO-Studie »Umverteilung durch den Staat in Österreich« (9/09) geht eindeutig hervor, dass die Leistungen der Arbeitslosenversicherung eine hohe Umverteilungswirkung zu-

gunsten von einkommensschwächeren Haushalten aufweisen. Demnach fließen über 80 Prozent der »passiven« Leistungen (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) und »aktiven« Aufwendungen (u. a. Qualifizierungen, Beschäftigungsförderung) aus der ALV in das unterste Einkommensdrittel. Insgesamt sind 60 Prozent der Haushalte »Nettoempfänger«, d. h. die in Anspruch genommenen Leistungen übersteigen die Beitragsleistungen. Somit kann die ALV als »progressivste« Versicherungsleistung gesehen werden, die für die einkommensschwächsten Haushalte eine wesentliche und oft die einzige Existenzgrundlage darstellt.

Die Ergebnisse der WIFO-Studie wie auch aktuellere Berechnungen mit AMS-Daten bestätigen, dass die wesentlichsten Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung, nämlich Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, seit Jahren in ihrem realen Wert verlieren. Die inflationsbereinigten Verluste zwischen 2000 und 2008 belaufen sich auf minus fünf Prozent beim durchschnittlichen Arbeitslosengeld und sogar auf minus acht Prozent bei der Notstandshilfe. Die wesentlichen Gründe für diesen Rückgang sind dabei v. a. die Entwicklung der Einkommen und jene im Leistungsrecht:

■ Steigende Teilzeitbeschäftigung, gesteigener Einkommensdruck auf geringer Qualifizierte und steigende Arbeitslosig-

RESÜMEE

Angesichts der steigenden Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sind **zunehmend mehr Haushalte von Leistungen des AMS abhängig**. Eventuelle Kürzungen dieser (Sozial-)Leistungen treffen daher in der Regel Haushalte mit niedrigem Einkommen unverhältnismäßig stark. Das wäre nicht nur konjunkturpolitisch falsch, sondern sozialpolitisch absolut unverantwortlich. Unmittelbare Leistungsverbesserungen scheinen insbesondere im Bereich der Notstandshilfe unumgänglich zu sein. Die steigende Zahl der NotstandshilfebezieherInnen als Indikator für sich verfestigende Arbeitslosigkeit in Kombination mit niedrigen Leistungsniveaus müssen endlich als ökonomisches und gesellschaftliches Warnsignal wahrgenommen werden.

Leistungshöhe in €/Monat						
Jahr	ALG Frauen	ALG Männer	ALG gesamt	NH Frauen	NH Männer	NH gesamt
2000	563	763	684	475	608	548
2008	690	836	773	520	651	596

Veränderung der Leistungshöhe zwischen 2000 und 2008 in %						
	ALG Frauen	ALG Männer	ALG gesamt	NH Frauen	NH Männer	NH gesamt
nominell	22,7%	9,6%	12,9%	9,6%	7,0%	8,9%
real	3,7%	-7,4%	-4,6%	-7,3%	-9,6%	-8,0%

Quelle: AMS, eigene Berechnung

keit haben die Entwicklung der einkommensabhängigen Bemessungsgrundlagen negativ beeinflusst.

■ Trotz einer Ausweitung des BezieherrInnenkreises in der Arbeitslosenversicherung dominieren seit Beginn der 1990er-Jahre materiellrechtliche Leistungsverlechterungen (z. B. Senkung der Nettoersatzrate, Erhöhung der Mindestbeschäftigungszeit für eine neue Anwartschaft).

Angesichts eines durchschnittlichen Arbeitslosengeldes (ALG) in der Höhe von 773 Euro und eines durchschnittlichen Notstandshilfebezugs (NH) von 596 Euro von einer »sozialen Hängematte« zu sprechen, kommt einer Verhöhnung der Betroffenen und einer Verharmlosung des sozialen Konfliktpotenzials gleich.

Gerade die deutlich niedrigeren Leistungsniveaus (2008) der Frauen (ALG = 690 €; NH = 520 €) sind Ausdruck einer nach wie vor schlechten Vereinbarkeit von Beruf und Familie – die sich v. a. in einem sehr hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigungen niederschlägt – wie auch einer mittelbaren Diskriminierung durch das Leistungsrecht (»Anrechnung des Partner-einkommens«). Das Verarmungsrisiko von Frauen liegt damit deutlich höher als jenes der Männer.

Nicht nur aus einer Individualperspektive sind die Leistungen aus der ALV von besonderer Bedeutung. Makroökonomisch spielen das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe gerade in Krisenzeiten als »automatische Stabilisatoren« eine tragende Rolle, indem sie einen wertvollen Beitrag leisten, die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf einem möglichst stabilen Niveau zu halten. Während Ex-

porte und Investitionen aktuell im zweistelligen Bereich wegbrechen, verhindern die Konsumausgaben einen noch drastischeren Wirtschaftsabschwung. Thesen, dass Sozialleistungen oft eine »Brückenfunktion« zwischen verschiedenen Lebenssituationen oder Lebensabschnitten haben, sind bekannt. Dass Sozialleistungen »tragende« gesellschaftliche und ökonomische »Säulen« darstellen, wird in Diskussionen oft elegant ignoriert!

Neue ökonomische Theorie

Verfolgt man den wissenschaftlichen Diskurs zur »idealen« Höhe der Arbeitslosenunterstützung sowie des erfolgreichen Designs von Arbeitsmarktpolitik, so fällt auf, dass auch hier traditionelle **Paradigmen** aufzubrechen scheinen. Empirisch können die »traditionell« formulierten mikroökonomischen Vorbehalte gegen eine großzügigere Ausgestaltung des Leistungsrechts im Rahmen der ALV, die zu niedrigerer Beschäftigung und niedrigerem Wirtschaftswachstum führen würden, nicht ausreichend belegt werden. Im Gegenteil: Es ist theoretisch und praktisch sogar belegbar, dass höhere passive Leistungen zu einem besseren »Matching« von Arbeitsangebot und -nachfrage beitragen können und damit Produktivität und Wachstum fördern.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
adolf.buxbaum@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Uni brennt

Studierende in ganz Österreich kämpfen für mehr Geld für Bildung und gegen Ausbeutung in allen Lebensbereichen.

Autor: Thomas Varkonyi

Freier Journalist

Nur Chuck Norris studiert in Mindestzeit!« Im besetzten Auditorium Maximum, kurz Audimax, verweist ein Transparent auf die momentane Wahrscheinlichkeit, ein Studium in Mindestzeit zu schaffen. Seit einigen Wochen protestieren Studierende gegen die mittlerweile unerträglichen Bedingungen, seien es die überfüllten Hörsäle, die bürokratischen Hürden oder der Lehrpersonalmangel, an der Universität Wien. Patrick Prager ist seit der ersten Stunde dabei. »Zuerst war ich nur als Sanitäter eingesetzt, jetzt bin ich einer der Koordinatoren.« Er ist davon überzeugt, »dass Menschen demokratisch und gleichberechtigt gut kooperieren können. Das sehen wir hier seit drei Wochen. Und die, die den konservativen Status quo der alten Hierarchien beibehalten wollen, versuchen das zu sabotieren.«

Nach einigen Schrecksekunden, die Tage dauerten, kamen erste Reaktionen der politischen Öffentlichkeit auf die Audimax-Besetzung.

Haltet durch!

»Haltet durch, solidarisiert euch untereinander«, motivierte Sabine Oberhauser in einer kurzen Ansprache die Studierenden und erntete Jubel und Applaus. Die ÖGB-Vizepräsidentin betonte, dass die BesetzerInnen des Audimax »ein Vorbild für das, was jeder einzelne Mensch ma-

chen kann«, seien. Sie meinte weiter: »Wir können zeigen, was geht, wenn die Macht vom Volke ausgeht.«

Die protestierenden Studierenden erhielten auch Unterstützung von Hochschullehrgewerkschaft und PersonalvertreterInnen der Uni Wien. »Die Studierenden haben recht«, heißt es in einer Aussendung. Der Aufstand sei »nur noch eine Frage der Zeit gewesen«. Noch weiter geht der wissenschaftliche Betriebsrat der Universität Wien: Er ersuchte alle Bediensteten, die Forderungen der Studierenden mitzutragen und sie »bei ihren Protestaktionen zu unterstützen«.

Die GewerkschafterInnen unterstützen die Forderungen der Studierenden nach einer Demokratisierung der Universitäten, genügend und attraktiven Arbeitsplätzen für Lehre und Forschung, leistungsfördernden Studienbedingungen, zeitgemäß ausgestatteten und vor allem ausreichend vielen Hörsälen, Seminarräumen und Labors sowie der Sicherstellung der Studierbarkeit in Mindeststudienzeit.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn brauchte am längsten, um auf den Protest zu reagieren und verabschiedete sich dann lieber nach Brüssel. Eine noch von ihm angekündigte Dialogveranstaltung soll am 25. November unter dem Titel »Dialog Hochschulpartnerschaft« in der Aula der Wissenschaften in Wien stattfinden. Rund 50 VertreterInnen der verschiedensten Hochschulpartner werden dazu eingeladen. Seitens der Regierung wird neben Nochminister Hahn Unterrichtsministerin Claudia Schmied teilnehmen. Die protestierenden StudentInnen können VertreterInnen schicken.

Währenddessen forderten die Grünen einen parlamentarischen »Gipfel«. In einem Brief an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sprach Bundessprecherin Eva Glawischnig von einem »Gebot der Stunde, seitens der Politik den Dialog mit den Studierenden zu suchen«.

Keine Überraschung

Dabei müsste es diese Überraschung über die Proteste gar nicht geben, denn bereits im Jänner dieses Jahres schrieb die Unikonferenz in einem offenen Brief an über 300.000 Personen, die unmittelbar betroffen sind: »Die uniko hat in den letzten Wochen und Monaten in den Medien mehrfach auf diese drohende Entwicklung hingewiesen und wird die Öffentlichkeit über diese, einer gedeihlichen Entwicklung der Universitäten zuwider laufende Haltung der Bundesregierung vorbehaltlos informieren. Wir fürchten aber, dass diese Information allein nicht ausreicht. Wir bitten Sie daher um Ihre aktive Unterstützung: Sprechen Sie auch selbst mit PolitikerInnen, EntscheidungsträgerInnen und JournalistInnen und zeigen Sie, dass die Finanzierung von Forschung und Lehre ein Anliegen aller Universitätsangehörigen ist, das überdies im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, liegt.«

Massive Kritik hagelt es auch seit Jahren von ExpertInnen am neuen Bologna-Studiensystem. Seit zehn Jahren werden europäische Universitäten auf das neue »Bologna-Studiensystem« mit den Abschlüssen Bachelor, Master und PhD (Doktorat) umgestellt. In Österreich wer-



Seit einigen Wochen protestieren Studierende gegen die mittlerweile unerträglichen Bedingungen, seien es die überfüllten Hörsäle, die bürokratischen Hürden oder der Lehrpersonalmangel, an der Universität Wien.

den mittlerweile rund 80 Prozent der Studien in dieser Form angeboten. Derzeit schließen die meisten nach dem Bachelor-Abschluss sofort ein Master-Studium an. Das Studium ist somit bis zum Abschluss einfach aufwendiger geworden. Der Philosoph **Konrad Paul Liessmann**, Professor an der Uni Wien, bezeichnete das neue Studiensystem als »starrten Schematismus, der wie ein Schimmelpilz die europäischen Universitäten überzieht, mit aufgeblähten Verwaltungen, exzessiven Modularisierungen, überflüssigen Akkreditierungen, verwirrenden Zertifizierungen und zahllosen Reglementierungen«.

„Bologna ist wie Coca-Cola“

Liessmann, der sich im Audimax Fragen und Diskussionen der Studierenden stellte, sagte ferner, dass »der Bologna-Prozess, an seinen eigenen Kriterien gemessen, gescheitert ist. Weder begünstigt er Mobilität zwischen europäischen Universitäten, noch macht er das Studium besser und die Studienzeiten sind auch nicht verkürzt. Und für Bachelors siehts in der freien Wirtschaft auch nicht sehr rosig aus, sie werden als zweitrangige Absolventen wahrgenommen.« Patrick Prager, der seit drei Wochen im Audimax die Stellung hält, leitet den Bachelor historisch her: »Diese Bezeichnung bedeutet Fußritter oder auch Edelknecht. Nomen est omen. Das ist symptomatisch für den ganzen Bologna-Prozess. Unter dem Deckmantel der Reform wird aus Bildung Ausbildung, aus selber denken wird nachplappern. Bologna ist wie Coca-Cola: Das wurde dereinst ja auch als Medizin ver-

kauft, heute wissen wir, dass es ganz im Gegenteil Zuckerwasser ist.«

Martin Haiden, ein Bachelor, mittlerweile bei einer überregionalen Tageszeitung als Onlineredakteur tätig, findet, dass »diese Proteste auf jeden Fall zu unterstützen sind, denn es werden und wurden Versprechungen seitens der Regierungen nicht gehalten, es gibt viel zu wenig Personal, überfüllte Hörsäle und eine Gesprächsverweigerung seitens der Regierung, die scheinbar nicht gecheckt hat, dass die Uni eine Investition in die Zukunft ist«. Er findet es auch gut, wenn sich der ÖGB mit den Studierenden solidarisiert, »aber was tut der ÖGB eigentlich für all die Studierenden, die während des Studiums in prekären Jobs in einer Art Lohnsklaverei gehalten werden? Und ich kenne keinen Studierenden, der nebenher nicht noch ein, zwei Jobs macht, um über die Runden zu kommen. Und dann, mit dem Bachelor, geht das ganz unverändert weiter.« Auf die Zukunft der Universität angesprochen, findet er harte Worte. »Die Unipolitik ist kurzsichtig, zukunftsfeindlich, die wichtigste Ressource des Landes wird leichtfertig verspielt. Angeblich soll der Bachelor praxisnah sein, wie die FHs, ist aber de facto eine Abwertung. Der Bachelor ist gleich Matura plus ein Jahr Zeitung lesen. Aber was soll man von einer Regierung erwarten, deren Kanzler Numerus Klausel, statt Numerus Clausus sagt, und der Vizekanzler die Proteste als Aktionismus verunglimpft? Das spricht doch Bände ...«

Viele AbsolventInnen der Uni Wien haben oft Probleme, adäquate Jobs zu finden, dabei handelt es sich aber nicht nur um AbsolventInnen von sogenann-

WEBLINK

Protesthomepage:
unsereuni.at

ten Orchideenfächern, sondern gerade um Studien wie Publizistik, die sich um gesteigerte Praxisorientierung bemühen.

Generation Praktikum

Ein Betroffener ist Frank Gerharter, einer der ersten Absolventen der neuen Studienordnung: »Es gibt immer jemanden, der billiger arbeitet, das heißt, die Arbeitgeber drücken den Lohn und die Arbeitsbedingungen. Man erledigt also als Praktikant um 500 Euro einen Vollzeitjob um 1.500 Euro ohne jegliche arbeitsrechtliche Versicherung. Und braucht noch einen Zweitjob, z. B. in der Gastronomie, um über die Runden zu kommen. Früher hieß der Magistertitel, dass man Meister seines Faches ist, während man sich heute die von der ›Wirtschaft‹ eingeforderten, extra zu bezahlenden, aber um nichts besseren als die früher von der Uni angebotenen, Zusatzqualifikationen wie Orden an die Brust heften muss.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
dinomail@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kommt die Inflation?

Die Wirtschaftskrise schürt Ängste vor einer Geldentwertung oder einer Deflation. Noch besteht kein Grund zur Panik.

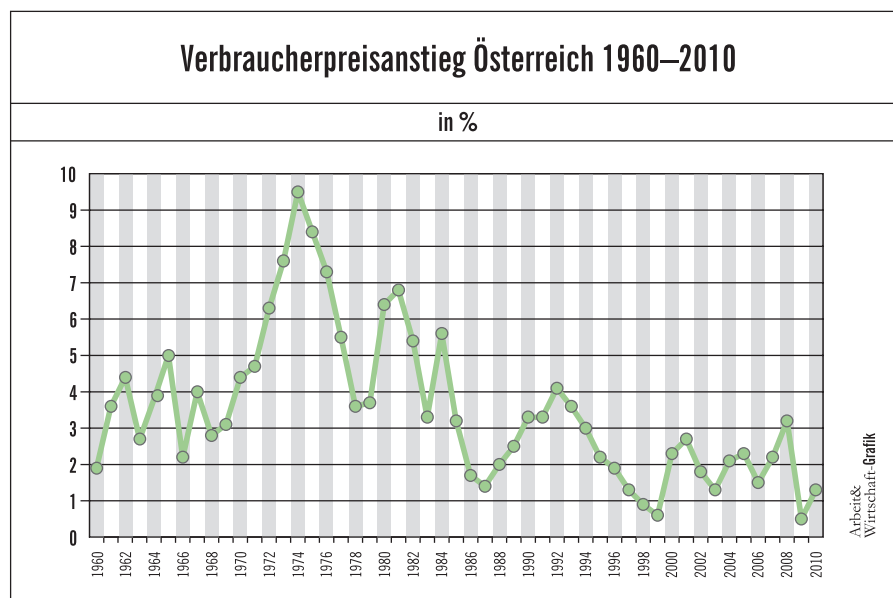
Autor: Dr. Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen
Abteilung der AK Wien

Die Finanzkrise, die im Frühjahr 2007 begonnen und sich im September 2008 dramatisch verschärft hat, hat nicht nur die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst, sondern auch die Menschen verunsichert. Paradox ist die Situation insofern, als Befürchtungen, es könnte zu einer »Deflation« (sinkende Preise) kommen, die mit einer weiteren Verschärfung der Rezession Hand in Hand geht, und Angst vor einer bevorstehenden Inflationswelle, welche die Ersparnisse entwerten würde, gleichzeitig in breiteren Kreisen der Bevölkerung anzutreffen sind. In Österreich und der Eurozone pendeln seit etlichen Monaten die monatlichen Preissteigerungsraten (gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat) um null herum, mit anderen Worten: Preisstabilität. Mit welcher Entwicklung ist 2010, aber auch in den Jahren danach zu rechnen? Gibt es rationale Gründe für Ängste in der einen oder anderen Richtung?

Die Angst geht um

Die Ängste vor einer Inflation sind wahrscheinlich aktuell in der Bevölkerung stärker ausgeprägt als die Deflationsängste. Grund dafür ist ein unscharfes Bewusstsein, dass hohe Staatsschulden – genauer eigentlich: eine hohe Neuverschuldung des Staates – inflationär sein können. Die



konkreten Erfahrungen liegen aber weit in der Vergangenheit zurück. Die Frage ist zunächst, wo die kritische Schwelle anzusetzen ist – keinesfalls ist jede Zunahme der Inflation in der derzeitigen Situation der Preisstabilität Grund zur Besorgnis. Die überaus stabilitätsbewusste Europäische Zentralbank (EZB) definiert Preisstabilität damit, dass sich die Bewegungen der Verbraucherpreise innerhalb eines Spielraums von null und plus zwei Prozent halten. Im Lichte der historischen Erfahrung Österreichs ist dies eine etwas über vorsichtige Definition, denn in der langen Periode der größten Prosperität der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1950 bis 1975) wurde eine durchschnittliche Inflation von 3,5 Prozent in Österreich als normal angesehen. Wir galten damit als »preisstabil« im internationalen Vergleich. Weniger harmlos

als diese moderate (»schleichende«) Inflation war die »galoppierende« Inflation (über 15 Prozent Jahresinflation), die einigen europäischen Ländern (Italien, Großbritannien, Schweden) in den 1970er- und 1980er-Jahren schwer zu schaffen machte. Man nannte dieses Phänomen »Stagflation«, da hohe Preissteigerungen mit Stagnation von Produktion und Beschäftigung einhergingen.

Hyperinflation 1921/22

Katastrophal in ihrer Wirkung ist eine »Hyperinflation« (50 Prozent pro Monat und mehr), wie sie Österreich 1921/22 als Folge des Ersten Weltkriegs erlebt hat. Die Kaufkraft von einer Million Kronen 1914 betrug 1922 gerade noch 70 Kronen. Was waren die Ursachen für die Beschleunigung der Inflation über jene kri-

Paradox ist, dass Befürchtungen, es könnte zu einer »Deflation« kommen, die mit einer weiteren Verschärfung der Rezession Hand in Hand geht, und die Angst vor einer Inflationswelle, welche die Ersparnisse entwerten würde, gleichzeitig in der Bevölkerung anzutreffen sind.



tischen Werte hinaus? In der Zeit der Stagflation war es ein Ineinandergreifen von Preis-/Lohnspirale und Abwertung der Währung, welches das Tempo der Inflation in den betroffenen Ländern zum Galopp beschleunigte. Durch eine restriktive Politik wurde die Inflation wieder auf ein tolerierbares Ausmaß reduziert, allerdings mit hohen Kosten bei Wachstum und Beschäftigung. In den Fällen der Hyperinflation tritt ein exzessives, nicht mehr kontrollierbares Staatsdefizit als weitere Ursache hinzu, die zu einem sehr drastischen Wechselkursverfall und zur explosionsartigen Zunahme der Geldmenge führt.

Entwarnung

Ein Vergleich dieser Erfahrungen mit der aktuellen Situation zeigt, dass heute keines der auslösenden Momente einer stärkeren Inflationsbeschleunigung vorhanden ist. In der Eurozone werden von der Lohnentwicklung in den nächsten Jahren nahezu keine Inflationsimpulse ausgehen. Seit mehr als zehn Jahren nehmen die Löhne real und nominell – wenn überhaupt – nur schwach zu. Wenn die Gewerkschaften in den nächsten Jahren trotz gesteigerter Arbeitslosigkeit wieder moderate Reallohnsteigerungen erreichen sollten, so ist dies mit dem von der EZB gesetzten Inflationsziel problemlos vereinbar. Vonseiten des Wechselkurses werden sicher keine Inflationsimpulse ausgehen. Denn angesichts des immer noch hohen Leistungsbilanzdefizits der USA wird der Euro mittelfristig gegenüber dem Dollar weiter aufwerten. Vom Wechselkurs ist also keine preissteigernde, sondern eine preisdämpfende Wirkung zu erwarten. Die jähr-

lichen Staatsdefizite sind krisenbedingt zwar im Durchschnitt der Eurozone in den nächsten Jahren nach Maßstäben der jüngeren Vergangenheit hoch, aber durchaus unter Kontrolle, ihre Finanzierung ist aus den laufenden Ersparnissen möglich. Das Staatsdefizit für sich genommen, das heißt ohne Hinzutreten der beiden anderen Inflationstreiber Wechselkurse und Lohn-/Preisspirale, wirkt nicht inflationär.

Etwas anders stellt sich die Situation für die USA dar. Dort geht von einem abwertenden Dollar ein Inflationsdruck aus, der jedoch durchaus moderat ist. Dazu kommt, dass der Wettbewerb auf den Märkten der USA sehr scharf ist und die Wechselkurseffekte nur zum Teil in Form von Preissteigerungen weitergegeben werden. Daher es ist sehr unwahrscheinlich, dass daraus eine massivere Beschleunigung der Inflation resultieren könnte. Die USA werden also ziemlich preisstabil bleiben, auch wenn die Inflationsrate etwas höher sein könnte als in Euro-Europa.

Die Gefahr einer Deflation ist nicht akut. Prognosen und aktuelle Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, dass es zu keiner weiteren Verschärfung der Krise kommt, sondern 2010 eine gewisse Erholung zu erwarten ist. Sie sollte aber deswegen nicht bagatellisiert werden. Die negative Wirkung der Deflation besteht in der nominellen Konstanz der Schulden bei nominell sinkenden Unternehmenserträgen und – in extremeren Formen der Deflation – auch Haushaltseinkommen (Löhnen). Der Effekt auf die Schulden tritt schon deutlich vor der Null-Schwelle ein, da die Produktpreise der Unternehmungen immer um einen Mittelwert streuen, und wenn dieser z. B. nur ein Prozent ist, ist

ein größerer Teil der Unternehmungen mit sinkenden Preisen konfrontiert. Daher ist ein gewisser Sicherheitsabstand notwendig (»Schmiermittel-Inflation«). Die EZB erkennt dies zwar im Prinzip an, indem sie bis zu zwei Prozent Inflation als akzeptabel betrachtet, doch ist damit der Korridor der tolerierbaren Inflation eng. Eine Obergrenze von drei Prozent würde mehr Spielraum geben.

Ängste reduzieren

Seitens der Politik wäre es wichtig, hier durch klare Aussagen die Ängste zu reduzieren. Wenn sich die Inflation nach 2010 wieder um die zwei Prozent einpendelt, ist dies nur eine Rückkehr zur Normalität. Notwendig wären klare Aussagen, dass absolute Preisstabilität kein sinnvolles Ziel ist, bzw. dass auch zwei bis drei Prozent Inflation kein Problem sind – im Gegenteil. Ein Risiko, dass einer der potenziellen Inflationstreiber virulent werden könnte, ist nicht erkennbar. Solche Aussagen wären auch deshalb wichtig, weil selbsternannte Gurus herumlaufen und im Brustton der höheren Weisheit Inflationsängste bestärken, nur durch eine kräftige Inflation sei das Staatsschuldenproblem zu lösen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
guenther.chaloupek@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Kranke Kassen?

Gesundheit muss uns etwas wert sein, so tönt es aus den Medien. Versteckte Botschaft: Nur wenn wir mehr zahlen, ist die Gesundheitsversorgung gesichert.

Autor: Dr. Wilfried Leisch

Freier Journalist

Immer wieder hören wir, dass wir in Österreich das beste Gesundheitssystem der Welt hätten. Bedroht sei dieses durch das Defizit der Gebietskrankenkassen (GKK), das dzt. 1,2 Mrd. Euro ausmache. Klingt alarmierend. »Reformen«, »neue Strukturen«, »Effizienzsteigerungen« seien nötig. Wer will da etwas dagegen haben, klingt ja plausibel. Angeführt wird diese Debatte etwa vom Finanzminister, von der Pharmabranche, den Medien, privaten Gesundheitsanbietern und »Gesundheitsökonom« oder von »Experten« aus der Industriellenvereinigung. Ein »Kassenpaket« ist angekündigt, aber noch nicht freigegeben. Dieses sieht 450 Mio. Euro zum Schuldenabbau bis 2013 und 100 Mio. Euro für einen »Strukturfonds« ab 2010 vor. Der »Strukturfonds« wurde an die schrittweise Umsetzung der vereinbarten Einsparungen von 1,7 Mrd. Euro bis 2013 geknüpft.¹

»Defizit« – der große Bluff

Die Pharmaindustrie etwa schreibt weiterhin steigende Gewinne. So ist ja auch der Anstieg der Medikamentenausgaben von 1,97 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf knapp drei Mrd. Euro im Jahr 2008 neben den Spitalskosten der größte Brocken für die Kostensteigerungen in den GKK. Zudem müssen die Kassen per Gesetz 74 Prozent der Spitalskosten tragen, obwohl sie keinen Einfluss auf die zu 100 Prozent

von Ländern und Gemeinden geführten Spitäler haben.

Durch Maßnahmen, die seit der schwarz-blau-orangen Regierung wirksam sind, wie Senkung der Kassenbeiträge der Pensionsversicherung für ArbeiterInnen und Angestellte und des AMS oder durch die Verpflichtung zur Übernahme von Leistungen, die nichts mit der Krankenversorgung zu tun haben (z. B. Wochengeld), entgehen den Krankenkassen jährlich (!) zwischen 850 bis 900 Mio. Euro.²

Die Unternehmen schuldeten 2008 den GKK 955 Mio. Euro. Letztendlich bleiben viele Sozialversicherungsbeiträge uneinbringlich: Seit 2000 mussten die Kassen insgesamt 1,1 Mrd. Euro abschreiben – diese Summe ist fast ident mit dem Kassendefizit von 1,2 Mrd. Euro.³

Es gibt auch nicht den beschworenen Kostenanstieg. Die Gesundheitsausgaben sind in den vorigen Jahrzehnten nicht wesentlich stärker gestiegen als die Gesamtwirtschaft. Die Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind weitgehend stabil geblieben.⁴ Was es aber gibt, sind Einnahmerückgänge. Wären die Einnahmen der Kassen (+33 Prozent) genauso wie die Wertschöpfung der Wirtschaft (+41 Prozent) gestiegen, gäbe es kein Defizit!

Für Ingrid Reischl, Leiterin der Grundlagenabteilung der GPA-djp und neue Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK), ist klar: »Das Gesundheitswesen kann nicht über Leistungskürzungen und Einsparungen konsolidiert werden. Ohne Reform der Einnahmehbasis geht sich die Rechnung für ein ausgeglichenes, qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Gesundheitswesen nicht aus. Von besonderer Bedeu-

tung sind dabei Maßnahmen, die der seit langem zu beobachtenden Beitragseinnahmenerosion nachhaltig entgegenwirken und eine Dynamik der Einnahmen in zumindest gleicher Ausprägung wie dem Wachstum der Volkswirtschaft garantieren. Dabei ist zu überdenken, ob es angesichts der nachhaltig sinkenden Lohnquote richtig ist, die Krankenversicherungsbeiträge ausschließlich auf die Lohnsumme zu beziehen.«⁵

Sozialversicherung billiger

Die Sozialversicherung (Pflichtversicherung) ist auch wesentlich billiger als die privaten Versicherer (Versicherungspflicht). Haben diese Verwaltungskosten von zwei bis drei Prozent, so sind es bei den Privaten zwischen zehn und 25 Prozent, manchmal sogar mehr, weil ja mehr AnbieterInnen am Markt mehr teure Direktorenposten, mehr Werbung für den Verdrängungswettbewerb um nicht wirklich mehr Versicherte bedeuten.

Die angeblich so »teure« WGKK hat überhaupt nur noch 2,2 Prozent Verwaltungskosten. »Während der Verbraucherpreisindex (VPI) von 2000 bis 2008 um 18,3 Prozent gestiegen ist, wurde der Aufwand für die und der Personalstand in der Verwaltung im gleichen Zeitraum um drei Prozent bzw. 14 Prozent gesenkt«,

¹ BM für Gesundheit, Sanierungskonzept des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, 14. 9. 2009 – siehe www.hauptverband.at/media/DB/571356_MRV%20Kassensanierung%2014.9.2009.pdf; APA 15. 9. 2009

² Ärztemagazin 14/2008; WGKK-Aussendung, APA, 29. 9. 2009

³ Parlamentarische Anfrage von Metallergewerkschafter Franz Riepl an Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Standard, 6. 11. 2009

⁴ Martin Rümmele/Andreas Freitag: Zukunft Gesundheit. So retten wir unser soziales System. Wien 2009

⁵ Interview, Oktober 2009



Die Pharmaindustrie etwa schreibt weiterhin steigende Gewinne. So ist ja auch der Anstieg der Medikamentenausgaben von 1,97 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf knapp drei Mrd. Euro im Jahr 2008 neben den Spitalskosten der größte Brocken für die Kostensteigerungen in den GKK.

weiß WGKK-Obfrau Reischl. So löst sich der Vorwurf der Ineffizienz in Luft auf.

Was u. a. auch den Kassen durch die Umverteilung von unten nach oben entgangen ist, macht die Entwicklung der Lohnquote, das ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, sichtbar. Von 1993 bis 2008 ist diese Quote von 66 auf 56 Prozent gesunken. Für die vergangenen 15 Jahre aufgerechnet bedeutet dies eine Verschiebung von Arbeitseinkommen zu den Gewinnen von unvorstellbaren 98 Mrd. Euro! Dadurch wurde den Pensionskassen 15 Mrd. Euro, den Krankenkassen fünf Mrd. an Beiträgen entzogen.⁶

Das Ziel der Defizit-Propaganda

Bei der Sozialversicherung geht es in Summe um ein Volumen von über 40 Mrd. Euro jährlich! Dieser Bereich ist derzeit noch dem Zugriff privater Versicherer und sogenannter privater Gesundheitsanbieter entzogen. Deshalb wollen ihn die UnternehmerInnen und ihre politische Lobby für ihre Geschäftsinteressen öffnen.

Ein Instrument dazu ist der Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HV). Seit Blau-Schwarz dominiert per Gesetz die Minderheit der ca. 400.000 UnternehmerInnen, Selbstständigen und Bauern (sieben Prozent) über die überwältigende Mehrheit von 5,3 Mio. (93 Prozent) der Versicherten, die aktiven und pensionierten ArbeitnehmerInnen. Mit der Begründung, dass sowohl Arbeitneh-

merInnen als auch ArbeitgeberInnen Beiträge zur Sozialversicherung bezahlen, werden beide Gruppen gleichgestellt. Tatsache aber ist, dass die sogenannten »Arbeitgeberbeiträge« zur Sozialversicherung nicht von den UnternehmerInnen, sondern von den ArbeitnehmerInnen in den Betrieben erwirtschaftet werden. Mit dieser HV-Struktur wird der Selbstverwaltungsgedanke ad absurdum geführt und die ArbeitnehmerInnen-Versicherten praktisch enteignet. Über ihre Gelder verfügt die Minderheit der UnternehmerInnen entsprechend ihrer Interessen.⁷

Weil von der »Gesundheitsreform« auch die Ärzte/-innen betroffen sind, sagt Ärztekammerpräsident Walter Dorner treffend, worum es dabei geht: »Die Machtübernahme des Kapitals im sozialen Bereich.« Er warnt vor einer »fatalen Überschätzung« der Einsparmöglichkeiten der Krankenkassen, die zu Warteschlangen, staatlicher Zuteilungs- und Billigmedizin führe. Die Folge: »Wer Geld hat, bleibt gesund, und wer weniger hat, wird kränker.« Dorner sieht eine »spekulative Verschiebung« im Gesundheitssystem weg von medizinischen Leistungen hin zu zweifelhaften Monsterinvestitionen, die den PatientInnen wenig brächten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die eben erst bekannt gewordenen »exorbitant hochgeschraubten Gewinnerwartungen von 17 Prozent« des Gesundheitssektors von IT-Konzernen wie Siemens, die wohl in Projekten wie der elektronischen Gesundheitsakte (**ELGA**) ihre Ursache hätten.⁸ Mit dem »Kassendefizit« wird Gehirnwäsche betrieben. Die Machenschaften und Gewinnabsichten privater »Gesundheits«Anbieter werden in den

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.hauptverband.at
www.zukunftgesundheit.at
www.prosv.akis.at
www.bmg.gv.at

Medien, hinter der große private Interessengruppen stehen (z. B. zu 50 Prozent der deutsche WAZ-Konzern bei der Kronen Zeitung, oder Raiffeisen bei Kurier, Profil & Co.), kaum thematisiert! Doch genau über diese Zusammenhänge zum Schaden breiter Bevölkerungsschichten soll und muss geredet werden.

Das System ist krank

Die Versicherten müssen aufgeklärt und den Nutznießern auf Kosten der Allgemeinheit entgegengetreten werden, damit die im Gewand der smarten »Gesundheitsbringer« auftretenden Experten als das entlarvt werden, was sie sind: Marktschreier ihrer eigenen Gewinnerwartungen. Wenn etwas krank ist, dann nicht die Kassen, sondern so ein Gesundheitssystem, wie die Autoren des Buches »Zukunft Gesundheit« feststellen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
w.leisch@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁶ Hintergrund Sozialtransfers, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Mag. Andreas Schieder, Oktober 2009, sowie Statistik Austria

⁷ Struktur siehe: www.hauptverband.at

⁸ ÖAK-Präsident Walter Dorner lt. ÖAK-Aussendung 26. 3. 2008 und Standard, 17. 7. 2008

50 Jahre bfi

*Ein starker Partner
für Bildung und den beruflichen Wandel.*

Autor: Dr. Michael Sturm

Geschäftsführer des bfi Österreich

Das Berufsförderungsinstitut (bfi) wurde im Dezember 1959 von engagierten Funktionären des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien als gemeinnütziger Verein gegründet. Von Anfang an stand das Ziel im Vordergrund, ArbeitnehmerInnen durch Aus- und Weiterbildung in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung zu unterstützen.

In den 1960er-Jahren kam es zur Errichtung von Landesstellen und zur Ausdehnung der Bildungstätigkeit auf das gesamte Bundesgebiet. Für die weitere Entwicklung des bfi von großer Bedeu-



tung war die enge Kooperation mit den Arbeitsmarktbehörden. Für diese wurden vielfältige Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen geplant und umge-

setzt. Das dabei gewonnene Know-how und die aufgebauten Strukturen haben das bfi zum wichtigsten Schulungspartner des Arbeitsmarktservice gemacht.

Arbeitsmarktschulungen

Bereits früh widmete sich das bfi der beruflichen Rehabilitation von Menschen. In dem 1975 in Linz gegründeten Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) bekommen Menschen nach einem Unfall oder einer schweren Krankheit die Möglichkeit einer beruflichen Neuorientierung und Ausbildung. Heute ist das BBRZ mit seinen zahlreichen Zweigstellen die größte österreichische Einrichtung ihrer Art.

Mitte der 1970er-Jahre begann das bfi Ausbildungszentren für FacharbeiterInnen-Intensivausbildungen zu errichten. Arbeitslose Personen bekommen eine komprimierte, fundierte Berufsausbil-



dung und können so zu einem Lehrabschluss gelangen. Mit der Modularisierung dieser Ausbildungssysteme hat das bfi europaweit eine Vorreiterrolle eingenommen.

Zweiter Bildungsweg

Ein weiterer Schwerpunkt wurde auf das Nachholen von schulischen Abschlüssen und den Zugang zu einer universitären Ausbildung ohne Matura gelegt. Das bfi begann bereits in den 1980er-Jahren mit großem Erfolg Vorbereitungslehrgänge für die Hauptschulexternistenprüfung und die Studienberechtigungsprüfung anzubieten.

Nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 startete das bfi seine transnationale Projektstätigkeit. Inzwischen dienen mehr als 200 Projektpartnerschaften der Zusammenarbeit bei Neuentwicklungen und dem Wissenstransfer. 1996 wurde die Fachhochschule des bfi Wien mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Projektmanagement und Logistik gegründet. Mit rund 1.550 Studierenden zählt sie zu den größten Österreichs.

Seit 1997 ermöglicht die Berufsreifeprüfung AbsolventInnen einer schu-



lichen oder dualen Berufsausbildung den Zugang zu allen weiterführenden Bildungswegen. Mehr als die Hälfte aller Personen, die sich in Österreich auf die Berufsreifeprüfung vorbereiten, tut dies in Lehrgängen des bfi.

Ende der 1990er-Jahre führte der Lehrstellenmangel dazu, dass immer mehr Jugendliche ohne Chance auf eine Berufsausbildung blieben. Im Rahmen des Auffangnetzes für Jugendliche stellt das bfi jährlich über 3.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung und ist damit einer der größten Lehrlingsausbilder in Österreich.

Nach 50 Jahren des Bestehens nimmt das bfi heute einen wichtigen Platz im österreichischen Bildungssystem ein. Das Angebotsspektrum erstreckt sich von der Basisbildung bis zur Fachhochschule. In bundesweit 160 Bildungszentren beschäftigt das bfi über 1.500 Angestellte und rund 6.000 freiberufliche TrainerInnen. Jährlich werden über 16.000 Veranstaltungen mit weit über zwei Millionen Unterrichtseinheiten für mehr als 180.000 TeilnehmerInnen abgehalten. Der Jahresumsatz beträgt 150 Millionen Euro. Diese Zahlen machen das bfi in Österreich zum größten Arbeitgeber und zur umsatzstärksten Einrichtung in der Weiterbildung.

In den vergangenen 50 Jahren haben die MitarbeiterInnen und TrainerInnen des bfi viel bewegt und unzähligen Menschen neue Chancen am Arbeitsmarkt und im Beruf eröffnet. Das große Engagement wird immer wieder durch überdurchschnittliche Erfolgsquoten und Zufriedenheitswerte der KursbesucherInnen honoriert. Das ist die wertvollste Auszeichnung, macht das bfi stolz und ist zugleich Auftrag, diesen Weg mit hohem Anspruch und Verantwortungsbewusstsein in der Zukunft fortzusetzen.



KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
m.sturm@bfi.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Statistiken sind Argumente

	Harmonisierter VPI	
	August 09	September 09
Belgien (BE)	-0,7	-1,0
Deutschland (DE)	-0,1	-0,5
Irland (IE)	-2,4	-3,0
Griechenland (EL)	1,0	0,7
Spanien (ES)	-0,8	-1,0
Frankreich (FR)	-0,2	-0,4
Italien (IT)	0,1	0,4
Zypern (CY)	-0,9	-1,2
Luxemburg (LU)	-0,2	-0,4
Malta (MT)	1,0	0,8
Niederlande (NL)	-0,1	0,0p
Österreich (AT)	0,1	0,0p
Portugal (PT)	-1,2	-1,8
Slowenien (SI)	0,1	0,0
Slowakei (SK)	0,5	0,0
Finnland (FI)	1,3	1,1
Eurozone (VPI-EWU)	-0,2	-0,3
Bulgarien (BG)	1,3	0,2
Tschech. Republik (CZ)	0,0	-0,3
Dänemark (DK)	0,7	0,5
Estland (EE)	-0,7	-1,7
Lettland (LV)	1,5	0,1
Litauen (LT)	2,2	2,3
Ungarn (HU)	5,0	4,8
Polen (PL)	4,3	4,0
Rumänien (RO)	4,9	4,9
Schweden (SE)	1,9	1,4
Vereinigtes Königreich (UK)	1,6	1,1
EU (EVPI)	0,6	0,3
Island (IS)	16,0	15,3
Norwegen (NO)	1,8	1,4
EWU (VPI-EWR)	0,6	0,3
Schweiz (CH)	-1,0	-1,1

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Datenquellen: EUROSTAT. Ird. Monat.
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HWPI.
r = revidiert; p = vorläufig; -- = Daten nicht verfügbar

Der Arbeitsmarkt im September 2009

	Stand August 09	Veränderung zum Vormonat	Vorjahres- monat
Unselbstst. Beschäftigung	3.403.968	-22.633	-64.360
ohne KUG/Präsenzdiener	3.290.990	-21.681	-61.273
ArbeiterInnen	1.322.566	-16.867	-57.003
Angestellte u. Beamte	2.081.402	-5.766	-7.357
Männer	1.814.967	-9.867	-52.858
Frauen	1.589.001	-12.766	-11.502
AusländerInnen	439.985	-133	-12.095
InländerInnen	2.963.983	-22.500	-52.265
Vorgemerkte Arbeitslose	234.505	-4.298	51.178
Männer	128.528	-841	34.086
Frauen	105.977	-3.457	17.092
AusländerInnen	43.215	2.033	10.710
InländerInnen	191.290	-6.331	40.468
Jugendliche (bis unter 19)	10.138	-56	1.094
Jugendliche (19 bis unter 25)	30.998	-58	6.967
Ältere (50 bis unter 55)	23.815	-400	5.582
Ältere (55 bis unter 60)	17.198	94	2.962
Ältere (über 60)	4587	-30	272
Arbeitslosenquote	6,4	-0,1	1,4
Offene Stellen	29.157	-408	-9.357
Lehrstellensuchende	7.407	-1.131	-63
Offene Lehrstellen	4.234	244	-717
Geringfügige Beschäftigung*	277.386	2.306	3.143
Männer	93.410	584	4.570
Frauen	183.976	1.722	-1.427
ArbeiterInnen	161.199	-504	3.943
Angestellte	116.187	2.810	-800

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Lebende Zeitgeschichte

Über 60 Jahre danach fließen in Österreich noch immer Marshall-Plan-Gelder in die heimische Wirtschaft. Die einstigen Propaganda-Filme sind heute Kult.

Mit der Marshall-Plan-Hilfe wurde nicht nur das zerstörte Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgebaut, sondern auch der Grundstein für die europäische Einigung gelegt. Von 1948 bis 1952 pumpten die USA 13 Milliarden Dollar in die europäische Wirtschaft – nach heutigem Wert weit mehr als 100 Milliarden. Österreich führte die Tradition der Marshall-Plan-Hilfe fort: In Form des 1962 gegründeten ERP-Fonds

(»European Recovery Program«) wurden 11,7 Milliarden Euro an geförderten Krediten vom »austria wirtschaftsservice« (aws), das den Fonds verwaltet, vergeben. Der jährliche Vergabe-Rahmen wurde 2009 wegen der Wirtschaftskrise um 200 Millionen Euro auf 600 Millionen aufgestockt. Mehr als 60 Jahre danach wirkt also in Österreich die ehemalige Marshall-Plan-Hilfe noch weiter.

Seit Anfang 2009 profitieren erstmals auch Kleinunternehmen bis zu einer Investitionssumme von 50.000 Euro. Eine Notwendigkeit, da die Banken bei der Vergabe von Kleinkrediten vorsichtiger geworden sind. Mit den ERP-Krediten werden Unternehmen auf den letzten Stand der Technik gebracht und Jobs geschaffen. Insgesamt gibt es derzeit etwa 12.900 geförderte ERP-Kredite. Heute eine Selbstverständlichkeit.

Intellektueller Krieg

Im Jahr 1948 hatten laut dem Zeithistoriker Dieter Stiefel die USA noch das Problem zu lösen, wie sie viel Geld unter die Leute bringen, und das der argwöhnischen Bevölkerung verkaufen: »Die USA haben damals die Erfahrung gemacht, dass ihre – scheinbar selbstlos – ausgestreckte Hand mit Argwohn betrachtet wurde. Das war den USA beim Marshall-Plan wohl bewusst. Gleichzeitig mit dem Marshall-Plan rollte deshalb die größte Medienkampagne der US-Geschichte auf Europa zu.« Zu überzeugen waren die Menschen nicht nur in Westeuropa, sondern auch einfache SteuerzahlerInnen in den USA, die letztendlich die Rechnung zu begleichen hatten. Inves-

W E B L I N K

Weiteres Film- und Fotomaterial unter:
www.marshallplanimages.com

tiert wurde in die Kapitalgüterindustrie und nicht in Konsumgüter. Die Stabilisierung erforderte sogar eine Einschränkung von Konsum. Der Massenkonsum und damit die »Konsumdemokratie« kamen erst Ende der 1950er-Jahre nach Westeuropa, als Hinterlassenschaft des Marshall-Plans.

Wie der Marshall-Plan damals verkauft wurde, dokumentiert nun ein neu erschienenes Buch. Filme, Fotos, Plakate und Radiosendungen transportierten die Botschaften wie zum Beispiel Anti-Kommunismus, Produktivitätssteigerung und ein höheres Konsumniveau. Kaum ein Mensch konnte diesem intellektuellen Krieg entgehen. Millionen sahen die Filme, zehn Millionen besuchten Ausstellungen und die Plakate waren überall.

Führende US-Werbeagenturen wirkten mit und in Westeuropa die besten RegisseurInnen und GrafikerInnen – entweder aus Überzeugung, oder weil sie sich mit diesen Aufträgen über Wasser halten konnten. Der Erfolg: Die Propaganda unterstützte zweifellos die Akzeptanz des Marshall-Planes. Ob sie auch zu einer Änderung der Kulturen des alten Kontinents beitrug, ist umstritten.



BUCHTIPP

Images of the Marshall Plan in Europe

Günter Bischof/
Dieter Stiefel (Ed.),

StudienVerlag, Innsbruck,
Wien, Bozen 2009

(Englische Ausgabe inklusive DVD,
Filme teilweise auf Deutsch), € 29,90
ISBN 978-3-7065-4826-7



Das Buch umfasst zwölf Beiträge und eine DVD-Dokumentation über Marshall-Plan-Filme, Fotos und Plakate (Filme zum Teil auf Deutsch). Da der ÖGB die Bewerbung des Marshall-Planes unterstützte, behandelt das Buch auf ca. 30 Seiten auch die damalige Rolle des ÖGB; die DVD beinhaltet bisher vermisste Filme, welche im ehemaligen ÖGB-Filmarchiv gefunden und zur Verfügung gestellt wurden (Kontakt: christoph.hoellriegl@oegb.at).

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Kampf um die Würde

Auf der Werft Fincantieri in Sizilien kämpfen Arbeiter wie Salvatore Palumbo für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Er bezahlte mit seinem Job.

Autorin: Mag. Angela Huemer

Freie Journalistin

Palermo im Oktober 2009. Früher Abend am Hafen, lebhaftes Kommen und Gehen, die großen Fähren bereiten sich auf ihre Ausfahrt vor. Hier sind die Hallen und großen Kräne von Fincantieri, das größte italienische Schiffsbauunternehmen, zu 98 Prozent in Staatsbesitz, der Hauptsitz befindet sich in Triest. In ganz Italien gibt es Werften von Fincantieri: in Monfalcone, Marghera (Venedig), Genua, Ancona, Castellamare di Stabia (bei Neapel) und Palermo. Während die Kreuzfahrtwerften boomen – fast die Hälfte aller Kreuzfahrtschiffe weltweit werden von Fincantieri produziert – wird die Werft in Palermo seit den 1970er-Jahren immer mehr vernachlässigt. Wurden hier früher ganze Schiffe gebaut, entstehen heute nur noch Teile davon. In den 60er-Jahren arbeiteten noch 15.000 Menschen hier, in den 70er-Jahren 2.000, heute sind es nur noch 500, 700 arbeiten für diverse Zulieferfirmen.

Fristlos entlassen

Inmitten der Container und Lastwagen, die sich in eine der Fähren einschiffen, zeigt mir Salvatore Palumbo seinen ehemaligen Arbeitsplatz. Er ist Ende 30, Metallarbeiter von Beruf. Doch derzeit besteht seine Arbeit darin, wieder seine Anstellung bei Fincantieri zurückzubekommen. Am 30. August 2007 wurde er

fristlos entlassen. Der offizielle Grund: Er hätte im Bereich des Werftbeckens, sein Arbeitsbereich, nicht gearbeitet, sondern sei »in flagranti« beim Angeln erwischt worden. Der wahre Grund: Seit seiner Einstellung bei Fincantieri im Jahr 2001 machte er unermüdlich und unerschrocken auf Sicherheitsmängel aufmerksam.

1.200 tödliche Arbeitsunfälle im Jahr

Er tat dies in einem Land, in dem in den vergangenen Jahren mehr als 1.200 Menschen jährlich durch Arbeitsunfälle ums Leben kamen (der Fall der sieben verunglückten Thyssen-Arbeiter im Dezember 2007 machte europaweit auf diese Zustände aufmerksam). Salvatore wuchs in einem Arbeitervorort von **Palermo**, Borgonovo, auf. Sein Vater arbeitete für das Fährunternehmen Tirrenia, oft war er nicht da. Sein Onkel Giuseppe, der Bruder seiner Mutter, wurde zu einer Art Ersatzvater. Salvatore war keine acht Jahre alt, als dieser geliebte Onkel bei der Arbeit ums Leben kam. Ein großer Schock. Salvatore erzählt ohne Pause, **stringent** und mitreissend. Schon im Kindergarten lernt er seine zukünftige Frau Angela kennen, als sie mit ihrer Familie in den Norden, nach Bologna, geht, folgt er ihr. Mit 17 geht er zum Militär nach Padua. Nach zwei Jahren beim Militär geht er zu Angela nach Bologna, er wird Facharbeiter, Metallarbeiter. Als er genügend Erfahrung hat, arbeitet er selbstständig. Er und Angela heiraten, der älteste Sohn wird geboren. Es geht ihnen gut in Bologna, seine Frau arbeitet für eine Wäschefirma, gemeinsam verdienen sie Ende der 90er-Jahre rund 3.500 Euro im Monat.

Doch das Heimweh nagt. Als sie nach Weihnachten wieder die Fähre in den Norden nehmen, meint er zu seiner Frau, wie es denn wäre, hier am Hafen in der Werft zu arbeiten. Sie entscheiden zurückzukehren. 2001 bewirbt er sich bei Fincantieri Palermo und bekommt etwas zu hören, was im Süden Italiens (und nicht nur dort) zum traurigen Standard gehört: »Haben Sie eine Empfehlung?« Salvatore gibt nicht auf, er meldet den Zwischenfall bei der Zentrale des Unternehmens in Triest. Mit Erfolg, doch man fragt ihn auch, ob er denn tatsächlich in Palermo für Fincantieri arbeiten will, die Niederlassung dort sei auf dem absteigenden Ast.

Verheerende Hygienebedingungen

Trotzdem tritt Salvatore seine Arbeit an, zu groß ist der Wunsch, wieder nach Sizilien zu kommen. Die zwei jüngeren Söhne werden geboren. Nach und nach merkt er, worauf er sich eingelassen hat. »Beruflich und menschlich bin ich im Norden erwachsen geworden.« Schon nach 20 Tagen Arbeit bei Fincantieri macht er – zunächst anonym – auf untragbare Verhältnisse aufmerksam: Dort, wo der Schiffsrumpf gebaut wird, herrschen verheerende hygienische Verhältnisse. Theoretisch müssten die Toiletten jede Stunde gereinigt werden. Ein Subunternehmen ist dafür verantwortlich, doch seitdem Fincantieri diesem Unternehmen statt einer Mio. Euro nur noch 700.000 Euro jährlich zahlt, sind die Klos unbenutzbar – die menschlichen Bedürfnisse werden am oder nahe beim Arbeitsplatz erledigt. Die Gesundheit der Arbeiter leidet.



Salvatores Engagement wird noch intensiver. Er wird bedroht und 2007 wird er von der Werft abgezogen und in das Hafenbecken versetzt, obwohl er nachweislich unter Klaustrophobie leidet, muss er einen Monat unter Tage arbeiten.

Neben mangelnder Hygiene gibt es viele Sicherheitsprobleme: Ungeeignete Leitern, Löt- und Malerarbeiten werden ohne die notwendigen Absaugegeräte durchgeführt. Wenn sich ein Arbeiter verletzt, wird ihm nahegelegt, sich aus anderen Ursachen krank zu melden, damit die Statistik geschönt werden kann.

Bedroht und versetzt

2002 explodiert eine Sauerstoffleitung, das schadhafte Teil der Leitung war nicht ersetzt worden, nur mangelhaft repariert. Ein Arbeiter wird schwer verletzt. Zwei Jahre danach stürzt Enzo, Salvatores Kollege und bester Freund, von einer Leiter und stirbt vor seinen Augen. Enzo war verheiratet, seine kleine Tochter war drei Monate alt, als er verunglückte. Salvatores Engagement wird noch intensiver. Er wird bedroht und 2007 wird er von der Werft abgezogen und in das Hafenbecken versetzt, obwohl er nachweislich unter Klaustrophobie leidet, muss er einen Monat unter Tage arbeiten.

Kurz darauf wird er fristlos gekündigt. Er hatte die illegale Anwesenheit eines Fischerbootes angezeigt, die Betriebsleitung behauptet, er hätte statt zu arbeiten geangelt. Salvatore hat sogar den Beweis, dass er recht hat: wenige Tage später spürt er die Fischer auf, sie geben an, sich dort befunden zu haben. Als er mir seine Geschichte erzählt, zeigt er mir Dokumente und Fotos, die seine Version belegen. Auf den Fotos sind haarsträubende Dinge zu sehen, ungesicherte Starkstromkabel ganz nahe an kleinen Wasserpfützen. Kurz vor der Entlassung bietet ihm Fincantieri 25.000 Euro und

eine Anstellung in Genua, er weigert sich. Er legt seine Beweise vor, bei einem »Versöhnungstermin« zwischen ihm und Fincantieri beim Arbeitsamt der Provinz Palermo erscheint kein Vertreter von Fincantieri. Das Gericht verhindert zudem die Anwendung des sog. Art. 700, der besagt, dass ein Arbeiter wieder angestellt wird, so lange um die Rechtmäßigkeit der Kündigung gestritten wird.

Salvatore gibt nicht auf. Gemeinsam mit einem Kollegen stellt er ein minutiöses Dossier zusammen, das die unsicheren Arbeitsbedingungen dokumentiert. In Kenntnis der lokalen Praxis des »Unter-den-Tisch-fallen-lassens« legen sie das Dossier zunächst der städtischen Polizei vor und lassen es sich bestätigen. Dann gehen sie zu den Carabinieri und später zur Gesundheitsbehörde. Um ein Zeichen zu setzen, steigt Salvatore im Juni 2008 auf die Säule, die zum Gedenken des von der Mafia ermordeten Staatsanwaltes Giovanni Falcone errichtet worden war. Kurz darauf führen die Behörden erfolgreich eine Razzia bei Fincantieri durch, viele der Sicherheitsmängel werden angezeigt.

Kein Arbeitslosengeld

Die Arbeitskollegen helfen Salvatore moralisch und finanziell, er erhält nämlich keinerlei Arbeitslosengeld. Ein halbes Jahr nach seiner Entlassung, im Dezember 2007, wird er Mitglied des »Rete nazionale per la sicurezza sui posti di lavoro« (Nationales Netzwerk für Sicherheit am Arbeitsplatz). Dieses Netzwerk versucht, Basisgewerkschaften, Betroffene, Hinterbliebenenverbände, lokale Netzwerke

WEBLINK
Solidaritätskampagne (italienisch): retesicurezza.lavorosicilia.blogspot.com/2009/05/campagna-di-solidarieta-al-lavoratore.html

und Unterstützer, wie Intellektuelle und Journalisten, zusammenzuführen. Salvatore wird Vertreter für Sizilien.

Salvatore kämpft weiter

Es ist Abend geworden, Salvatore hat mir das Hafenbecken gezeigt, in dem er unter Tage arbeiten musste. Wir fahren beim Haupteingang der Werft vorbei, einige Arbeiter stehen davor, grüßen Salvatore, der Wärter drückt ein Auge zu, »ich habe Verständnis für euer Anliegen«. In den Seitenstraßen gibt es viele Graffiti, »Stellt Salvatore wieder ein«, »Padroni Assassini«.

Sein Kampf geht weiter. Im Sommer bietet ihm Fincantieri 40.000 Euro, damit er seinen Kampf um Wiedereinstellung aufgibt, er lehnt ab. Der Prozess um seine Wiedereinstellung geht erst am 18. Februar 2010 weiter.

KONTAKT
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin angelahuemer@t-online.de oder die Redaktion aw@oegb.at

Arbeitslosen von Marienthal: Titel einer Untersuchung über die Auswirkungen von lang andauernder Arbeitslosigkeit, die von den SoziologInnen Marie Jahoda, Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel 1933 durchgeführt wurde. In der Arbeitersiedlung Marienthal in Gramatneusiedl dominierte nach der Schließung einer großen Fabrik die Arbeitslosigkeit. Das soziale Leben wurde dadurch spürbar beeinträchtigt, viele reduzierten ihre Aktivitäten dramatisch. Sogar das Gehtempo wurde langsamer. Die Untersuchung in Form einer teilnehmenden Beobachtung gilt als Meilenstein der empirischen Sozialforschung. Die AutorInnen waren nicht nur neutrale Beobachter, sondern initiierten auch Kleider-sammlungen, Turnkurse etc. Das Thema wurde 1988 von Karin Brandauer unter dem Titel »Einstweilen wird es Mittag« filmisch aufbereitet. (Seite 17, 29)

Arbeitsplatzwettbewerb: auch Qualifikationswettbewerb oder Job competition; typischerweise wird bei mehreren BewerberInnen für eine Stelle bei vorgegebenem Lohngebot der/die beste BewerberIn gesucht. Angebot und Nachfrage werden über Änderung der Qualifikationsforderungen in Einklang gebracht, beim Lohnwettbewerb geschieht dies über Lohnänderungen. (Seite 27)

Arrow, Kenneth Joseph: US-Ökonom, geb. 1921, 1951 veröffentlichte er in seiner Doktorarbeit das Arrow-Theorem, das besagt, dass es unmöglich ist, ein Regelwerk aufzustellen, nach dem man gesellschaftliche Entscheidungen aufgrund von vernünftigen Kriterien fällt. Arrow erhielt 1972 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, allerdings nicht für sein Theorem, sondern für seine Analysen zur Möglichkeit wirtschaftlicher Gleichgewichtszustände sowie seine Einführung komplexer mathematischer Methoden in der Wirtschaftswissenschaft. (Seite 27)

Ausgleichszulagenrichtsatz: Wert, der ein »Existenzminimum« für PensionistInnen angibt. Erreicht die Pension, gemeinsam mit eventuellen sonstigen Einkünften, nicht diesen Wert, wird die Pension um die sogenannte Ausgleichszulage erhöht, bis der Ausgleichszulagenrichtsatz erreicht ist. Das Einkommen des/der Partners/-in ist dabei zur Gänze zu berücksichtigen. Der Ausgleichszulagenrichtsatz wird alljährlich angepasst und betrug 2009 monatlich 772,40 EUR für Alleinstehende und 1.158,08 EUR für Paare. (Seite 14)

AVAB: Alleinverdienerabsetzbetrag, derzeit 364,- Euro jährlich wenn der/die EhepartnerIn jährlich nicht mehr als 2.200 Euro (ohne Kinder) oder 6.000 Euro mit mindestens einem Kind verdient. (Seite 14)

Brandt, Willy: deutscher SPD-Politiker (1913–1993), ursprünglicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, emigrierte 1933 nach Norwegen, kehrte 1945 als Korrespondent skandinavischer Zeitungen zurück und wurde 1947 als Willy Brandt wieder eingebürgert. 1957–1966 Bürgermeister von Berlin, 1966–69 Außenminister, 1969–1974 Bundeskanz-

ler, 1976–1992 Präsident der Sozialistischen Internationale. Wegen seiner Entspannungspolitik erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. (Seite 32)

Cash Pooling: Liquiditätsbündelung (engl. »cash« = Liquidität und »pooling« = zusammenführen) bezeichnet einen konzerninternen Liquiditätsausgleich durch ein zentrales, meist von der Konzernobergesellschaft übernommenes Finanzmanagement, das von einzelnen Konzernunternehmen im Bedarfsfall überschüssige Gewinne abzieht bzw. Liquiditätsunterdeckungen durch Kredite ausgleicht. (Seite 15)

ELGA: Elektronische Gesundheitsakte: Mit Hilfe der e-card sollen dafür sämtliche Patientendaten, Befunde, Röntgenbilder, verordnete Medikamente etc. von Ärzten, Spitälern und Apotheken abrufbar werden. Auf diese Weise sollen Mehrfachuntersuchungen und -verordnungen sowie unerwünschte Wechselwirkungen vermieden und Kosten gesenkt werden. (Seite 38)

Eurobarometer: in halbjährlichen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Meinungsumfrage in den EU-Ländern. Die Umfragen bestehen sowohl aus immer wiederkehrenden Standardfragen als auch aus wechselnden Fragen zu speziellen Themen. Pro EU-Staat werden rund 1.000 EinwohnerInnen befragt. (Seite 14)

Freigeld: Zahlungsmittel, das nur lokal gültig ist und im Wert permanent sinkt (Schwundgeld). Damit soll erreicht werden, dass das Geld nicht gespart, sondern ausgegeben und damit die Wirtschaft angekurbelt wird. Der bekannteste Versuch mit Freigeld fand 1932/33 in Wörgl (»Wunder von Wörgl«) statt. (Seite 24)

Hans-Böckler-Stiftung: Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Ziel ist die Förderung der Mitbestimmung und der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung sowie die Studienförderung in Form von Stipendien. Namensgeber Hans Böckler war SPD-Politiker und Gewerkschafter (1875–1951), der im Ersten Weltkrieg kämpfte und während des NS-Regimes im Widerstand tätig war. (Seite 16)

Heidenreichsteiner Arche: Verein für soziale Entwicklungsarbeit der Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel, wo Erwerbsarbeitslose in allen Belangen unterstützt werden, außerdem Bioprodukte, Geschenkartikel und Waldviertler Gutscheine verkauft werden. www.heidenreichsteinerarche.at (Seite 25)

ILO: International Labour Organization, internationale Arbeitsorganisation, gegründet 1919, seit 1946 Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Genf, 182 Mitgliedsstaaten, 1969 erhielt die ILO den Friedensnobelpreis. (Seite 30)

ITUC: International Trade Union Confederation = Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Hauptaufgabe ist die Verteidigung der ArbeitnehmerIn-

nenrechte und -interessen durch die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften, globale Kampagnen und Lobbying bei den großen globalen Institutionen. Der IGB vertritt 175 Millionen ArbeitnehmerInnen in 311 Mitgliedsorganisationen und 155 Ländern und Hoheitsgebieten (Seite 31)

Liessmann, Konrad Paul: Professor für Philosophie an der Uni Wien, Literaturkritiker und Publizist, geb. 1953, österreichischer Wissenschaftler des Jahres 2006. (Seite 35)

marginal: am Rande, an der Grenze liegend (Seite 30)

Matching: (Passendes) zusammenfügen (Seite 17)

Nettoersatzrate: gibt an, welchen Prozentsatz des letzten Gehalts die Pension, Arbeitslose etc. ausmacht. (Seite 13)

Opting-in: Möglichkeit, bei einer Versicherung u. ä. freiwillig einzusteigen. (Seite 13)

Padroni Assassini: ital.: Eigentümer (sind) Mörder (Seite 45)

Palermo: Hauptstadt der Autonomen Region Sizilien und der Provinz Palermo mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen aller italienischen Provinz-Hauptstädte und hoher Jugendarbeitslosigkeit. (Seite 44)

Paradigma: Leitsatz, Richtschnur, Plural: Paradigmen (Seite 33)

Pastoralassistent: Theologe/-in, der/die im pastoralen Bereich einer Pfarre/Gemeinde unter der Leitung eines Pfarrers in einem Teilbereich des Gemeindelebens einen konkreten seelsorgerischen Dienst ausübt. (Seite 25)

peripher: am Rande liegend (Seite 24)

Register-Arbeitslosigkeit: Summe der offiziell registrierten Arbeitslosen ohne SchulungsteilnehmerInnen etc. (Seite 32)

Signaltheorie: Sieht den Markt als Geschehen, in dem alle TeilnehmerInnen nur unvollständig informiert sind. Daher können Arbeitgeber nur anhand von Indikatoren/Signalen wie etwa Bildungsabschlüssen urteilen. (Seite 27)

Stellenandrangsziffer: Zahl der gemeldeten Arbeitslosen pro gemeldeter offener Stelle (Seite 25)

stringent: zwingend, bündig (Seite 44)

Taskforce: für eine bestimmte Zeit und zu einem gewissen Zweck gebildete Arbeitsgruppe (Seite 31)

Thesaurierung: das Verfahren, Gewinne (aus Wertpapieren oder Unternehmen) nicht auszuschütten, sondern sofort wieder zu investieren, z. B. wenn Erträge aus Fonds nicht ausbezahlt, sondern in neuen Wertpapieren angelegt werden. (Seite 15)

Towards decent work in a sustainable, low-carbon world: Zu anständiger Arbeit in einer zukunftsfähigen, kohlenstoffarmen Welt (Seite 31)

World of Work: Welt der Arbeit, Arbeitswelt (Seite 31)



Beschäftigungssicherung in der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise stellt die nationale Sozialpolitik vor große Herausforderungen. Mit bestehenden und auch neuen Instrumentarien wird versucht, die Folgen zu lindern.

Das Buch bietet eine umfassende Aufarbeitung der Rechtsvorschriften und einen Vergleich mit Deutschland.

Reinhard Resch (Hrsg.)

Beschäftigungssicherung in der Wirtschaftskrise

2009, 216 Seiten, € 21,-
ISBN 978-3-7035-1405-0

Herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch, in Zusammenarbeit mit der AK Kärnten und der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Klagenfurt.

Mit Beiträgen von

ao. Univ.-Prof. Dr. Monika Drs, Institut für Arbeits- und Sozialrecht, WU Wien

ao. Univ.-Prof. Dr. Walter J. Pfeil, Institut für Arbeitsrecht Salzburg

Mag.^a Susanne Mayer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungs- und Lehrbetrieb, Universität Salzburg

Univ.-Prof. Dr. h. c. Dr. Eberhard Eichenhofer, Lehrstuhls für Sozialrecht und Bürgerliches Recht, Friedrich-Schiller-Universität Jena

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

im Web: www.oegbverlag.at

per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder

per Fax: 01/405 49 98-136

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
oder direkt bei der ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136

E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle ____ Exemplar/e von **Beschäftigungssicherung in der Wirtschaftskrise** € 21,-

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

Davon kann niemand leben!

Arbeitslosigkeit ist kein Randthema:

- ✘ Innerhalb eines Jahres sind fast 800.000 Menschen arbeitslos.
- ✘ Jede/r fünfte Beschäftigte ist übers Jahr betroffen.

Der Wirtschaft gehts besser, das freut uns! Die Arbeitslosigkeit wird aber weiter steigen.

Die Einkommen sinken, die Fixkosten bleiben.

So werden immer mehr Menschen arm. Im reichen Österreich darf man das nicht hinnehmen. Der ÖGB und die Gewerkschaften fordern daher, dass es nach den Bankenrettungspaketen jetzt auch schleunigst Geld für die Menschen gibt. Das Arbeitslosengeld muss erhöht werden – von derzeit 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens mindestens auf europäischen Durchschnitt (64 Prozent). In einem ersten Schritt muss rasch eine Erhöhung auf 60 Prozent kommen.

Der ÖGB fordert:

- **Das Arbeitslosengeld muss erhöht werden!**
- **Dafür muss genug Geld zur Verfügung stehen!**
- **Bei der Notstandshilfe muss die Anrechnung des Partnereinkommens wegfallen!**

ÖGB

WWW.OEGB.AT

STARK SOZIAL GERECHT

DEIN PARTNER IN DER ARBEITSWELT. **ÖGB**

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

? _____
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/ _____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW